Ausgabe 2 - April 2015
13. Jahrgang, Nr. 71

Informationsstelle Militarisierung e.V.

AUSDRUCK

MAGAZIN DER INFORMATIONSSTELLE MILITARISIERUNG E.V.

Einzelpreis 3,50 € - ISSN 1612-7366

Wissenschaft und Krieg

Benjamin Hirschfeld ~ Die Verteidigung der Völkerkunde – Anthropologie und Militär – **1**

Deutschland und die Bundeswehr

Jürgen Wagner ~ Ein Weißbuch für die Weltmacht – **11**
Christoph Marischka ~ Führungsanspruch als Zitat – **12**
Ralf Buchterkirchen ~ Rekrutierung in Stadien – Die Bundeswehr und der Fußball – **14**
Jürgen Wagner ~ Rüstungshaushalt: Kräftiger Schluck aus der Pulle – **18**
Christoph Marischka ~ Neue Aufgaben für die Bewegung gegen Drohnen – **19**
Thomas Mickan ~ AFRICOM und EUCOM in Stuttgart. Zusammenarbeit und Widerstand – **22**

Neuer Kalter Krieg

Jürgen Wagner ~ Münchner Sicherheitskonferenz: Alle gegen Alle oder Front gegen Russland? – **24**
Tobias Pflüger ~ NATO: Aufrüstung gegen Russland, Deutschland führt Speerspitze der NATO – **28**
Mirko Petersen ~ Ukraine: Eskalation vs. Deeskalation – **30**

Editorial:

Am 1. April stießen der Vilsecker Bürgermeister Hans-Martin Schertl und die US-Streitkräfte mit einer Flasche Bier auf das Ende des „Dragoon Ride“ – dem Dragonerritt – an. Zwei Wochen war der US-Militärkonvoi an der EU-Ostgrenze von Estland, Lettland, Litauen über Polen, Tschechien nach Deutschland unterwegs. Eine dumpfe und unverhohlene Propagandaaktion, für die sich der Lokalpolitiker nicht zu schade war und die nur weiter die Situation eskaliert. Dass hier Ursula von der Leyen fehlte, darf verwundern, doch war sie anscheinend in Berlin damit beschäftigt, 100 von der Bundeswehr bereits ausgemusterte Leopard 2 Panzer von der Industrie zurückzukaufen (!) und die Modernisierungsverträge für 2017 für die nun 328 statt 225 deutschen Panzer vorzubereiten. Als Begründung für diese Aufrüstung durfte wieder die „Angst vorm Russen“ herhalten. Auch verstaatlicht die Bundeswehr wieder ihre IT. Nach dem milliardenschweren und in der Kritik stehenden Projekt „Herkules“ und der in diesem Zug privatisierten IT, soll nun die Bundeswehr selbst wieder diese stemmen: Siemens kassiert dafür mehrere Millionen Entschädigungszahlungen.

Die Rüstungsindustrie dürfte Freudentränen in den Augen haben über diese gelungenen Aprilscherze. Einzig in Oberndorf mischen sich auch andere Tränen in den Rüstungsrausch, tagen doch bald zwei „Expert_innen“-Kommissionen über das Versagen des G-36. Dessen Problem ist allgemein bekannt: sie würden beim Heißschießen im Gefecht nicht mehr genau treffen. Viel entscheidender ist dabei allerdings die Frage, in welchen Situationen diese heißgeschossen wurden, entspricht es doch eigentlich nicht dem Bild der sauberen Bundeswehr, wie Rambo den Lauf glühen zu lassen?

Auch dieser AUSDRUCK will wieder informieren und ein klein wenig zum Widerstand anregen, wie er sich erst jüngst etwa bei den Ostermärschen oder in Königsbronn bunt und laut zeigte. Wir wünschen viel Freude beim Lesen und freuen uns über weitere Unterstützung.

Die Redaktion

Impressum

Der **AUSDRUCK** wird herausgegeben von der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Tübingen.

Redaktion: Das Aktiventreffen der Informationsstelle Militarisierung, Jürgen Wagner, Christoph Marischka, Andreas Seifert, Thomas Mickan.

Erscheinungsweise: Der **AUSDRUCK** erscheint zweimonatlich jeweils zu Beginn des Monats.

Druck: Campus Druck, Hechinger Str. 203 (Sudhaus), 72072 Tübingen.

Bezugsbedingungen: IMI-Mitglieder und Mitglieder des IMI-Fördervereins erhalten den **AUSDRUCK** kostenlos (ab einem Beitrag von 5 €/Monat). Einzelpreis 3,50 €. Im Jahresabo (6 Hefte): 25 € bzw. Förderabo 37 €.

Bezugsadresse: Informationsstelle Militarisierung e.V., Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen.

Hinweise zu einzelnen Texten: Δ Jürgen Wagner, Weißbuch, gekürzt aus: analyse & kritikNr. 603/2015; Δ Christoph Marischka, Führungsanspruch, in: Telepolis 8.2.2015; Δ Tobias Pflüger, Aufrüstung gegen Russland, erweitert zu: ZgdK Nr. 39/2015.

Bildnachweise wie angegeben außer: Das Titelbild zeigt David Kilcullen, einen der derzeit einflussreichsten „Kriegsanthropologen“ der USA. Foto: US-Army/Chris McCann; S. 21: Friedensbüro Hannover.

Hinweise zu den Autoren dieser Ausgabe: Christoph Marischka, Jürgen Wagner, Tobias Pflüger sind IMI-Vorstandsmitglieder. Benjamin Hirschfeld ist Antropologe aus Tübingen. Ralf Buchterkirchen ist Mitglied im BundessprecherInnenkreis der DFG-VK und Friedens- und Queerpolitisch in Hannover aktiv. Mirko Petersen ist IMI-Beirat.

Hinweise zu Internetlinks in dieser Ausgabe: Alle enthaltenen Link-Verweise wurden von den jeweiligen Autoren/Autorinen zum Zeitpunkt der Drucklegung geprüft – für eine darüberhinausgehende Aktualität können wir keine Gewähr geben.

Spendeninformation

Die Informationsstelle Militarisierung und der IMI-Förderverein Analyse und Frieden sind eingetragene und als gemeinnützig anerkannte Vereine. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben, nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können, erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen.

Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unsere Spendenkontonummer bei der
Kreissparkasse Tübingen
IBAN: DE64 6415 0020 0001 6628 32
BIC: SOLADES1TUB.
Konto des IMI-Förderverein:
IBAN: DE54 6415 0020 0001 7669 96
BIC: SOLADES1TUB.

Kontakt: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.
Hechinger Str. 203 (Sudhaus)
72072 Tübingen
Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Die Verteidigung der Völkerkunde – Anthropologie und Militär

GASTBEITRAG

von Benjamin Hirschfeld

„Wir haben viele Lehren über die letzten zehn Jahre gezogen, aber eine der eindrücklichsten war, dass – ob du inmitten der Bürger eines Landes arbeitest oder mit ihrer Regierung oder den Streitkräften zusammenarbeitest – nichts so wichtig für deinen langfristigen Erfolg ist wie das Verstehen der vorherrschenden Kultur und Werte [...] Die jüngste historische Entwicklung hat uns vor Augen geführt, dass wir ein erhöhtes Niveau an kulturellem und regionalem Bewusstsein in allen Armeeeinheiten haben müssen“. US General Raymond Odierno, 2012.

„Das einzigartige Verständnis und die Vorherrschaft des Landes durch die Army, sowie die Faktoren, die menschliches Verhalten beeinflussen, erlauben ihr Sicherheitsbedingungen zu gestalten, die im Sinne U.S.-amerikanischen und alliierter Interessen günstig sind [...] Amerikas Geschick, Strategische Landmacht zu liefern, fordert ein improvisiertes Verständnis der Konvergenz des menschlichen, cyber- und geographischen Terrains, in denen wir operieren werden. Die heutige globale Konnektivität und deren Einfluss auf die sich wandelnde Umgebung bestärken, dass andauernde strategische Resultate nur erreicht werden können, indem man effektiv Menschen beeinflusst. Erfolg hängt sowohl davon ab, die soziale und politische Struktur der Situation zu verstehen, wie auch der Fähigkeit, sie physisch zu dominieren.“ US Secretary of the Army John M. McHugh und General Raymond Odierno, 2013.

„Um Einfluss auf das Verhalten einer Gesellschaft zu nehmen, muss man ihre Kultur kennen“, so oder zumindest so ähnlich lautet seit einigen Jahren das Credo vieler Beamter im Dienste des amerikanischen Sicherheitsapparats. Seit Mitte der 2000er Jahre setzen das US-Militär und amerikanische Geheimdienste verstärkt auf die Einstellung von EthnologInnen und die Anwendung ethnologischer Theorien und Methoden zur Datengewinnung und -verarbeitung: Von der geheimdienstlichen Rekrutierung von Regional- und Kulturexperten über die Anstellung von militärischen Truppenberatern mit ethnologischem Hintergrund in Kriegsgebieten bis hin zu kulturwissenschaftlichen Auftragsforschungen für das US-Militär in Millionenhöhe entwickelte sich dieses Feld in den letzten zehn Jahren zu einem multidimensionalen Arbeitsmarkt für alle der Anthropologie nahestehenden Forschungsfächer. Diese Entwicklung hat auch unabsehbare Folgen für die Disziplin(en) als solche. Im Folgenden sollen unterschiedliche Formen dieser Zusammenarbeit im Verlauf des 20. Jahrhunderts aufgezeigt werden. Ein zweiter Teil konzentriert sich auf die Einbettung anthropologischer Konzepte und Methoden in die „Counterinsurgency“-Doktrin des Pentagons ab Mitte der 2000er Jahre. Nach einem kurzen Abriss zur Situation in Deutschland bildet eine Reflexion zu den ethischen Problemstellungen und fachspezifischen Implikationen dieser Kooperationen den Abschluss dieser Studie.

Einführung und historische Einbettung

Die historische Genese der Ethnologie, auch Völkerkunde, Sozial- oder Kulturanthropologie[1] genannt, ist seit jeher eng mit dem Informationsaustausch mit ausführenden staatlichen, insbesondere militärischen Einrichtungen verbunden. Als Steigbügelhalter des Kolonialismus im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert profitierten viele opportune KulturwissenschaftlerInnen von den USA über England bis nach Japan von der Informationsbeschaffung über die Lebensweise und Denke großer Teile der Kolonialbevölkerungen wie auch derjenigen Gruppen, die sich (bis dato) dem Zugriff der Kolonisatoren

General Odierno erklärt beim Eisenhower Lunch am 23.Oktober 2012 die neue Strategie der Regionally Aligned Forces. Foto: AUSA/US Army

entzogen: die Forscher erlangten hohe Posten in Kolonialforschungs- und Verwaltungsämtern, Zugang zu dem Militär vorbehaltenen Gegenden und nicht zuletzt hohe Saläre im Austausch gegen ihr bereit gestelltes Wissen. Die Kolonisatoren ihrerseits nutzten die Ihnen zur Verfügung gestellten Informationen zur Kontrolle und Überwachung einzelner Bevölkerungsgruppen und Individuen. In den Weltkriegen und im „Kalten Krieg" des 20. Jahrhundert wurden AnthropologInnen freiwillig und zuweilen auch ohne ihr Wissen zu Handlangern ihrer kriegstreibenden Regierungen.

Etliche Fälle einer solchen Verwendung anthropologischer Forschungen führten zu einem kritischen Umdenken an den Universitäten und akademischen Gemeinschaften. Neue Fachdebatten zu ethischer Verantwortung im Feld prägten vor allem in den 1970er und –80er Jahren das wissenschaftliche Bewusstsein angehender AnthropologInnen und RegionalwissenschaftlerInnen. Doch nachdem in den 1990ern auf den Druck einiger in der Wirtschaft arbeitender AnthropologInnen die Ethikrichtlinien einiger großer Assoziationen gelockert wurden, war auch hier das Risiko eines Missbrauchs wieder gegeben.

„Aufstandsbekämpfung" und Ethnologie nach 9/11

Seit den heftigen militärischen und administrativen Rückschlägen im Irak und Afghanistan Anfang der 2000er sind US-amerikanische Militärberater und Strategen in nie zuvor gewesenem Ausmaß bemüht, immer mehr Kulturexperten – oder, im Jargon des Department of Defense (DoD): Bereitsteller und Erforscher „kulturellen Wissens" – anzuwerben und deren Erkenntnisse sowohl auf strategischer wie auch auf taktisch-operativer Ebene einfließen zu lassen. US-Luftwaffe, -Landstreitkräfte, -Marine sowie andere Zweige des Militärs besitzen inzwischen jeweils eigene spezielle Bildungsstätten und Rechercheinstitute, an denen vielerorts universitär geschulte AnthropologInnen lehren oder forschen.[2]

Ein massiver Fokus dieser Bemühungen um mehr „cultural awareness" liegt auf der Anwendung ethnologischer Erkenntnisse bei der Aufstandsbekämpfung, der so genannten „Counterinsurgency" („COIN"). So wurden mehrere Kapitel des vielzitierten Feldhandbuchs „Counterinsurgency field manual FM 3-24" der US-Army und des Marine Corps aus dem Jahre 2006, eine Art militärische Bibel der Aufstandsbekämpfung nach 9/11, von oder mit der Hilfe von AnthropologInnen entworfen und formuliert; das Buch wimmelt von (jedoch vielfach nicht belegten) anthropologischen oder soziologischen Zitaten. Der moderne Soldat soll hiernach dafür gewappnet sein, in den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft in seinem Einsatzort Einfluss nehmen zu können: „Von Soldaten und Marines wird erwartet, dass sie sowohl Nationen-Erbauer als auch Krieger sind" („Soldiers and Marines are expected to be nation builders as well as warriors.").[3] Oder in den Worten David Nagls, einem der Autoren von FM 3-24: „Wenn ich das Buch in nur wenigen Worten zusammenfassen könnte, wäre das so: 'sei höflich, sei professionell, sei bereit zu töten'"[4]. Der 2013 aus dem Amt des CIA-Direktors geschiedene General David Petraeus, der das Vorwort für FM 3-24 schrieb, ist selbst erklärt einer der größten Verfechter einer militärisch-anthropologischen Zusammenarbeit. Nachdem das US-Militär sowohl in Afghanistan in der Operation Enduring Freedom als auch in der Operation Iraqi Freedom auf konventionellem Wege den Aufständen gar nicht oder nur schwer Herr werden konnte, sollte nun ab Mitte der 2000er Jahre die Untersuchung des „menschlichen Terrains" in den Fokus militärischer Strategien gerückt werden. In Petraeus' Worten:

„Kenntnis über das kulturelle Terrain kann so wichtig und manchmal sogar wichtiger sein als Kenntnis über das geographische Terrain. Diese Beobachtung räumt ein, dass die Menschen in vielerlei Hinsicht das entscheidende Terrain sind, und dass wir das Terrain auf dieselbe Art studieren müssen wie wir das geographische Terrain immer studiert haben." [5]

Das offizielle Ziel der daraus erfolgenden, neuen „kulturell sensitiven Kriegsführung", wie sie von Petraeus' Berater und Co-Autor von FM3-24, David Kilcullen, und vielen weiteren hochrangigen US-Militärs dargestellt wurde, soll(te) es sein, die „Herzen und Köpfe der Menschen zu erreichen".[6] Der für seine anthropologischen Forschungen für das australische Militär ausgezeichnete Politikwissenschaftler Kilcullen beklagte 2004 in einem Artikel über die „Operation Phoenix" (während der, wie oben geschildert, ebenfalls die „hearts and minds" im Mittelpunkt standen) die unfaire Berichterstattung über das Programm. Die Foltervorwürfe und angebliche CIA-Finanzierung seien „populäre Mythen". Stattdessen hob er Phoenix' zivilen Charakter hervor und nannte es ein „Hilfs- und Entwicklungsprogramm".[7] Nach Kilcullen's Ansicht würde ein neues, globales Phoenix-Programm beim Kampf gegen den internationalen Jihadismus von großem Vorteil sein. Wie Aufstandbekämpfung in der Praxis unter Petraeus' Oberkommando tatsächlich umgesetzt wurde, zeigt sich u.a. anhand der 2013 von BBC und Guardian aufgedeckten Folterungen durch DoD-gestützte paramilitärische Einheiten der irakischen Polizei.[8] An deren Ausbildung waren auch Petraeus' rechte Hand vor Ort, James Coffman, sowie der von dem damaligen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld eingesetzte James Steele beteiligt. Steele war bereits für seiner Teilnahme an der Ausbildung militärischer Einheiten zur Aufstandsbekämpfung im brutalen Krieg in El Salvador in den 1980ern bekannt. Kilcullens Forderung nach einer Einbeziehung der Kulturwissenschaften, insbesondere der Anthropologie, in eine (zivil-)bevölkerungszentrierte Aufstandsbekämpfung (laut Kilcullen „bewaffnete Wissenschaft") wurde und wird intensiv weiter verfolgt. In einem Interview mit dem New Yorker sagte er: „Hier geht es vor allem um die zerbrochene Beziehung zwischen der Regierung und dem Fach Anthropologie. Woran diese Beziehung zerbrach, ist Vietnam. Und die Menschen haben sich davon noch nicht erholt."[9] Ein weiterer gescheiterter Versuch, diese Beziehung wieder zu kitten, ist das Human Terrain System.

Das „Human Terrain System"

Im Jahre 2005 wurde auf Initiative einer Vertrauten von Petraeus, der US-Anthropologin Montgomery McFate, ein $6.5 Millionen DoD-Programm unter dem Namen „Pentagon Office of Operational Cultural Knowledge"[10] gegründet, mit der Zielsetzung einer Bereitstellung von:

1 *„Ethnographischer Recherche im Feld (Interviews und teilnehmende Beobachtung) zum Nahen Osten, Zentralasien etc.";*
2 *„Vorentwicklung und erweitertes kulturelles Training (...) und Computer-basiertes Training zur Gesellschaft und Kultur";*
3 *„soziokulturellen Studien von Interessensgebieten (wie der nordkoreanischen Kultur und Gesellschaft; iranischer Militärkultur, und so weiter)";*
5 *„Kulturberatern für die Planung und den Betrieb für Kom-*

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

mandanten auf Anfrage“ und „Vorlesungen an militärischen Einrichtungen“; sowie

5 *„experimenteller soziokultureller Programme, wie beispielsweise die kulturelle Vorbereitung der Umwelt – ein umfassendes und ständig aktualisiertes Datenbank-Werkzeug zur Nutzung durch operative Kommandeure und Planer.“*[11]

2006 entstand hieraus unter der Leitung des „Foreign Military Studies Office“ (FMSO) eine Einrichtung des „U.S. Training and Doctrine Command“ (TRADOC), das mit hunderten Millionen US$[12] geförderte Programm „Human Terrain System” (HTS). Das HTS schickt Kultur- und SozialwissenschaftlerInnen in Krisengebiete, u.a. nach Afghanistan[13] und in den Irak. Vor Ort begleiten die „Human Terrain Teams“ (HTT) Bodentruppen, um in den Städten und Dörfern Informationen über die lokale Bevölkerung zu sammeln und beratend den US-Truppen wie ihren Partnern zur Seite zu stehen.

Vornehmlich sieht es aus, als würde das HTS dazu beitragen, dass der Kommunikationsfluss zwischen Einheimischen in den Kriegs- und Konfliktgebieten und den vor Ort stationierten US-Militärs verbessert wird. „Kulturelle Fettnäpfchen“ sollen dadurch im Idealfall umgangen, Wünsche und Empfindungen der Lokalbevölkerung besser erkannt werden. Nebenbei werden aber auch Dorfstrukturen, Wirtschaftsweisen, familiäre, religiöse oder politische Netzwerke und Eigenheiten der lokalen Bevölkerung ausgewertet und katalogisiert und mit Hilfe spezieller Analyse-Software („map-Ht“) zur aktuellen Lagebewertung oder späteren Verwendung an anderer Stelle weiterverarbeitet.[14] Nicht nur Daten zur sozialen Kultur und Lebensweise werden hier gespeichert, auch biometrische Daten von Millionen Irakern und Afghanen wurden hier zusammengefügt.[15]

Sowohl Aufbau wie auch Zielsetzung und Umsetzung des HTS sind von politischer, militärischer und nicht zuletzt akademischer Seite von Anfang an aufs Heftigste kritisiert worden. Denn neben aller potentiellen Sensibilisierung einzelner SoldatInnen für die Belange der Einheimischen birgt diese Art der Datenbeschaffung und -Aufbewahrung immense Gefahren. HTS-Mitglieder müssen ihre Daten innerhalb kürzester Zeit, oft in wenigen Stunden oder noch kürzer,[16] sammeln. Dies steht im Gegensatz zur üblichen anthropologischen Praxis, wichtige Personendaten i.d.R. nur nach langmonatiger oder mehrjähriger teilnehmender Beobachtung zu konsolidieren. Und nach anthropologischem Standpunkt sind dies auch nur Sammlungen von Momentaufnahmen sich ständig wandelnder und verschwindender Objekte, was eine Kartierung, wie sie sich das US-Militär vorstellt, zu einem von vornherein gescheiterten Unterfangen macht.[17] Auch wenn an HTS beteiligte WissenschaftlerInnen in der Vergangenheit immer wieder die „nichtkinetische“ Verwendung der recherchierten Daten betonten, ist deutlich, dass sie – einmal in die Datenbanken des US-Militärs gespeist – keine Kontrolle über ihr oftmals hastig gesammeltes (und damit nicht einmal unbedingt valides) Material besitzen. Die Gefahr besteht, dass auf diese Weise gesammelte, sensible Daten später kontextuell falsch verstanden werden können und nicht vor Missbrauch geschützt sind.

Der US-Militärhistoriker und Direktor des FMSO, Jacob Kipp, nennt das HTS „ein CORDS für das 21. Jahrhundert”.[18] Damit verweist er auf das Militär-Programm während des Vietnamkriegs, unter dem auch die berüchtigte „Operation Phoenix“ durchgeführt wurde. Parallelen zu CORDS sind tatsächlich erkennbar, wie Roberto González in seinem Buch „American Counterinsurgency” aufzeigt.[19] Vor allem das sog. „Census Grievance data-gathering” von HTS ähnelt dabei einem System der Datensammlung unter Phoenix. Im Focus steht hierbei die Beschaffung von Informationen über materielle Nöte der lokalen Bevölkerung und über Debatten zu politischen Themen wie Verbindungen zu unterschiedlichen politischen Gruppen oder Parteien in der Region.[20] Im Jahre 2007 publizierte der damalige Ministerialrat im Verteidigungsministerium, John Wilcox, ein Pamphlet, in dem er als „Wert“ des „Human Terrain“-Kartierens hervorhob, es leiste, „die gesamte Tötungs-Kette für den globalen Krieg gegen den Terror zu ermöglichen“ („to enable the entire Kill Chain for the GWOT”).[21] Ein US-Soldat im Rang eines Oberstleutnants schrieb auf dem Blog eines HTS-Mitglieds:

„Belüge Dich nicht selbst, ganz gleich, ob sie es zugeben wollen oder nicht, diese Human Terrain Teams steuern auf eine generalisierte und subtile Weise zum kollektiven Wissensschatz eines Kommandeurs bei, was ihm die Möglichkeit gibt, den Feind im Bürgerkrieg im Irak anzuvisieren und zu töten. [...] Also hör damit auf, das, was diese Teams machen und wovon sie letztendlich ein Teil sind, zu beschönigen; diesen Fakt zu leugnen bedeutet, die Realität der Kriege im Irak und Afghanistan zu leugnen“.[22]

Einzelne HTS-Mitglieder gehen ebenfalls offen mit diesem Dilemma um:

„falls (HTS-)Informationen zum Anvisieren [„targeting”, Anm.d.Ü.] liefern sollte – ob böse Typen, Entwicklung oder Regierungsführung ins Visier genommen werden –, so wie unser Wissen genutzt wird, wird es eben genutzt. Das Einzige, worüber ich mir Gedanken mache, ist, wie man unsere Informationen an so viele Soldaten wie möglich weitergibt. Die Wahrheit ist, dass da draußen Menschen sind, die nach bösen Typen zum Töten suchen. Mir wäre es lieber, wenn sie nicht in einem Vakuum agieren.“[23]

Mit dem Rückzug großer Truppenteile der US-Army aus dem Irak hat man auch die Zahl der HTS-Teams im Feld reduziert. Inzwischen sind etwa 14 HTS-Teams im Auslandseinsatz in Afghanistan stationiert. Dass auch die Gefahren im Feld für WissenschaftlerInnen im Dienste militärischer und geheimdienstlicher Institutionen nicht unerheblich sind, zeigte sich schon kurz nach der Einführung von HTS. Seit Implementierung des Programms sind bereits mehrere wissenschaftliche HTS-Mitarbeiter in den Einsatzgebieten im Irak und Afghanistan ums Leben gekommen.[24] Gleichzeitig wurden skeptische Mitarbeiter, so zeigen es detaillierte Insiderberichte, nach und nach auf Linie gebracht, Kritik an der Militär-Doktrin wurde und wird ihnen im Verlauf des Trainings aberzogen.[25] Dass damit auch und vor allem eine kritisch-wissenschaftliche Evaluierung der Methoden und der im Verlauf der Forschung gesammelten Daten unmöglich gemacht wird, ist wohl im Sinne der Erfinder.

Dass sich HTS bis heute gehalten hat, liegt wohl vor allem an einer geschickten Marketing-Kampagne. Das HTS inszenierte sich (in Kombination mit dem Bestseller FM 3-24) lange Zeit als die neue Art der „sanften“ Kriegsführung. HTS-Mitarbeiter gerieren sich als smarte „Kulturkrieger“,[26] die durch ihr Verständnis der lokalen Kultur den Soldaten vor Ort helfen, das Vertrauen der lokalen Bevölkerung zu gewinnen. Unzählige Presseartikel, ein Dokumentarfilm und sogar mehrere Bücher sind inzwischen zu HTS publiziert worden.

Neben den USA setzen inzwischen auch viele weitere Länder auf den Aufbau ähnlicher Konzepte nach dem US-amerikanischen Vorbild. In Kanada entwickelte sich dort das Programm „White Situational Awareness Team“ (WSAT)[27] und in Großbritannien die „Defense Cultural Specialist Unit“ (DCSU).[28] In

Minerva Initiave Screenshot der Website des US Verteidigungsministerium

beiden Fällen sollen von den Streitkräften ausgebildete KulturexpertInnen speziell geschulte Truppen im Feld begleiten. Oberste kulturelle Beraterin im Falle der DCSU ist ebenfalls eine zivile Wissenschaftlerin mit anthropologischem Hintergrund.

Forschungskollaborationen mit Universitäten und Studierenden

Eine weiteres Forschungsvorhaben des Pentagons, das gezielt Kultur- und SozialwissenschaftlerInnen anspricht, ist die „Minerva Research Initiative", kurz „Minerva".[29] Minerva sucht auf dem direkten Weg Forschungskollaborationen mit führenden amerikanischen (zuweilen auch ausländischen) Universitäten. Mit einem jährlichen Budget, das zwischen $8 und 17 Millionen schwankt, forciert das Programm akademische Forschungsarbeiten zu Themen wie Aufstandsbekämpfung, Islamischem Fundamentalismus, Migration oder etwa der Analyse politischer Stabilität in afrikanischen und asiatischen Ländern. Mit Einzelauftragsförderungen von bis zu $1 Million pro Jahr (im Schnitt um die $500.000) richtet sich das Angebot auch und im Speziellen an ForscherInnen aus den Kultur- und Sozialwissenschaften mit regionalen Forschungsschwerpunkten.[30]

Auch der studentische Nachwuchs wird verstärkt zur Zusammenarbeit mit militärisch-geheimdienstlichen Einrichtungen aufgerufen: So haben sowohl die amerikanischen Geheimdienste wie auch das US-Militär unterschiedliche Studienstipendien (mit jährlichen Bezügen von bis zu $40.000) u.a. für angehende Sozial- und RegionalwissenschaftlerInnen ausgelobt, die Stipendiaten u.a. durch obligatorisch abzuleistende Praktika als künftige Mitarbeiter gewinnen sollen. Mittels strenger finanzieller Strafen bei Nichteinhaltung der Verträge werden mittellose Praktikanten beim eventuellen Aufkommen ethischer Zweifel im Nachhinein bei der Stange gehalten.[31]

Hugh Gusterson, Ethnologe an der George Mason University, fasst die Problematik einer solchen, militärisch finanzierten Forschungslandschaft wie folgt zusammen:

„Wenn Forschung, die von neutralen, zivilen Ämtern finanziert werden könnte, stattdessen vom Militär finanziert wird, wird Wissen feinsinnig militarisiert und verbogen wie ein durch beständigen Wind verbogener Baum. Die Öffentlichkeit erkennt letztendlich an, dass grundlegende akademische Forschung zu Religion und Gewalt dem Militär „zueigen" ist; WissenschaftlerInnen, die sich niemals Militärforschung machen sahen, tun dies jetzt; vielleicht wundern sie sich, ob ihr Zugang zu zukünftiger Finanzierung am besten gesichert ist, indem sie die Außenpolitik der USA nicht kritisieren; eine Disziplin, deren Unabhängigkeit von militärischer und großindustrieller Finanzierung genau die Art kritischen Denkens anregte, die eine Demokratie braucht, ist nun kompromittiert; und die Prioritäten des Militärs definieren die weiteren grundlegenden Termini öffentlicher und akademischer Debatten."[32]

Kultur für Alle

Die Rücktritte der beiden US-Generäle Stanley McChrystal und David Petraeus sowie des US-Verteidigungsministers Robert Gates (allesamt große Verfechter einer militärisch-anthropologischen Zusammenarbeit), scheint auf den Stellenwert dieses sogenannten „cultural turns"[33] der Kriegsforschung keinen entscheidenden Einfluss zu haben. Petraeus' Nachfolger als Oberkommandierender des Multi-National Force Iraq, General Raymond T. Odierno – seither zum Generalstabschef des Heeres der US Army aufgestiegen – betonte mehrfach die Bedeutung detaillierter Kenntnisse der lokalen Kultur im Kontext der Aufstandsbekämpfung im Irak.[34] Das Schlagwort des „human terrains" scheint indes etwas an Prominenz eingebüßt zu haben. Ergänzend stützen sich die Verteidigungs- und Sicherheitsexperten inzwischen auch auf andere Losungen, Methoden oder Projekte mit ähnlichem Hintergrund oder Zielvorgaben: ein Verständnis für die speziellen sprachlichen und kulturellen Gegebenheiten in den Einsatzgebieten („human domain", „cultural operational environment") zu erlangen und die Kultur, Netzwerke und Geschichte der Menschen zu analysieren („cultural intelligence preperation of the battlefield")[35], um Einfluss auf die lokale Bevölkerung, Regierungen und Militärs zu nehmen.[36] In den letzten Jahren bietet das US-Militär eine Fülle an Literatur, Seminaren und Expertisen zu Schlagworten wie „Cross-Cultural-Communication" (3C)[37] und „Language, Regional Expertise and Culture" (LREC) an,[38] anhand derer vor allem Führungskräfte im Militär, aber auch einfache SoldatInnen, kulturelles Verständnis und regionale Kenntnisse für ihre Einsatzgebiete erwerben sollen.

RAF – kulturbeflissen für den Dauereinsatz

„Die jüngste historische Entwicklung hat uns vor Augen geführt, dass wir ein erhöhtes Niveau an kulturellem und regionalem Bewusstsein in allen Armeeeinheiten haben müssen. In den einfachsten Worten erklärt sind regionally aligned forces Armeeeinheiten und Führer – Brigaden, Divisionen, Corps und unterstützende Einheiten –, die sich während ihres normalen Trainingsprogramm auf eine bestimmte Region konzentrieren, indem sie kulturelles Training und Spracheingewöhnung erhalten."[39]

Mit diesen Worten kündigte General Odierno 2012 die Ausbildung der „regionally aligned forces" (RAF) an. Ein Ziel des Trainings der RAF ist eine Erhöhung der Einsatzfähigkeit US-amerikanischer Streitkräfte in ihnen bisher kulturell eher

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

unzugänglichen Gebieten. So sollen reguläre Armee-Brigade-Einheiten den Regionalkommandos der US-Streitkräfte für längere Zeiträume als bisher zur Seite gestellt werden.[40] RAFs durchlaufen eine spezielle Ausbildung in LREC, „um die Bevölkerung entsprechend dem Kontext der operativen Umgebung“, in der sie später agieren, besser verstehen zu können.[41] Anders ausgedrückt bedeutet dies, dass die Einheiten dauerhafte Bindungen zu einer Region knüpfen, Beziehungen zu den Menschen pflegen und soziale Netzwerke zugänglicher machen sollen.[42]

Im März 2013 wurde als erstes das Regionalkommando AFRICOM durch das 2nd Brigade Combat Team der 1st Infantry Division unterstützt.[43] Für ihre Ausbildung wurde die Truppe vor ihrer Abreise im ad-hoc Verfahren von Afrika-Experten nahegelegener Universitäten geschult.[44] Worin die Aufgaben der RAF-Einheiten oder selbst die einzelnen Aktivitäten AFRICOMs genau bestehen, ist jedoch nur teilweise bekannt:[45] Offiziell handelt es sich dabei meist um sogenannte „Trainings-Missionen“ in Kooperation mit den Militärs in anderen Ländern. „Training” wird dabei ganzheitlich verstanden: Neben militärischen Techniken zum Ziel einer Grenzsicherung (und der damit einhergehenden „Sicherung amerikanischer Interessen“ in der Region)[46] wird auf die Übermittlung einer „ethisch basierten Mentalität” („ethical based mentality“) Wert gelegt; dabei soll den Auszubilden nach Angaben von Col. John „Boone” Ruffing, Security Cooperation Director von USARAF, der Sinn für das „Große und Ganze“ vermittelt werden:

„Vom Bataillons-Kommandeur runter versuchen wir Mentoren zur Verfügung zu stellen, um diese jungen Geister zu bearbeiten, zu formen, zu gestalten und zu coachen. Wir wollen ein Bataillon trainieren, das mehr ist als bloß ‘ein Bataillon’, ihnen zeigen, dass es um mehr geht als die Flagge auf ihrer Schulter, es geht um einen größeren Belang“.[47]

Das 2nd Brigade Combat Team, 1st Infantry Division nahm 2013 an 128 solcher „Aktivitäten” in 28 afrikanischen Ländern teil.[48] Zusätzlich wurde eine zwischen 130- und 150-Mann starke Truppe als Teil einer „crisis-response unit“ nach Djibouti am Horn von Afrika versetzt.[49] Konzepte, HTS und die RAFs miteinander zu verbinden, ließen nicht lange auf sich warten.[50] Weitere RAFs werden derzeit für verschiedene andere „Kommandos“ vorbereitet.[51]

Umfassende Militarisierung der US-Anthropologie

Inzwischen ist das US-Verteidigungsministerium der größte singuläre Finanzier ethnologischer Forschung weltweit, keine andere private oder öffentliche Stiftung kann sich monetär mit ihm messen. Das HTS ist (nach mehreren Führungswechseln) inzwischen ein fest implementiertes Programm des Pentagons, trotz anhaltender interner und externer Kritik hat das HTS den amerikanischen Steuerzahler bereits über $645 Millionen gekostet.[52] Minerva fördert bereits im siebten Jahr seiner Entstehung Forschungen US-amerikanischer und ausländischer WissenschaftlerInnen. Dutzende amerikanische Lehrstühle und Institute konzentrieren sich auf die Analyse und Weitergabe kulturspezifischen und ethnologischen Wissens an militärische- und geheimdienstliche Einrichtungen. Ein neu gegründetes „Cultural Knowledge Consortium“ (CKC)[53] des US-Militärs bemüht sich, den verfügbaren Wissensschatz der „Community“ (zu der auch Nichtregierungsorganisationen, akademische Institutionen, Nicht-US-amerikanisches Militär und Vertreter der Privatwirtschaft zählen) zu bündeln und militärbasierte operative Informationen, analytische Expertisen und Ratschläge für kulturelle Trainings miteinander abzuwägen und zu verbessern. Langfristiges Ziel ist zudem die Erstellung einer weltweiten „kulturellen Datenbank“ eines Großteils aller Gruppen und Gesellschaften und einer detaillierten Kartierung des „menschlichen Terrains“ aller militärisch-geheimdienstlicher Einsatzgebiete.[54]

Deutsche MilitärethnologInnen

Wie in verschiedenen anderen europäischen Ländern setzt auch die Bundeswehr (BW) in verschiedenen Bereichen zunehmend auf die Einstellung von AnthropologInnen und RegionalexpertInnen. Einsatz finden diese auch in der BW sowohl in der Vorbereitung („kulturelle Trainings“), bei Forschungen im Feld („Kontaktpflege“) sowie in der Datenanalyse und Lagebewertung.[55] Eine genaue Analyse dieser Tätigkeiten ist im Rahmen dieser Studie nicht möglich, eine Aufzählung einiger der wichtigsten Einsatzstellen mit Verweis auf die Sekundärliteraturen muss hier genügen.

Bekanntestes Beispiel dieser Zusammenarbeit ist die Einstellung von EthnologInnen und RegionalexpertInnen als „Interkulturelle Einsatzberater“ am Zentrum Operative Kommunikation der Bundeswehr, ehemals Zentrum für Operative Information. Von hier aus können, neben einer beratenden Tätigkeit zu interkulturellen Themen, uniformierte Kultur- und SozialwissenschaftlerInnen zur PR und für Vermittlungstätigkeiten zwischen der BW und der lokalen Bevölkerung in Einsatzgebieten wie dem Kongo oder Afghanistan entsandt werden.[56] „Wir sind in erster Linie Soldaten, keine freischwebenden Zivilisten für die Völkerverständigung“, zitiert der Karriere-Spiegel den Islamwissenschaftler und „Interkulturellen Einsatzberater“ Henning Bischof.[57] Auch hier erstellen die WissenschaftlerInnen „im Feld“ ad-hoc Analysen, die in die Lagebewertungen einfließen.

Auf größerer geostrategischer Ebene werden Analysen zu soziokulturellen Fragen und politischen oder religiösen Netzwerken, etwa am Zentrum für Nachrichtenwesen respektive dem Amt für Geoinformationswesen der BW, mit der Hilfe von EthnologInnen erstellt. Die Führungsakademie der Bundeswehr stellt derzeit eine Ethnologin als Dozentin und interkulturelle Beraterin ein, an der Universität der Bundeswehr in München-Neubiberg dozieren Lehrbeauftragte mit ethnologischem Hintergrund u.a. zu den Schwerpunkten Afrika und islamische Länder. Zusätzlich werden auch externe WissenschaftlerInnen für Expertisen für den interkulturellen Kontakt im Auslandseinsatz zurate gezogen.[58] So kooperieren u.a. auch zivile EthnologInnen mit der BW bei der Erstellung von sogenannten „Wegweisern“, Feldhandbüchern für den Auslandseinsatz. 2007 wurden ethnographisch arbeitende Forscher beauftragt, Analysen für die Bundeswehr in Afghanistan zur Akzeptanz der BW bei der lokalen Bevölkerung zu erstellen. Selbige Analysten ließen später diese für die BW gesammelten Daten in einer Studie für einen (aufgrund seiner neokolonialen Prämisse umstrittenen) Sonderforschungsbereich (SFB) der DFG einfließen, ohne ihren früheren militärischen Arbeitgeber zu erwähnen. Anfangs verleugnete der Sprecher des SFBs eine Verbindung der Studie und der SFB-Mitarbeiter zur Auftragsforschung für das Verteidigungsministerium. [59]

Des Weiteren nutzt die Bundeswehr auch ethnographische Analysen durch eigens angestellte EthnologInnen für die interne Strukturverbesserung. So entstanden etwa am

Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr Studien zur Untersuchung der eigenen „Militärkultur(en)“.[60]

Öffentliche Kritik, Widerstand und die fachinterne Debatte

Auch wenn das Ausmaß der Beteiligung von deutschen EthnologInnen an militärischen und geheimdienstlichen Aktivitäten personell weitaus geringer ausfällt als in den USA, ändert das wenig an den hieraus erwachsenen Gefahren für die Disziplin als solche durch eine unskeptische Haltung seitens der Wissenschaft und dem Schulterschluss mit bzw. einer verstärkten Präsenz von Militärethnologen an den Universitäten. Doch der Protest von ziviler und akademischer Seite bleibt hier nicht aus. Die größere Informationsdichte zu den Risiken und den weiteren Implikationen einer zu großen Nähe von Militär und Geheimdiensten zum Fach, Kritik an den Auslands-Einsätzen der Bundeswehr und die Debatten um Zivilklauseln an deutschen Universitäten erschweren zumindest eine direkte Rekrutierung von Studierenden an den Universitäten, etwa durch beworbene Praktika für JungethnologInnen in unterschiedlichen Bereichen der BW.[61]

Die Auseinandersetzungen zu ethischen Dilemmata dieser unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit führten Mitte bis Ende der 2000er weltweit zu Brüchen zwischen unterschiedlich positionierten Fraktionen innerhalb der anthropologischen Gemeinschaft und offen ausgetragenen Anfeindungen einzelner Akteure: Die so genannten „embedded anthropologists” oder ethnologisch geschulte MilitärdozentInnen sehen sich zunehmend mit Vorwürfen konfrontiert, nichts anderes als „Spione“, „Söldner“ oder „Propagandisten” zu sein, die oftmals zu Besatzung, Unterdrückung und/oder der Ausbeutung von Angehörigen nicht-westlicher Gesellschaften beitragen und damit auch der gesamten Disziplin auf lange Sicht einen nicht unerheblichen Schaden zufügen.[62] Viele der im Sicherheitsapparat angestellten WissenschaftlerInnen entgegnen diesem Vorwurf mit dem Argument, Militärangehörige, Geheimdienste oder Regierungspersonal lediglich kulturell zu sensibilisieren oder im Ausland als Mediatoren zwischen rivalisierenden Parteien aufzutreten, um so Schaden zu verhindern und einer schnelleren Befriedung der von Aufständen geplagten Gebiete zuzuarbeiten. Anna Simons, Anthropologin und Dozentin an der Naval Postgraduate School, beschreibt den ihrer Meinung nach daraus folgenden Konflikt:

„wenn AnthropologInnen ihren Kopf in den Sand stecken und nicht helfen wollen, an wen werden sich das Militär, die CIA und andere Dienste zur Informationsbeschaffung wenden? Sie werden sich an Menschen wenden, die ihnen die Art von Informationen liefern, die AnthropologInnen dazu bringen sollten, sich die Haare ausreißen zu wollen, weil die Informationen nicht annähernd genau etwas mit dem zu tun haben, was auf der lokalen Landkarte vor sich geht.”[63]

Nach Simons, HTS-Gründerin McFate und anderen sind die akademischen Kritiker oft genug damit zufrieden, in ihren Elfenbeintürmen zu sitzen „in einem Moment, in dem AnthropologInnen eine echte Gelegenheit für eine positive Einflussnahme haben“,[64] anstatt die „Notwendigkeit einer Gewaltanwendung zu reduzieren“.[65]

Natürlich gibt es auch in seiner moralischen und politischen Bewertung Unterschiede zwischen den verschiedenen oben genannten Forschungs- und Lehrvorhaben. Dass Soldaten vor ihrem Einsatz sich (zumindest ansatzweise) mit kulturellen Besonderheiten einer Region sowie den sozialen oder religiösen Normen, die vorherrschen, beschäftigen, ist nicht gleichzusetzten mit einer direkten Sammlung persönlicher Daten von Einheimischen in Kriegsgebieten. Doch die Hoffnung vieler, das Militär zu „anthropologisieren“, ist bereits strukturell zum Scheitern verurteilt. Stattdessen ist die Überlegung, wem welche (Forschungs-)Instrumente in die Hand gedrückt werden, und wozu bzw. wie diese (auch mit Blick auf vergangene Verwendungen) genutzt werden, von entscheidender Bedeutung bei der Bemessung dieses Sachverhalts.

Selbst DozentInnen, die „nur“ interkulturelle Kompetenzen vermitteln, sollten sicherstellen oder zumindest von ihren Schülern verlangen können, dass diese ihr Wissen nicht missbrauchen, um anderen Menschen Schaden zuzufügen. Dazu braucht es aber auch ein Bewusstsein über die Dimensionen der eigenen Einsätze und der persönlichen Verantwortung jenseits einer Befehlskette. So lange eine kritische Auseinandersetzung mit westlichen Hegemonialansprüchen, problematischen Militärkultur(en) und dem Einbeziehen postkolonialen Denkens in die Lehre und Forschung nicht oder nur begrenzt möglich ist, kann man nicht mehr von einer modernen wissenschaftlichen Vermittlung dieses Wissens, geschweige denn von einer Anthropologie des 21. Jahrhunderts sprechen.

Wie David Price von der George Mason University anhand der Analyse verschiedener Quellen erkennen lässt, fördert das US-Militär vor allem eher solche begrenzten, oft hoffnungslos veralteten Sichtweisen auf Kultur, die ihre eigenen bereits vorherrschenden Meinungen „bestätigen“, als solche, die „herausfordern“.[66] Eine „Ethnologie-light“, die sich manipulieren lässt und deren Methoden und Ergebnisse selektiv verwendet werden, wenn sie sich sonst nicht mit den Vorstellungen militärischer Vorgesetzter decken, verliert ihren wissenschaftlichen Anspruch.

Die Disziplin Ethnologie bezieht ihre Legitimität über eine lange Fachgeschichte voller Debatten um ethische Methoden und Herangehensweisen. Dazu gehören sich auf Grund des wissenschaftlichen Erkenntnisstandes oder Augenmerks wandelnde und ergänzende Theorien sowie reflexive und holistische Betrachtungsweisen, die sich nicht einfach zu einem Kulturknigge oder einem multiple Choice-Kulturtest herunter brechen lassen. Oft wird zur Unterstreichung einer moralischen Notwendigkeit militärisch-ethnologischer Zusammenarbeit das Beispiel alliierter AnthropologInnen im 2. Weltkrieg zitiert.[67] Deren Eifer und ihre Einsätze mögen entsprechend der Umstände nachvollziehbar, in Teilen möglicherweise auch kriegsnotwendig gewesen sein. Viele Einsätze wiederum waren es nicht oder sind ethisch zu verurteilen. Extreme wie die US-anthropologischen Forschungen unter amerikanischen Kriegsgefangenen japanischer Herkunft sprechen für sich, und auch die Instrumentalisierung von etwa burmesischen oder nordafrikanischen Kämpfern für Anschläge, Schmuggel und Guerillakriegshandlungen sind trotz der Kriegsumstände mit großer Skepsis zu betrachten. Diese Einsätze führten auch zu einer Desensibilisierung des Fachs während des Kalten Kriegs und einem Näherrücken an seine koloniale Vergangenheit.[68] Viele KulturwissenschaftlerInnen waren im Rückblick darüber enttäuscht, wie ihre Forschungen und Expertisen – wenn überhaupt – eingesetzt wurden. Margaret Mead musste sich eingestehen, dass ein großer Teil ihrer Vorschläge im Rahmen ihrer Arbeit am Office of War Information (OWI) auf taube Ohren stieß.[69] Gregory Bateson plagten nach dem Krieg Gewissensbisse über seine Propagandaaktivitäten sowie über den allgemeinen Umgang seiner Mitarbeiter mit Einheimischen im Rahmen seiner Arbeit beim Office of Strategic Services

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

(OSS).[70] Der Soziologe Alexander Leighton, der die Foreign Morale Analysis Division im OWI während des Zweiten Weltkriegs leitete, merkte an, dass Anthropologen nur wenig Einfluss auf die Kriegspolitik in Japan hatten, und fasste seine Erfahrungen wie folgt zusammen: „der Administrator nutzt Sozialwissenschaft so wie ein Betrunkener einen Laternenpfahl, als Stütze statt zur Erleuchtung“.[71]

Unter diesem Aspekt ist auch das Bestreben etlicher Militär-AnthropologInnen zu betrachten, durch ihre Arbeit in Krisenzeiten und -regionen Gutes tun zu wollen. Diese werden zwangsläufig ihre Methoden den Vorgaben ihres militärischen Arbeitgebers anpassen und im Zweifelsfall auch ihre wissenschaftlich-ethischen Forschungsvorgaben verraten müssen. Und warum sollte gerade das Militär besonders gut dazu befähigt sein, humanitäre Hilfe und internationale Diplomatie leisten zu können, wenn andere Institutionen qua Amt, Zielsetzung und Erfahrung viel besser dazu geeignet sind? NGOs wie auch viele zivile Regierungsorganisationen sind bekanntermaßen strukturell und auch aus ethischer Sicht betrachtet viel eher in der Lage, Hilfe zu stellen und Stabilität in zerstörten oder krisengeplagten Regionen zu schaffen, selbst wenn einige von ihnen dafür Absprachen mit dem Militär treffen müssen.

Ruth Benedict verfasste während des zweiten Weltkriegs Expertisen zu asiatischen Gesellschaften für das Office of War Information. Foto: Library of Congress

In den USA kämpft selbst das Außenministerium mit dem massiven Finanz- und Kompetenz-Ausbau des Verteidigungsressorts, was gelegentlich dazu führt, dass Ersteres Letzteres aus Angst vor einer Militarisierung der Außenpolitik in die Schranken weisen muss bei der Interpretation dessen, wer eigentlich für Diplomatie zuständig ist.[72] Viel größere Chancen, sich vor öffentlichen Meinungsmachern wie Presse und Politik Gehör zu verschaffen, haben AnthropologInnen sowieso, wenn sie nicht in militärische und geheimdienstliche Organisationen eingebunden sind, da sie hier meist einer Schweigepflicht und einer Befehlskette unterliegen, die eine freie Meinungsäußerung schwierig, oft sogar unmöglich gemacht.

Die immense Finanzierung von Forschungsaufträgen mit „sicherheitsrelevantem“ Bezug führt gleichermaßen zu einer Verschiebung des wissenschaftlichen Augenmerks, was die Gefahr einer einseitigen Berichterstattung oder des Datenmissbrauchs birgt. Ein solcher Missbrauch von (Personen-)Daten hat in der Vergangenheit bereits immer wieder zur Ausbeutung von Zivilisten, Folter und sogar zum Tod vieler Unschuldiger geführt. In einem Kontext, in dem oft nur zwischen den leichtfertigen Kategorien Freund und Feind unterschieden wird, muss eine humanistische Wissenschaft wie die Anthropologie unabhängig einwirken können, ohne die Gefahr einer Vereinnahmung. Eine Reihe kritischer Professoren empfehlen daher, an militärische Forschungsfragen gebundene Gelder durch unabhängige Wissenschaftsbeiräte und zivile staatliche Institutionen wie im Fall der USA der National Science Foundation (NSF) zu vergeben. Dies darf jedoch nicht halbherzig passieren. Als dies vor wenigen Jahren in Ansätzen mit Geldern aus den Töpfen von Minerva geschah, nahm das Pentagon als Faustpfand Einfluss auf die Vergabe der Stipendien, indem es eigene Mitarbeiter in die Komitees des NSF einsetzte. Damit bekam es auch einen Einblick in Militär-unabhängige

Forschungsvorhaben. Der NSF musste sich den Vorwurf eines „Ausverkaufs der Integrität der wissenschaftlichen Überprüfung“ gefallen lassen.[73] In einem ähnlichen Fall aus dem Jahre 2013 trat der bekannte amerikanische Kulturanthropologe Marshall Sahlins aus dem Vorstand der National Academy of Sciences aus. Er protestierte damit u.a. gegen die Beteiligung der prestigereichen Wissenschaftsinstitution an militärischen Forschungsprojekten.[74]

AnthropologInnen, die für Geheimdienste oder das Militär arbeiten, vor allem diejenigen, die die Motive ihrer Arbeitgeber verheimlichen, riskieren zudem die Arbeit, wenn nicht sogar die Leben ihrer zivil im Feld arbeitenden KollegInnen, die in der gleichen Region oder zu ähnlichen Themen forschen. Zivile EthnologInnen „im Feld“ müssen sich immer öfter gegen Vermutungen und die damit verbundenen Gefahren wehren, ebenfalls für aus- oder inländische Geheimdienste zu arbeiten. So erklärt der Münchner Professor Hermann Amborn in einer Stellungnahme gegenüber der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde (DGV):

„Der Versuch, eine Vertrauensbasis mit den Gesprächspartnern zu schaffen, ist heute eine Selbstverständlichkeit. Wer hingegen wie einstige Regierungsethnologen unter Waffenschutz kommt, kann kein Vertrauen gewinnen. Als ob wir das nicht wüssten; [...] Das in den letzten Jahrzehnten mühsam erworbene Vertrauen in die Ethnologie wird verspielt und unserer Wissenschaft fundamentaler Schaden zugefügt“.[75]

Wie die spanische Anthropologin Addaia Marrades darüber hinaus treffend zusammenfasst, unterminiert geheime Forschung „die fundamentalen Prinzipien der Einverständniserklärung und verletzt das Recht der Informanten, die Ziele und Ergebnisse der Forschungen zu kennen, die in diesem Fall weder transparent sind noch publiziert werden“.[76] Der freie Austausch persönlicher Meinungen und die Erörterung etwa von im Feld gesammelten Daten auf Kongressen und in anderen akademischen Kreisen wird durch die zunehmende Durchdringung der Disziplin mit Vertretern des Militärs und der Industrie fast unmöglich gemacht. So wurden 2007 bei der US-Army angestellte AnthropologInnen sogar dabei beobachtet, wie sie Namen von UnterstützerInnen eines Aufrufs gegen eine Beteiligung an COIN-Aktivitäten abschrieben.[77]

Dies alles zeigt die Notwendigkeit auf, sich gegen die Einflussnahme aus militärischen und geheimdienstlichen Kreisen an Universitäten und akademischen Zirkeln zu wehren. Neben einer Forderung nach Zivilklauseln fällt den großen akademischen Zusammenschlüssen dabei eine wichtige Rolle zu. Aus Opposition gegen die Vereinnahmung ihres Fachs gründeten mehrere AnthropologInnen aus den USA und Großbritannien 2007 das „Network of Concerned Anthropologists“ (NCA).[78] Das NCA bezieht sich in seinem Namen auf das Vorbild der „Union of Concerned Scientists”, deren Gründer David Wright and Lisbeth Ludlund sich gegen Ronald Reagans Strategic Defense Initiative in den 1980ern stellten.[79]

Neben Petitionen gegen eine Zusammenarbeit mit dem HTS und gegen die Beteiligung an COIN-Aktivitäten brachte das NCA im Jahre 2009 eine enttarnende Abrechnung von FM-3-24 heraus.[80] Den Mitgliedern des NCA, dem seit der Gründung auch die oben genannten David Price und Hugh Gusterson angehören, ist des Weiteren eine Vielzahl an weiteren tiefenrecherchierten, militärkritischen Publikationen zu verdanken. Nachdem bereits 2005 vermehrt Stellenanzeigen des Militärs in ethnographischen Publikationen auftauchten, führte dies zu einer hitzigen Debatte innerhalb der amerikanischen Anthropologie-Gemeinde. Die American Anthropological Association (AAA) setzte eine Ad-Hoc-Kommission ein zur Untersuchung möglicher Unvereinbarkeiten ihrer ethischen Leitlinien mit einer Arbeit für den militärisch-geheimdienstlichen Sicherheitsapparat. Diese Leitlinien sehen einen besonderen Schutz der Informanten im Feld und der über sie oder durch ihre Hilfe gesammelten Daten vor.[81] Die Kommission warnte die Mitglieder der AAA in ihrem ausführlichen Bericht vor einigen Formen bestehender oder möglicher Kooperationen mit dem militärisch-geheimdienstlichen Sicherheitsapparat.[82] 2007 bescheinigte die AAA zudem dem HTS, in ihren Augen eine „nicht akzeptierbare Ausübung von anthropologischer Fachkompetenz“ zu sein.[83] Zwei Jahre später ergänzte sie ihre Aussage damit, HTS könne nicht von sich behaupten, eine „legitime, professionelle Ausübung von Anthropologie“ zu sein.[84] Sechs ehemalige Vorsitzende der AAA baten in einer schriftlichen Aufforderung den amerikanischen Kongress, HTS ganz abzusetzen. Diese und ähnliche Debatten führen zu einer konsequenten Überprüfung der eigenen ethischen Leitlinien, die wiederum somit – wenn angewandt – Schaden von Forschern und Erforschten abwenden können.

Auch in Deutschland regt sich in den letzten Jahren die Debatte um ethische Verantwortung von Ethnologen. Dank gebührt hierbei vor allen voran dem Tübinger Ethnologen Volker Harms, der im vergangenen Jahrzehnt unermüdlich gegen eine Vereinnahmung seiner Zunft durch militärische und geheimdienstliche Arbeitgeber gemahnt hat, sowie der AG Ethik der DGV. Nach langem Ringen hat sich auch die DGV Ende 2009 auf eine gemeinsame Ethik-Richtline geeinigt, die ihren Mitgliedern eine kritische Haltung zur Datensammlung und -veröffentlichung, Respekt gegenüber der untersuchten Kultur, ein holistisches und genaues Forschen wie auch den Schutz der Informanten nahelegt.[85] Generell ist dieser erste Schritt zu begrüßen (auch wenn der Hauptimpetus für die Erstellung dieser Ethikrichtlinie erst durch die Aufforderung durch externe Geldgeber geschaffen wurde). Verbindlich sind jedoch auch diese Leitlinien nicht, Sanktionen bei Nicht-Einhalten wie etwa einen eventuellen Ausschluss aus der Gesellschaft sind nicht vorgesehen. Wichtiger noch wäre – und hier ist sowohl die DGV wie auch die gesamte universitäre Gemeinschaft gefragt –, dass alle Studierenden der Kulturanthropologie wie auch verwandter Fächer als Teil ihres Studiums verpflichtend Seminare zu Ethik, Verantwortung und Geschichte der Disziplin in Kolonialismus und Krieg besuchen und über die Implikationen eines Missbrauchs ihrer Forschung und Lehre informiert werden. Wünschenswert wäre zudem, dass sich EthnologInnen und andere KulturwissenschaftlerInnen stärker in gesellschaftliche Debatten einmischen, um nach Möglichkeit die Ursachen gewalttätiger Auseinandersetzungen zu erkennen und ihnen mit friedlichen Mitteln entgegenzuwirken. Nur so können diese Disziplinen ihre Potentiale als kulturelle Vermittler zwischen Konfliktparteien auch gegenüber zivilen Teilen der Gesellschaft deutlicher erkennbar machen. Damit kann verhindert werden, dass die falschen Leute mit den gesammelten Daten die falschen Entscheidungen treffen und man sich am Ende die Haare ausreißen möchte.

Anmerkungen

1 Im Folgenden werden – je nach Kontext und landesüblicher Bezeichnung – abwechselnd die Begriffe Ethnologie, Völkerkunde und (Kultur- und Sozial-)Anthropologie verwendet.

2 Eine breite, jedoch seit 2010 nicht mehr ergänzte Liste unterschiedlicher militärischer Einrichtungen zur Kulturforschung und -Lehre ist auf Seiten der Air University einzusehen. In www.au.af.mil/culture/usgov.htm.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

3 Petraeus, David; James Amos: Foreword. In: Counterinsurgency. Field Manual (FM) 3-24, Washington, D.C.: Marine Corps Warfighting Publication, 2006.
4 Lt. Col. John Nagl in einem Interview in der „Daily Show" mit John Steward am 23. August 2007. The Daily Show (online), 23.8.2007.
5 General David H. Petraeus: Learning Counterinsurgency: Observations From Soldiering in Iraq. In: Military Review, Special Edition Counterinsurgency Reader, Oktober 2006, S. 51.
6 Ein Begriff des britischen Feld Marschalls Gerald Templer während der Aufstandsbekämpfung in Malaysia in den 1950ern. Inzwischen wird der Begriff vielfach von britischen, deutschen und vor allem US-Militärs zitiert im Bezug auf verschiedene Bevölkerungen aktueller und vergangener Kriegsschauplätze. Siehe unter anderem Counterinsurgency FM 3-24, Appendix A, A-5.
7 Siehe Kilcullen, David: Countering Global Insurgency. In: Small Wars Journal, 30.11.2004, S. 40. Vgl. hierzu auch Hayden.
8 Mahmood, Mona et al: Revealed: The Pentagon's Link to Iraqi Torture Centers. In: The Guardian (online), 3.3.2013.
9 Siehe hierzu Packer, George: Knowing the Enemy: Can social scientists redefine the 'war on terror'? In: The New Yorker (online). 18.12.2006.
10 González, Roberto J.: Human Terrain. Past, present and future applications. In: Anthropology Today 24 (1), Februar 2008, S. 21-26.
11 McFate, Montgomery; Andrea Jackson: An Organizational Solution for DOD's Cultural Knowledge Needs. In: Military Review, July-August 2005, S. 20-21.
12 Aktuelle Angaben reichen hier bis zu $600 Millionen. Siehe Gezari, Vanessa M.: How to read Afghanistan. In: The New York Times (online), 10.8.2013.
13 Ende 2013 waren noch 14 HTTs in Afghanistan als Teil der ISAF-Mission stationiert. Quelle: humanterrainsystem.army.mil/history.html.
14 Vgl. Kipp, Jacob et al.: The Human Terrain System: A CORDS for the 21st Century. In: Military Review, September-Oktober 2006, S. 13.
15 Ackerman, Spencer: Army's Fingerprint and Iris Databases Head for the Cloud. In: Wired (online), 30.5.2013.
16 Vgl. Callahan, Ted: Ein Ethnologe im Krieg. In: Geo-Magazin, Mai 2010, S. 50-70.
17 Vgl. Sahlins, Marshall: Preface. In: Network of Concerned Anthropologists: The Counter-Counterinsurgency Manual. Or, Notes on Demilitarizing American Society. Chicago: Prickly Paradigm Press, 2009, S. iii.
18 Kipp, Jacob et al.
19 González, Roberto J.: American Counterinsurgency: Human Science and the Human Terrain. Chicago: Prickly Paradigm Press, 2009, S. 62-63.
20 Siehe González 2009, S. 62.
21 Wilcox, John: Precision Engagement – Strategic Context for the Long War. Precision Strike Winter Roundtable (Powerpoint Presentation), 1.2.2007. In www.dtic.mil/ndia/2007psa_winter/wilcox.pdf.
22 Kommentar des Lieutenant. Colonel Gian P. Gentile in einem Blog des HTS-Mitglieds Marcus Griffin. Zitiert in González, S. 68.
23 Org.: ‚If it's going to inform how targeting is done – whether that targeting is bad guys, development or governance – how our information is used is how it's going to be used. All I'm concerned about is pushing our information to as many soldiers as possible. The reality is there are people out there who are looking for bad guys to kill. I'd rather they did not operate in a vacuum.' Jamail, Dahr: Engineering ‚Trust of the Indigenous Population': How Some Anthropologists Have Learned to Stop Worrying and Start Loving the Army. In: truthout (online), 16.5.2009.
24 Eine HTS-Wissenschaftlerin wurde im Zuge einer Befragung von ihrem afghanischen Interviewpartner mit Benzin übergossen und angezündet. Der daraufhin festgenommene und gefesselte Afghane wurde kurze Zeit später von einem HTS-Mitarbeiter erschossen.
25 Siehe Price, David H.: Weaponizing Anthropology. Oakland: AK Press, 2011, S. 166.
26 Mulrine, Anna: The Culture Warriors. In: US News (online), 30.11.2007.
27 Fenton, Cameron: The Ethnography of an Air-Strike. Canada's military academics in the Afghan war and at home. In: The Dominion (online), 12.4.2010.
28 Parliament.uk: Defence Cultural Specialist Unit: Written question – 211975. In www.parliament.uk/business/publications/written-questions-answers-statements/written-question/Commons/2014-10-27/211975/. Siehe auch: Military develops its cultural understanding of Afghanistan. In: Defence News (online), 24.2.2010.
29 Nach dem Vorbild der griechischen Minerva, Göttin der Weisheit.
30 Mehr zum Minerva Research Programme unter minerva.dtic.mil/index.html.
31 Über den Zeitraum von vier Jahren im Falle des Intelligence Community Scholars Program, ICSP. Für jedes finanzierte Studienjahr sind zwei Jahre Mitarbeit in einem US-amerikanischen Geheimdienst abzuleisten. Hierzu und weiteren Studienstipendien siehe Price 2011.
32 Gusterson, Hugh: The U.S. Military's Quest to Weaponize Culture. In: Bulletin of the Atomic Scientists (online), 20.6.2008.
33 Siehe Porter, Patrick: Good Anthropology, Bad History: The Cultural Turn in Studying War. In: Parameters (online), Sommer 2007. S. 45-58.
34 Vgl. Human Terrain System (website): Testimonial. In humanterrainsystem.army.mil/testimonial.html.
35 Lawton, Joel: How the Military Intelligence Community Has Failed to Incorporate Sociocultural Understanding of their Operational Environment. In: Small Wars Journal (online), 23.4.2014.
36 Cone, Robert W.: Operationalizing the strategic landpower. Vortrag am Royal United Strategic Institute am 27.Juni 2013 (transcript). U.a.in Center for Strategic and International Studies, 3.7.2013.
37 Vgl. hierzu: Wynn, Lisa: More on the Military's 'Culture Rush': Brian Selmeski Interview. In: Culture Matters Blog (online), 19.10.2008.
38 Caligiuri et al: Technical Report Training, Developing and Assessing Cross-Cultural Competence in Military Personnel. Technical report 1284. United States Army Research Institute for the Behavioral and Social Sciences, April 2011. In www.dtic.mil/dtic/tr/fulltext/u2/a559500.pdf und Culhane, Elizabeth et al.: Beyond Frontiers: The Critical Role of Cross-Cultural Competence in the Military. In: The Industrial-Organizational Psychologist 50 (1) (online), Juli 2012.
39 Odierno, Ray: Regionally Aligned Forces: A New Model for Building Partnerships. In: ArmyLive (online), 22.3.2012.
40 „Jedes geographische Kombattant-Kommando wird mindestens eine Brigade- sowie eine Division- oder Corps-Zentrale erhalten, mit all den Ressourcen, die diese bietet" („every geographic combatant command will have at least one brigade, as well as a division or corps headquarters with all the capabilities it provides."). Zitiert in Field, Kimberly; James Learmont und Jason Charland: Regionally Aligned Forces. Business Not As Usual. In: Parameters 43 (3) (online), Herbst 2013, S. 59.
41 Field; Learmont und Charland, S.56f.
42 Brooks, Rosa: Portrait of the Army as a Work in Progress. In: Foreign Policy (online), 8.5.2014.
43 Siehe Schmitt, Eric: US prepares to train African forces to fight terror. In: The New York Times (online), 18.10.2013.
44 Siehe Brooks.
45 „Last year, regionally aligned forces supported more than 100 engagements across Africa. They include providing combat lifesaver training to Rwandan Defense Forces, counter-IED training to Burundi National Defense Forces, Raven unmanned aerial vehicle training with Kenya Defense Forces, and 60mm mortar training with defense forces from 12 African nations" Aus: Tan, Michelle:

AFRICOM. Regionally Aligned Forces Find Their Anti-terror Mission. In: Defense News (online), 20.10.2013.

46 Anderson, Mindy: USARAF Training Provides Africans Insight into the Greater Need. U.S. Army Africa Public Affairs. In: africom.mil (online), 26.2.2014.

47 Orig:„From battalion commander on down, we try to provide mentors to work, shape, mold and coach these young minds. We want to train a battalion that is more than just 'a battalion;' showing them it's more than the flag on their shoulder, it's about a greater need". John Ruffin, zitiert in: Anderson.

48 Siehe: Turse, Nick: U.S. Military Averaging More Than a Mission a Day in Africa. In: TomDispatch (online), 27.3.2014.

49 Schmitt, Eric: U.S. Army Hones Antiterror Strategy for Africa, in Kansas. In: The New York Times (online), 18.10.2013 und Cloud, David S.: U.S. military presence in Africa growing in small ways. In: Los Angeles Times (online). 7.3.2014.

50 Siehe Cox, Dan: An Enhanced Plan For Regionally Aligning Brigades Using Human Terrain Systems. In: Small Wars Journal (online), 14.6.2012 und Army capabilities Integration Center: Regionally Aligned Forces. In www.arcic.army.mil/Initiatives/regionally-aligned-forces.aspx

51 Siehe Raymond T. Odierno und James McHugh vor dem Committee on Armed Services, United States Senate zur Aufstellung der US Army. Zweite Session, 113. Kongress am 3.4.2014. In www.armed-services.senate.gov/download/mchugh-odierno_04-03-14.pdf.

52 Gezari Vanessa M.: The Human Terrain System Sought to Transform the Army From Within. In: Newsweek (online), 16.8.2013.

53 Siehe u.a. Cultural Knowledge Consortium (Website). In ckc.army.mil.

54 Vgl. hierzu das 2011 Social Science Resources for Academics and Policy Makers booklet. In minerva.dtic.mil/doc/2011_MinervaResources.pdf.

55 Dokumentation: Ethnologen in Krisen- und Kriegsgebieten. Ethische Aspekte eines neuen Berufsfeldes. Deutsche Gesellschaft für Völkerkunde. Frankfurt a.M., 2.10.2009. In presse.dgv-net.de/tl_files/dokumente/Texte_Veranstaltung3.pdf.

56 Informationen zu IBs auf Streitkräftebasis.de. In www.streitkraeftebasis.de/portal/a/streitkraeftebasis/uleist/ieb

57 Höfer, Klaus Martin: Einsatzberater der Bundeswehr. In: Spiegel Online, 29.3.2014.

58 Siehe Kazaleh, Lorenz: Deutsche Ethnologin hilft der Bundeswehr. In: Antropologi.info (online). 5.6.2006.

59 Siehe (N.N, Copyright: Paul Revere): Failing Sciences, Embedded Stakeholders. Wider den SFB 700. In: Bundeswehr-wegtreten.org (online). 2009, S. 26-31. In www.bundeswehr-wegtreten.org/main/embedded-stakeholders.pdf

60 Tomforde, Maren: Ethnologie und Militär: Ein Widerspruch? In: Beer, Bettina; Sabine Klocke-Daffa und Christiana Lütkes (Hrsg.): Berufsorientierung für Kulturwissenschaftler. Berlin: Reimer, 2009, S. 159-169.

61 Etwa wie sie aktuell auf der Seite des Bayreuther Ethnologieinstituts zu finden sind. Siehe www.ethnologie.uni-bayreuth.de/_downloads/Mitarbeiterdateien/Praktikumsstellen_bei_der_Bundeswehr.pdf

62 Siehe z.B.: Sahlins, S. iff.. Ferner: Price, David H.: Carry on Spying (or Pay Us Back at the Rate of 2,400 Per Cent): CIA Skullduggery in Academia. In: Counterpunch (online), 21./22. Mai 2005 und Brian R. Ferguson: Full Spectrum: The Military Invasion of Anthropology. In: Whitehead, Neil L. und Sverker Finnstrom: Virtual War and Magical Death. Technologies and Imaginaries for Terror and Killing. Durham: Duke University Press, 2013, S. 85-111.

63 In: Montagne, Renee: Interview mit Anna Simons und Catherine Lutz. In: Anthropologists. National Public Radio's Morning Edition (online), 14. August 2002.

64 McFate, Montgomery: Building Bridges or Burning Heretics? A Response to González. In: Anthropology Today 23 (3), Juni 2007, S. 21.

65 See McFate, Montgomery: Cultural Knowledge and Common Sense. A Response to González. In: Anthropology Today 24 (1), Februar 2008, S. 27.

66 Price 2011, S. 140.

67 Vgl. u.a. McFate in Packer.

68 Price, David H.: Anthropological Intelligence. The Deployment and Neglect of American Anthropology in the Second World War. Durham: Duke University Press, 2008, S. 266.

69 Vgl. ebenda, S. 198.

70 ebenda, S. 243.

71 Leighton, Alexander: Human Relations in a Changing World. Observations on the Use of Social Science. New York: E.P. Dutton, 1949, S. 128.

72 Siehe Brooks.

73 Gusterson, Hugh: Project Minerva Revisited. In: Bulletin of the Atomic Scientists (online), 5.8.2008.

74 Price, David H.: The Destruction of Conscience in the National Academy of Sciences. In: Counterpunch (online), 26.2.2013.

75 Amborn, Hermann: Veröffentlichung zum Diskussionsforum der DGV. In: Texte zu Ethnologen in Krisen- und Kriegsgebieten: Ethische Aspekte eines neuen Berufsfeldes. Diskussionsforum der Deutschen Gesellschaft für Völkerkunde, Frankfurt am Main, 2.10.2009. In presse.dgv-net.de/tl_files/dokumente/Texte_Veranstaltung3.pdf

76 Marrades, Addaia: Anthropology and the 'War on Terror': Analysis of a complex relationship. MA ADST Programme 2006-7 (online), 20.7.2008, S. 13. In www.sussex.ac.uk/anthropology/documents/marrades.doc.

77 Gusterson, Hugh: Email an Steve Fondacaro. December 2007. In: U.S. Army Spies on NCA at AAA Meeting, Network of Concerned Anthropologists Homepage (online), 20.2.2009. In concerned.anthropologists.googlepages.com/u.s.armyspiesonnca.

78 NCA-Homepage: www.ncanthros.org/.

79 Siehe González, Roberto J.; Hugh Gusterson und Price, David H.: Introduction. War, Culture, and Counterinsurgency. In: Network of Concerned Anthropologists: The Counter-Counterinsurgency Manual. Or, Notes on Demilitarizing American Society. Chicago: Prickly Paradigm Press, 2009, S.18.

80 Siehe Network of Concerned Anthropologists 2009.

81 American Anthropological Association: Ethics Statement, 2012. In ethics.aaanet.org/ethics-statement-6-protect-and-preserve-your-records/.

82 Siehe: AAA Commission on the Engagement of Anthropology with the US Security and Intelligence Communities. Final Report (online). 4.11.2007. In www.aaanet.org/pdf/FINAL_Report_Complete.pdf.

83 American Anthropological Association: Executive Board Statement on the Human Terrain System Project, 31.10.2007. In www.aaanet.org/about/Policies/statements/Human-Terrain-System-Statement.cfm.

84 AAA Commission on the Engagement of Anthropology with the US Security and Intelligence Communities (CEAUSSIG): Final Report on The Army's Human Terrain System Proof of Concept Program. Submitted to the Executive Board of the American Anthropological Association on 14.10.2009. In www.aaanet.org/cmtes/commissions/CEAUSSIC/upload/CEAUSSIC_HTS_Final_Report.pdf.

85 Deutsche Gesellschaft für Völkerkunde: Frankfurter Erklärung zur Ethik in der Ethnologie. In www.dgv-net.de/tl_files/dokumente/Ethikerklaerung%20_DGV_2009.pdf.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Ein Weißbuch für die Weltmacht

von Jürgen Wagner

Im kommenden Jahr soll ein neues Weißbuch der Bundeswehr veröffentlicht werden, dessen Zweck und Relevanz auf der Homepage der Truppe folgendermaßen beschrieben wird: „Das Weißbuch stellt die Grundzüge, Ziele, und Rahmenbedingungen deutscher Sicherheitspolitik, die Lage der Bundeswehr und die Zukunft der Streitkräfte dar. Das Weißbuch steht in der Hierarchie sicherheitspolitischer Grundlagendokumente an oberster Stelle, gefolgt von den Verteidigungspolitischen Richtlinien (VPR)."

Das aktuelle Weißbuch stammt noch aus dem Jahr 2006 und beinhaltet folgenden Kernsatz, der sich gleich im Vorwort finden lässt: „Die Bundeswehr ist durch den größten Wandel ihrer Geschichte gegangen. Sie ist immer mehr zu einer Armee im Einsatz geworden." Tatsächlich waren der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee und die damit einhergehende „Enttabuisierung des Militärischen" (Gerhard Schröder) zum damaligen Zeitpunkt bereits weit fortgeschritten. Das Weißbuch hatte also vorrangig die Aufgabe, Ross und Reiter beim Namen zu nennen und damit eine Art Knopf an die bisherige Entwicklung zu machen, vor allem weil sich besonders angesichts des desaströsen Verlaufs des Afghanistan-Krieges zunehmend Skepsis in der Bevölkerung ob des bisherigen Interventionskurses breit machte.

In vielerlei Hinsicht hat es den Anschein, als diene die für 2016 geplante Neuauflage dem selben Zweck: Nur steht heuer augenscheinlich nicht mehr die Frage im Zentrum, ob militärische Mittel überhaupt eingesetzt werden sollen, sondern wie häufig, in welcher Form und vor allem zu welchem Zweck. Die Debatte hierum kam spätestens mit den Auftritten von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, Außenminister Frank-Walter Steinmeier und vor allem von Bundespräsident Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang 2014 in Gang. Ihre unisono lautstark erhobene Forderung: Deutschland müsse international mehr militärische „Verantwortung" übernehmen und künftig seinem wirtschaftlichen und politischen „Gewicht entsprechend handeln" (Gauck).

Stand beim aktuellen Weißbuch (2006) also generell die „Enttabuisierung des Militärischen" auf der Agenda, dürfte es bei der 2016er Version primär darum gehen, die „Enttabuisierung militärischer Großmachtpolitik" aktiv zu propagieren. So beschrieb Sylke Tempel, Chefredakteurin der Zeitschrift „Internationale Politik", die Dynamik beim ersten Treffen der von ihr geleiteten Weißbuch-Arbeitsgruppe „Sicherheits- und Verteidigungspolitik" folgendermaßen: „Die Debatte wurde maßgeblich angetrieben durch die faktische Verantwortung und die Realitäten der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik." Ins selbe Horn blies auch Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, bei der Auftaktveranstaltung des Weißbuchprozesses. Dort betonte er, das Ziel sei es, zu untermauern, „dass wir im Stande sind, unsere Interessen zu verteidigen, wo das erforderlich ist, und Verantwortung zu übernehmen, wo es angemessen [ist]."

Nun hat die ganze Angelegenheit allerdings einen großen Haken - der Großteil der Bevölkerung will von einer militarisierten Verantwortungspolitik Gauckscher Prägung absolut nichts wissen. So fasste die Süddeutsche Zeitung die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage vom April und Mai 2014 folgendermaßen zusammen: „Verglichen mit den Ergebnissen einer ähnlichen Untersuchung der amerikanischen Rand-Corporation aus dem Jahr 1994 haben sich die Verhältnisse umgekehrt. Damals plädierten 62 Prozent für ein größeres deutsches Engagement. Heute sind es noch 37 Prozent. Damit wird klar: Eine deutliche Mehrheit steht den Plädoyers von Bundespräsident Joachim Gauck, Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Steinmeier, Deutschland möge sich weltweit mehr engagieren, erst mal skeptisch gegenüber."

Und genau hier dürfte der Grund dafür liegen, dass der Weißbuchprozess in eine auf die Bevölkerung gerichtete Charmeoffensive eingebettet ist, wie auf der Bundeswehr-Seite zu lesen ist: „Erstmalig ist in Deutschland beabsichtigt die Erstellung des Weißbuches durch einen breit angelegten, öffentlichen Partizipationsprozeß zu begleiten. [...] Der Entstehungsprozess ist so angelegt, um durch Einbeziehung vieler sicherheitspolitisch Interessierter und vor allem der Öffentlichkeit ein breites Interesse zu erreichen." Den Sinn und Zweck der Übung beschrieb Wolfgang Ischinger bei seinem bereits erwähnten Auftritt folgendermaßen: „Das Weißbuch hat ja nicht nur den Zweck Konsens innerhalb der Bundesregierung über Ziele, Mittel, Ressourcen und Methoden der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu schaffen, sondern es soll auch das Verständnis in der Bevölkerung dafür wecken, dass wir Sicherheitspolitik brauchen, warum wir sie brauchen, wofür die Mittel, die dafür ausgegeben werden, notwendig sind. Ich denke dieser zweite Bereich ist gerade in unserer Zeit besonders wichtig."

Natürlich soll sich das Weißbuch auch damit beschäftigen, wie die nassforsch formulierten Großmachtansprüche militärisch-machtpolitisch „effektiv" mit Leben gefüllt werden können. Das jedenfalls fordert etwa Christoph Hickmann von der Süddeutschen Zeitung: „Das Grundproblem ist, dass hierzulande bislang nie offen diskutiert wurde, was Deutschlands Verbündete längst aussprechen: Dass aus der ökonomischen und politischen Stärke dieses Landes die Verantwortung erwächst, im äußersten Fall auch militärisch mehr Verantwortung zu übernehmen. Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen haben im vergangenen Jahr versucht, dieses Tabu zu brechen. Ihre Ankündigung, Deutschland werde mehr Verantwortung übernehmen, krankte allerdings daran, dass sie diesen Satz nicht konkret unterfüttern konnten. Was sollte das denn genau heißen, mehr Verantwortung? Für diese Konkretisierung ist das Weißbuch jetzt das richtige Instrument. Das Weißbuch muss die sicherheitspolitische Selbstbestimmung werden, um die dieses Land sich bislang immer herumgedrückt hat."

Führungsanspruch als Zitat

Hofberichterstattung im Deutschlandfunk

von Christoph Marischka

Klaus Remme – früher Korrespondent des Deutschlandfunks in Washington, heute für den Sender v.a. in Sachen Außen- und Sicherheitspolitik zuständig – hat einen guten Draht ins Außenministerium und zu den wichtigsten außenpolitischen Think-Tanks. Er ist damit ein gutes Beispiel für die immer häufiger kritisierte Verquickung zwischen Medien und Politik und die daraus resultierende unkritische Berichterstattung. Als Beispiel und konkreter Ort für diese Verquickung wird immer wieder die Münchner Sicherheitskonferenz (Siko) genannt und tatsächlich scheinen auch die Verbindungen zwischen Remme und Konferenzleiter Ischinger gut zu sein. Jedenfalls zitiert Ersterer gerne Letzteren. Kurz vor der diesjährigen Siko etwa am 18. Januar mit der Einschätzung, wonach es „ein Wunder oder jedenfalls viel Glück“ wäre, wenn Deutschland vor terroristischen Anschlägen verschont bliebe, um anschließend über neue Vorstöße zur Einführung der Vorratsdatenspeicherung zu berichten. Wenige Tage später berichtete Remme dann „mit einem Blick hinter die Kulissen" über die Siko selbst. Auch hier kommt Ischinger selbst zu Wort und wird ihm sogar das letzte Wort überlassen, in dem er diejenigen, die draußen demonstrieren, als „ewig Gestrige“ bezeichnet, „die sich an ihrem Feindbild von vorgestern erfreuen“. Wenn Remme hier außerdem berichtet, dass sich auf der Konferenz „in den unteren Fluren [...] Akteure und Beobachter“ mischen, dann liefert er damit eigentlich eine ganz gute Beschreibung seiner Arbeit in der Diskursmaschine. Ein weiteres Beispiel liefert sein Beitrag für die Sendung „Hintergrund" vom 24. Februar 2015 im Deutschlandfunk. Hier berichtet er knapp 20 Minuten über den vermeintlich „selbstkritischen Überprüfungsprozess des Auswärtigen Amts“ unter dem Titel „Review 2020 – Außenpolitik weiter denken“ – einen Tag, bevor dessen Ergebnisse von der Regierung vorgestellt wurden. Dargestellt wird das Projekt als „öffentliche[r] Diskussionsprozess“, als Austausch mit der Öffentlichkeit. Zu Wort kommen hier aber – abgesehen von einem „vornehmlich junge[n] Publikum“ bei einem „Facebook-Talk in Berlin“ mit anbiedernden Fragen a la „Telefondiplomatie, wie geht das eigentlich?“ – auch hier nur der Außenminister, der Chef seines Planungsstabes und Vertreter_innen der beteiligten Think-Tanks, darunter Christoph Bertram als ehemaliger Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Constanze Stelzenmüller als ehemalige Mitarbeiterin des German Marshall Fund und Thomas Paulsen von der Körber-Stiftung.

Einig ist man sich entsprechend über die Notwendigkeit des Projekts Review 2014. Die begründet Bertram etwa damit, dass „Deutschland eine Dekade der strategischen Gleichgültigkeit“ hinter sich habe, in der man „hingenommen“ habe, anstatt „zu gestalten“. Außerdem habe das Außenministerium in der vergangenen Legislaturperiode bedrohlich an Gewicht verloren – u.a. durch „praktische politische Entscheidungen wie die Enthaltung im Libyen Konflikt“, wie Stelzenmüller behauptet. Während des Projektes sei jedoch, so Stelzenmüller, „klar geworden, dass man wieder über Kategorien reden muss, von denen man glaubte vor 25 Jahren, man könne sie jetzt begraben, die Vorstellung eines echten Gegenspielers, die Notwendigkeit von Abschreckung, die Notwendigkeit von Landes- und Bündnisverteidigung, all das ist wieder intellektuell und praktisch Realität geworden.“

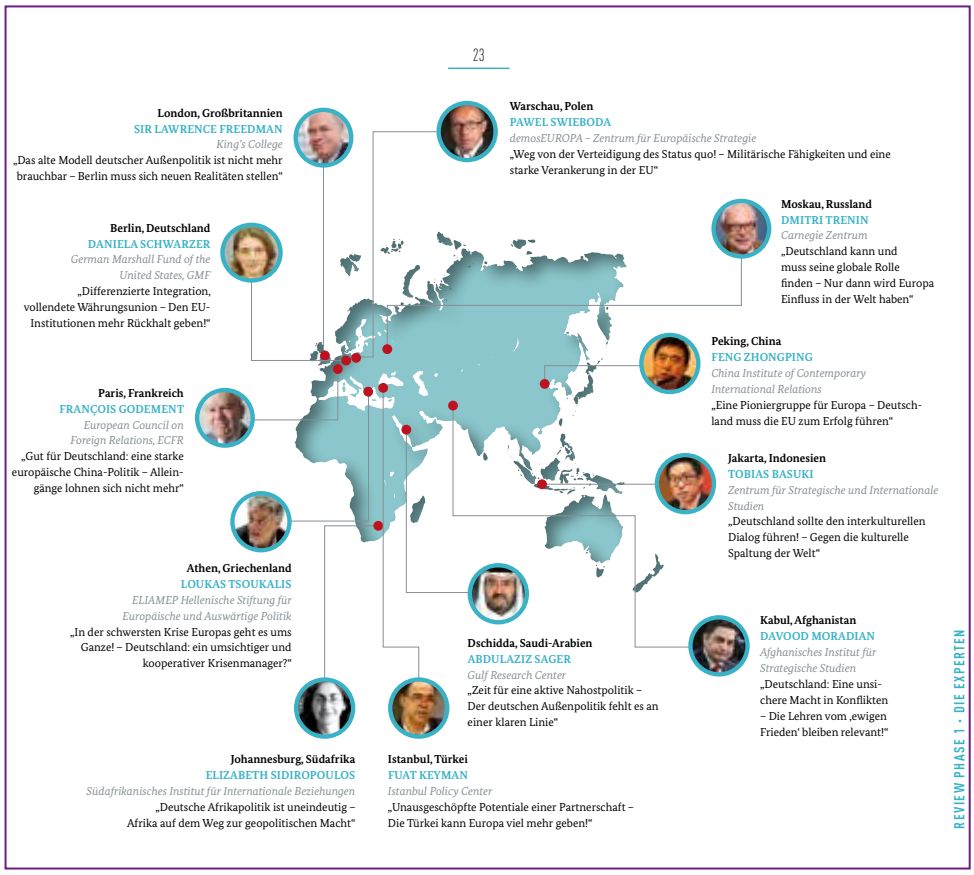
Einig sind sich die Beteiligten auch über den Erfolg des Projektes. Schließlich ermöglichte es, den von den außenpolitischen Eliten und ihren Hofberichterstattern formulierten deutschen Führungsanspruch als Zitat vorzutragen. Genau so ist es geschehen, wie wir einem O-Ton des Außenministers in Remmes Beitrag entnehmen können: „Deutschlands Bestimmung, heißt es in manchen der Beiträge, ist es, ‚to lead Europe and to lead the world‘ [Europa zu führen und die Welt zu führen], Deutschland solle, Zitat, die Europäische Union revitalisieren und es solle, wiederum Zitat, Russland europäisieren und, noch mal Zitat, Amerika multilateralisieren.“ Ebenso verfährt Bertram, der immer wieder gehört haben will: „Ihr seid ein so starkes Land, ihr seid das wichtigste Land Europas, da niemand anders da ist, um den Karren aus dem Dreck zu ziehen, müsst ihr das jetzt machen.“

Soweit der Elitenkonsens, zu dessen Herstellung und Verlautbarung das Projekt eigentlich inszeniert wurde. Was den vermeintlichen Diskussionsprozess mit der Öffentlichkeit angeht, müsste es eigentlich als Mißerfolg gewertet werden. Denn das „Spannungsverhältnis [...] das dieses Projekt dominiert hat“, sei „die Kluft zwischen internationalen Erwartungen an die deutsche Außenpolitik einerseits und die in allen Schichten der deutschen Bevölkerung verbreitete Skepsis zur stärken Übernahme von Führungsverantwortung andererseits“ gewesen. Paulsen darf die entsprechenden Ergebnisse einer Umfrage der Körber-Stiftung zum Beginn des „Review-Prozess“ referieren, wonach „sich in den letzten 20 Jahren die Bereitschaft der Deutschen, sich bei internationalen Krisen stärker zu engagieren, halbiert hat“. Demgegenüber habe „sich der Prozentsatz derer verdoppelt, die sagen, Deutschland solle sich in internationalen Krisen eher zurückhalten“.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Genau diese Unwilligkeit der Bevölkerung, den von ihren Eliten formulierten Führungsanspruch mitzutragen, nennt Paulsen dann auch „eine Steilvorlage für so einen Prozess wie Review 2014, denn es zeigt, wie wichtig es ist, über Außenpolitik zu diskutieren." Zum Ende des Projekts hat die Körber Stiftung ihre Umfrage aktualisiert und „nochmal nach der Bereitschaft zum größeren Engagement in internationalen Krisen gefragt, es hat sich gezeigt, dass die Werte stabil geblieben sind, dass sich also in den letzten neun Monaten, bemerkenswerterweise, wie ich finde, angesichts der Krisen in Osteuropa und in der südlichen Nachbarschaft, die wir erleben, wenig verändert hat, das scheint also ein stabiles Meinungsbild in der Bevölkerung zu sein, das sich nicht innerhalb weniger Monate verändern lässt." Aber es soll verändert werden und deshalb soll der „öffentliche Diskussionsprozess" auch nach dem Ende des Projekts fortgeführt werden. Als besonders wichtige Zielgruppe wurden dabei die „jungen Deutschen" ausgemacht, bei denen „Überzeugungsarbeit besonders gefragt" sei. Denn diese seien einerseits „eher weniger interessiert [...] an außenpolitischen Themen als der Durchschnitt der Bevölkerung aber eher bereit, [...] sich international zu engagieren. Das war die einzige Altersgruppe, die gesagt hat: Im schlimmsten Fall muss Deutschland etwa bei Völkermord auch eingreifen ohne eine Resolution der Vereinten Nationen."



Ausschnitt aus der Abschlussbroschüre mit einem Teil der eingeladenen Experten. Review 2014 – Außenpolitik weiter denken.

Diese Schlussfolgerung macht eigentlich nur Sinn, wenn man unterstellt, dass der Dialogprozess genau darauf abzielt, diejenigen einzubinden, die sich zwar wenig für Außenpolitik interessieren, dem deutschen Führungsanspruch aber gleichgültig bis zustimmend gegenüberstehen. Demgegenüber bleiben diejenigen, die sich für Außenpolitik interessieren und (womöglich deshalb?) ein verstärktes deutsches Engagement kritisch sehen, außen vor und werden im inszenierten öffentlichen Austausch marginalisiert. Falls das die Schlussfolgerung des Projekts ist, dann hat sie Remme für den Deutschlandfunk treffsicher umgesetzt, indem er die Demonstrierenden gegen die Sicherheitskonferenz als „ewig Gestrige" darstellen lässt und dafür außer den außenpolitischen Eliten nur dümmliche Fragen im Facebook-Talk in die Berichterstattung über den vermeintlichen öffentlichen Austausch einfließen lässt.

Auch diese Fragen dienen jedoch v.a. als Vorlage für einen weiteren O-Ton des Außenministers, der diesen sowohl sympathisch wie souverän wirken lassen soll. Auf die Frage nach „Telefondiplomatie, wie geht das eigentlich?" antwortet der Minister zum hörbaren Gefallen seiner Zuhörer: „Es ist nicht so, dass man nachts oder kurz vorm Aufstehen sich überlegt, wen könnst'e heute mal anrufen, sondern es ist eher umgekehrt, dass man den eigenen Mitarbeitern sagen muss, wen wir heute mal nicht anrufen, weil das nicht ganz so dringend ist, wie denjenigen, den man dringend braucht." Damit auch wirklich alle verstehen, was für ein international bedeutender Jetsetter und Diplomat Steinmeier ist, erfahren wir von Remme selbst bereits am Anfang des Beitrages, dass der Minister „lange Flüge für Telefonate [nutzt], mal mit dem russischen, mal mit dem amerikanischen Außenminister", später wird nochmal unterstrichen, dass Steinmeier „neben der Bundeskanzlerin die zentrale Figur im Ringen mit Moskau" sei. Letztlich sind es allein diese geradezu anbiedernden Beiträge Remmes aus dem Off, die den Beitrag des Deutschlandfunks von der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums selbst unterscheiden und zu Berichterstattung machen – zu Hofberichterstattung, um genau zu sein.

Umfrage: Deutsches Europa

Einer Umfrage des Spiegel zufolge sieht eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung Deutschland als Vormacht in EUropa – und findet dies auch noch gut: „Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Forschung für den SPIEGEL bejahen 84 Prozent der Bundesbürger, dass Deutschland ‚heute mehr als früher die politische und ökonomische Vormacht in der EU ist'. Lediglich 14 Prozent stimmen dieser Einschätzung nicht zu. [...] Zugleich sind nur 27 Prozent der Befragten der Meinung, dass die Bundesregierung in Europa ‚zu auftrumpfend' agiere. Zwei Drittel dagegen finden, dass sie ihre Stärke ‚angemessen zum Ausdruck' bringe. Entsprechend sind 71 Prozent der Befragten der Meinung, die Bundesregierung solle ‚nicht zurückhaltender' auftreten."

Jürgen Wagner

Rekrutierung in Stadien

Die Bundeswehr und der Fußball

von Ralf Buchterkirchen

GASTBEITRAG

Mit Aufhebung der allgemeinen Wehrpflicht stellt sich der Bundeswehr die Frage, wie sie an die im Allgemeinen militärunwilligen Jugendlichen zur Nachwuchsrekrutierung herankommt. Sie nutzt großflächige Werbekampagnen, Abenteuercamps, Marketing-Strategien zur Darstellung eines Imagewandels zur ‚familienfreundlichen Truppe', Rekrutierungsbüros, Sportförderung. ... Die Bundeswehr lässt sich dies einiges kosten. All das ist in der Antirekrutierungsarbeit bekannt und diskutiert. Auf einen bisher wenig beleuchteten Aspekt gehe ich im Folgenden ein, insbesondere, weil er augenscheinlich Pilotcharakter für das Militär hat: Gemeint ist die militärische Förderung des kommerziellen Fußballs.

Die Bundeswehr wirbt in Bundesligastadien, aber auch in Amateurligen. Werbebanner, Videoclips, Anzeigen in Heften, Trikotsponsoring als Brustsponsor, Mitfinanzierung von Kleinbussen, Ausrüstungsfinanzierung, Trainingslager für Jugendliche oder als „Sponsor des Tages" in der Halbzeitpause, wie bei Hertha BSC geschehen ... Die Bundeswehr nutzt vielfältige Möglichkeiten, das eiserne Kreuz im Fußball zu präsentieren.

Die Bundeswehr will die hohe Popularität des Sports und insbesondere des Männer-Fußballs ausnutzen. Gezielt wirbt das Militär bei Jugendlichen mit gemeinschaftlichem Erleben und Emotionen. Bewusst wird die Begeisterungsfähigkeit der Fans ausgenutzt. Ziel ist weniger der konkrete „Werbekontakt" – vielmehr soll die Bundeswehr als allgemeine ‚normale' und sympathische ‚Arbeitgeberin' präsentiert werden.

Ziel ist es – so die Bundeswehr – *„mit diesen Kommunikationsmaßnahmen die identifizierte Zielgruppe anzusprechen. Diese liegt, da zumeist in der Phase der Berufsorientierung, in der Altersspanne 17 bis 30 Jahre. Diese Altersgruppe kann, ebenso wie eine breite Öffentlichkeit, mittels Sportkooperationen und Werbung bei Sportveranstaltungen gut auf die Bundeswehr aufmerksam gemacht werden. Darüber hinaus ist es meist unmittelbar möglich, in ausführlichen Gesprächen über Chancen und Risiken des Soldatenberufes aufzuklären. Diese Aufmerksamkeit sowie den daran anschließenden persönlichen Dialog verspricht sich die Bundeswehr von Personalmarketing im sportlichen Umfeld"*[1]

Damit verstößt die Bundeswehr gegen die Intention der UN-Kinderrechtskonvention, die gerade vermeiden will, dass das Militär unter Minderjährigen werben darf. Dies hat der UN-Fachausschuss für die Rechte des Kindes im Februar 2014 bekräftigt und die Rekrutierungs- und Werbemaßnahmen der Bundeswehr kritisiert.[2] In seinen „Abschließenden Bemerkungen" zum 3. und 4. Staatenbericht Deutschlands fordert der Ausschuss ein Verbot aller Formen von Werbekampagnen für die Bundeswehr, die Jugendliche adressieren (siehe hierzu Seite 15 der Anlage 2). Wendet sich der UN-Fachausschusses zwar in besonderem Maße gegen die ‚Informationsveranstaltungen' der Bundeswehr an Schulen, lässt sich die Kritik analog auf die Werbemaßnahmen im Sport beziehen, da die Werbung und ‚Information' der Bundeswehr auch hier maßgeblich auf Kinder und Jugendliche zielt.

Förderungen bisher

Erste Förderungen von Sportvereinen durch die Bundeswehr sind ab 2010 belegt.[3] Begann es dort mit kleineren Beträgen und einer größeren Summe beim ASV Hamm, wurde Jahr für Jahr das Engagement erhöht. Insbesondere auf Amateurebene wird zunehmend und breit gestreut gefördert. Waren es 2010 noch drei Vereine, die von der Bundeswehr mit insgesamt ca. 20.000 € gesponsert wurden, waren es 2012 bereits 260.000 €. 2013 setzte die Bundeswehr ca. 450.000 € ein, allein im ersten Halbjahr 2014 waren es – nach Selbstauskunft der Bundeswehr – bereits 370.000 €. Unabhängig von direkter Vereinsförderung wirbt das Militär überwiegend auf kleineren Turnieren. Einzige Ausnahme ist die ‚privat' organisierte Schulliga(!) 2010/2011, die mit 244.000 € der Bundeswehr finanziert wurde. Als Gegenleistung durfte die Bundeswehr mit ihrem Truck Karriereberatung bieten. Die Kosten für all diese Werbemaßnahmen sind im Bundeshaushalt dem Haushalttitel „Nachwuchswerbung" zugeordnet. Vgl. als Übersicht die nachfolgende Tabelle 1.

Neben Fußball wird von der Bundeswehr vor allem Handball, aber auch Eishockey, Motorsport, Basketball und Volleyball gefördert. Im Folgenden beziehe ich mich jedoch nur auf Fußball, da hier das Hauptaugenmerk des Militärs liegt. Eine Übersicht aller Sport-Sponsoringmaßnahmen des deutschen Militärs liefert Tabelle 2.

Die Auswahl der gesponserten Vereine ist scheinbar willkürlich. Trotz der geringen Datenlage lassen sich einige Trends erkennen: Geschah anfangs noch die Förderung nach Zufallsprinzip und Bekanntschaften (was die Bundeswehr vehement bestreitet, aber zumindest für den Rostocker FC nachgewiesen ist[4]) und wurden so eher Amateurvereine mit geringer überregionaler Präsenz gefördert, werden inzwischen verstärkt Vereine

Bundeswehrwerbung auf den Banden im Niedersachsenstadion. Foto: Zivilcourage 2013.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

mit TV-Präsenz und überregionaler Bedeutung gesponsert. So sank die Anzahl der geförderten Vereine von 42 (im Jahr 2013) auf 24 (im Jahr 2014, wobei hier eventuelle Neukooperationen im zweiten Halbjahr 2014 noch nicht berücksichtigt sind). Ausnahmen bestätigen aber auch hier die Regel. Der Siebtligist FV Lörrach-Brombach beispielsweise erhielt für umfangreiche Werbung 11.300 € jeweils für 2013 und 2014.

Allerdings scheint bei den Vereinen der Ersten Bundesliga – von wenigen Ausnahmen abgesehen – das Interesse an einer Kooperation mit der Bundeswehr eher gering zu sein. Folgerichtig bedient das Militär eher die Zweite und Dritte Liga.

So wurde der Chemnitzer FC im Jahr 2013 mit 1.500 € für Anzeigenwerbung bedacht (2014 kamen bisher zusätzlich 10.000 € hinzu). Der Regionalligist Carl-Zeiss Jena erhielt 30.000 € (2013) bzw. 40.000 € (2014) für klassische Werbung (Banden, Spot, Anzeigen und ein Logo im VIP Bereich). Der Drittligist Holstein-Kiel bekam für Werbung im Jahr 2014 34.500 €. Union Berlin empfing für den Titel „Eiserner Sponsor“, verbunden mit umfangreicher Werbung und Sponsorentreffen, im Jahr 2013 47.600 € (1.Hj. 2014 15.000 €); der VfR Aalen erhielt 19.500 € und der Karlsruher SC 23.200 €. Bei den beiden letztgenannten Vereinen finanzierte die Bundeswehr u.a. ein Trainingscamp. Ob die Profis über Stellwände klettern mussten und Schießübungen machten, ist nicht bekannt. Bei beiden Vereinen sind Zahlungen in gleicher Höhe bisher bekannt für 2014 eingestellt.

Aber auch in der Ersten Bundesliga ging es zur Sache. Der damalige Erstligist 1. FC Nürnberg erhielt 2013 20.000 € u.a. für ein Trainingscamp für Schüler_innen, E-Mailaktionen, Inserate und das Recht sich „Frankenstolz Partner“ nennen zu dürfen. Hier wurde offensiv um Kinder und Jugendliche in Trainingscamps geworben – analog wie es die Militärs mit Anzeigen in der Jugendzeitschrift *Bravo* tun.

Tabelle 1

	2010	2011	2012	2013	1.Hj 2014
Vereinssponsoring Fußball (eindeutig zuordenbar)			238.929,43	323.250	235.600
Vereinssponsoring andere Sportarten/spartenübergreifend	18.707	1.824,95	30.351,93	128.900	114.000
Sonstige Sportförderung/ Veranstaltungssponsoring	224.580	17.739	14.891,54	23.507,02*	k.A.

*Übersicht über die Ausgaben der Bundeswehr für Sponsoring. Alle Angaben in Euro. * = nur erstes Halbjahr. Quelle: Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Linksfraktion DS 17/14067 und DS 18/2325*

Tabelle 2

Vom Bundeswehr-Sponsoring betroffene Vereine. Aufgelistet sind Vereine ab einem Förderbetrag von 5000 Euro:

	2010	2012	2013	1.Hj 2014
Artland Dragonis (Basketball)			10.400	
ASV Hamm (Handball)	17.850			
Bad Schwartau (Handball)				17.000
Berliner Fußball-Verband (Dachorganisation)			13.300	6.000
Brose Baskets Bamberg(Basketball)		20.230	30.000	
Carl Zeiss Jena (Fußball)		30.000	30.000	40.000
Chemnitzer FC (Fußball)			1.500	10.000
EV Regensburg (Eishockey)			5.700	
FC Ingolstadt(Fußball)		13.685		
FC Nürnberg (Fußball)			20.000	
FC Union (Fußball)			47.500	15.000
FV Lörrach-Brombach (Fußball)			11.300	11.300
Hamburger SV (Fußball)		71.400	37.500	
Hannover 96 (Fußball)		21.952,43	65.500	65.500
Hertha BSC (Fußball)		127.092		
HSG Varel-Friesland (Handball)				5.400
Karlsruher SC (Fußball)			23.200	23.200
Köpenicker SC (Volleyball)			6.800	8.800
KSV Holstein Kiel (Fußball)		3.000	34.500	34.500
Mitteldeutscher Basketballclub Weißenfels(Basketball)		6.545	6.500	
Reinickendorfer Füchse (Handball)			22.400	27.000
Rostocker FC (Fußball)				5.500
SC Magdeburg (Handball)		9.520	9.500	
SG Flensburg-Handewitt (Handball)			8.600	34.500
Sportfreunde Eintracht Freiburg (diverse)			6.700	6.700
Sportverein Glienicke (Fußball)			5.000	Ohne Kosten
VfB Friedrichshafen (Volleyball)			10.000	10.000
VSG Coburg/Grub (Volleyball)			5.000	
VfR Aalen (Fußball)			19.500	19.500

Quelle: Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Linksfraktion DS 17/14067 und DS 18/2325

Von den aktuellen Erstligisten wird Hannover 96 seit 2011 von der Bundeswehr gesponsert. Wechselnd finanziert wurden zudem der Hamburger Sportverein und Hertha BSC. Allen gemein ist, dass sie vom Vermarkter *Sportfive* betreut werden.

Hertha BSC, das an einem historisch schwer belasteten Ort spielt – dem Berliner Olympiastadion –, warf sich im Sommer 2011 förmlich an die Bundeswehrbrust. Euphorisch feierte der Verein die Partnerschaft mit dem Militär und verteilte Freikarten an Soldaten. Die Bundeswehr war gar „Sponsor of the day", was ihr zusätzliche Aufmerksamkeit bescherte. In der Partnererklärung heißt es: *„Die Bundeswehr und Fußball – und speziell das Team von Hertha BSC –, das passt in sehr vielen Bereichen mehr als gut zusammen. Tradition, Zusammenhalt, Teamgeist, Durchsetzungsstärke und Fairness verbinden uns in allen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen."* Laut TAZ vom 20.7.2012 sponsert die Bundeswehr in Berlin nicht nur Hertha sondern auch den Lokalrivalen Union Berlin. 2012 kaufte demnach die Bundeswehr für 31.000 € Bandenwerbung beim FC Union[5] und für 127.000 € bei Hertha BSC.

Allerdings scheint mit dem Abstieg des Berliner Nobelclubs Hertha 2012 auch das Interesse an der Partnerschaft erloschen zu sein, still und leise verschwand die Partner-Werbung von der Homepage. Dafür unterstützt die Bundeswehr seitdem als Förderer den Berliner-Fußball-Verband.

Am Beispiel Hamburg lässt sich gut ablesen, wie die Bundeswehr sich so eine Kooperation vorstellt. Für den Hamburger Sportverein wurden in der Saison 2012/13 71.400 € bezahlt, um wie folgt zu werben:

- „Recht auf Verwendung des Titels „Supplier des HSV" zur Nutzung in der Eigenwerbung einschl.Nutzung des Logos;
- Bandenwerbung erste Bandenreihe bei jedem Heimspiel bis zehn Minuten vor Spielbeginn;
- Audiovisuelle Darstellung auf den Videowänden in der Arena in Form von drei Spots zu je 30 Sekunden bei jedem Heimspiel (vor Spielbeginn, Halbzeitpause, nach Spielende);
- Präsenz auf den Videowänden mit den übrigen Suppliern als Gemeinschaftslogo;
- 16 Eintrittskarten zur personalwerblichen Verlosung oder Einladung;
- Anzeigen (ganzseitig) im Fanmagazin (10 Ausgaben) HSV Life."

Dieses Engagement wurde 2013 deutlich zurückgefahren.

Ein besonderes Beispiel ist der hannoversche Sportverein von 1896, kurz Hannover 96. Mit ihm will ich mich im Folgenden intensiver beschäftigen – zeigt doch gerade dieses Beispiel die enge Verzahnung von persönlichem Interesse der Verantwortlichen und einer massiven Kooperation von Verein und Bundeswehr. Anschließend befasse ich mich mit einem Amateurverein – dem Rostocker FC – näher.

Beispiel Hannover 96

Schon seit Jahren fällt der Präsident des Vereins Martin Kind durch besonders militärfreundliche Gesten auf. Der traditionell staatsergebene Verein tut alles, um als gleichberechtigter nobler Partner der Stadtgesellschaft wahrgenommen zu werden und jede Form von Schmuddelimage abzulegen. Dazu wird auch die Auseinandersetzung und Zerschlagung der eigenen Fanszene in Kauf genommen. Das soll hier nicht Thema sein, hier ist die Militärfreundlichkeit zentral. Seit Jahren finden die Neujahrsempfänge der 1. Panzerdivision im hannoverschen Niedersachsenstadion statt. Erst mit dem Abzug der 1. Panzerdivision nach Oldenburg zum Jahresende 2015 wird diese Tradition voraussichtlich beendet. Im März 2011 verteilte Martin Kind am Rande eines Spieles gegen Mönchengladbach öffentlichkeitswirksam gelbe Schleifen – dem von bundeswehraffinen Gruppen herausgegebenen Symbol „für Solidarität mit der Truppe im Fronteinsatz". Kind maßte sich in diesem Zusammenhang an, auch im Namen aller Fans von Hannover 96 der Bundeswehr die Unterstützung für ihre Kriegseinsätze auszusprechen – Er nannte dies: „für ein friedliches Miteinander" werben.

Bei so viel Entgegenkommen sagt die Bundeswehr natürlich gern Danke. Über den Vermarkter von Hannover 96 *Sportfive* schaltet die Bundeswehr seit Beginn der Saison 2012 zunächst in der Pause während der Fußballspiele massiv Werbung auf LED-Leucht-Werbetafeln; auf der zentralen Anzeigetafel zeigt sie Werbespots. Flankiert werden diese Aktionen mit Werbung für den freiwilligen Wehrdienst oder Ingenieurberufe in ganzseitigen Anzeigen (im zugegebenermaßen wenig zielgruppenrelevanten) Stadionmagazin. Als es darauf kaum Widerspruch gab, ging sie noch einen Schritt weiter: Die Werbung war 2013 auch während des Spiels zu sehen, nicht nur in den Landeswettbewerben, sondern auch bei europäischen Spielen, so geschehen gegen die polnische Mannschaft Slask Wroclaw. Außerdem ist die Bundeswehr seit Beginn der Saison 2012/2013 „official Supplier" der 96er. Damit setzt die Vereinsführung ihren militärfreundlichen Weg konsequent fort.

Der Kommunikationschef von Hannover 96 Alex Jacob begründet die Zusammenarbeit mit dem Militär in der in Hannover erscheinenden *Neuen Presse*: „Die Bundeswehr ist seit Jahren ein verlässlicher und guter Partner des Vereins." 96-Präsident Martin Kind habe eine besondere Beziehung zur Bundeswehr. Man lade gelegentlich Soldaten zur Stadionführung ein und Kind sei bei der Bundeswehr auch schon als Vortragsredner aufgetreten.[6]

In einer Antwort der Bundeswehr auf ein Protestschreiben der DFG-VK Ortsgruppe Hannover stellt der Verein die

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Bundeswehr als Verteidigerin der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik dar und erklärt sich für ihre Inhalte für nicht zuständig: „Für die Art und Weise der Werbung der Bundeswehr ist Hannover 96 nicht verantwortlich. Gleichwohl steht Hannover 96, wie oben beschrieben, hinter unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, für die die Bundeswehr einsteht."

Förderung von Amateuren – das Beispiel Rostocker FC

Die Bundeswehr zahlt dem Verbandsligisten Rostocker FC 5.500 € für die Saison 2014/15 und hat das Recht auf Logopräsenz auf dem Vereinsbus, auf Shirts, Anzügen, Sporttaschen der 1. Herrenmannschaft sowie auf Trainings- und Erwärmungsshirts bei den Frauenmannschaften.

Es ist davon auszugehen, dass dieses Engagement kein kurzes Intermezzo beim RFC wird, zu tief sind die persönlichen Verstrickungen.

Vorstand und hauptberuflicher Tischlermeister Greese ist bekennender St.-Pauli-Anhänger und gehörte lange zur linksalternativen Fanszene des RFC. Vom Stadionsprecher wurde er zum Kleinsponsor des Vereins. Seit 2008 war er im Vorstand und wurde schließlich 2012 zum Vorstandsvorsitzenden. Er ist für Öffentlichkeitsarbeit, Sponsoren-und Fanbetreuung zuständig. Greese holte die beiden Marineoffiziere Jan Kistenmacher (Trainer) und Andreas Murken (Teammanager) als ehrenamtliche Unterstützung zum RFC. Auch einige Fußballspieler sind bei der Bundeswehr angestellt. Soweit ist es erstmal nicht ungewöhnlich. Aber detaillierter zu den Personen:

Von 2006 bis September 2010 war Kistenmacher in Neuruppin als Wehrdienstberatungsoffizier und Büroleiter für Öffentlichkeitsarbeit und Personalgewinnung der Streitkräfte für die Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin, Oberhavel und Uckermark verantwortlich. Auch die alten Vereine von Jan Kistenmacher, der MSV 1919 Neuruppin und der Pritzwalker FHV 03, gerieten in den Kreis der erlesenen Kooperationspartner der Bundeswehr. Gegenüber der TAZ[7] bestätigte er, dass die Zusammenarbeit über seine Kontakte zustande gekommen sei. Dass die Bundeswehr selber diesen Zusammenhang bestreitet, ist da nur ein Detail am Rande.

Nils Greese unterstreicht das Positive aus seiner Sicht: „Durch die Bundeswehr habe der Rostocker FC Kleinbusse kaufen können." Jetzt müssen – so der Präsident – im Kinder- und Jugendbereich nicht immer die Eltern fahren. Keine Erwähnung findet, dass die Kleinbusse großflächig mit Bundeswehrwerbung beklebt sind.

Es gibt Widerspruch im Verein, der jedoch vom Vorstand ignoriert wird. „Im Verein gibt es unterschiedliche Meinungen zum Thema Bundeswehr", erklärt Nils Greese – „Im Vorstand haben wir beschlossen, dass die Bundeswehr unser Werbepartner bleibt – von diesem Weg lassen wir uns nicht abbringen." Da wird dann auch in Kauf genommen, dass aus Protest die linke Band „Feine Sahne Fischfilet" ihr Engagement beim RFC zurückzieht und die Rostocker Band „Dritte Wahl" die Verlängerung ihres kurz vor der Bundeswehr begonnenen Engagements in Frage stellt...

Gegenaktivitäten und Bündnispartner_innen

Gegen die Werbung in Stadien kommt von Seiten der organisierten Fans bisher wenig Protest. Allenfalls in Internetforen wird Unbehagen ausgedrückt. Zumindest für Hannover

dürfte eine Ursache die momentan stattfindende Zerschlagung der organisierten Fanszene durch den Vereinsvorstand sein. Schwerer wiegt jedoch die zunehmende Entpolitisierung der Fankurven. Hinzu kommt, dass die Friedensbewegung bisher kaum in Fankulturen verankert ist.

Die DFG-VK Hannover hat sich für die Verteilung von Flyern mit sogenannten ‚Ultragruppierungen' zusammengesetzt. ‚Ultras' sind junge und ältere Menschen, die oft ganz Fan sind. Ohne dass ein Bündnis geplant war, unterstützen uns einzelne Jugendliche – es waren mehr als ein Dutzend – bei der konkreten Aktion. Zusätzlich soll ein redaktioneller Artikel in der Stadionzeitschrift der Ultra-Gruppierungen erscheinen. Der Verein Hannover 96 selber weigert sich strikt, irgendwelche Probleme zu erkennen und wiegelt mit Hinweis auf die demokratische Legitimation der Bundeswehr ab. Dass er sich so zum militärischen Handlanger macht, wird ignoriert.

Anmerkungen

1 Antworten der Bundesregierung auf die Kleinen Anfragen der Linksfraktion Drucksache 17/14067.
2 GEW (12.2.2014): Bundeswehrwerbung an Schulen: Deutliche Kritik vom UN-Ausschuss.
3 Drucksache 17/14067.
4 Kopp, Johannes (TAZ, 27.9.2014): Bundeswehr als Sportsponsor. Vermintes Gebiet.
5 Litschko, Konrad (TAZ, 19.7.2012): Wieder Krach am Bendlerblock. Diese Zahl lässt sich nicht durch die Kleine Anfrage der Linkspartei belegen DS 17/14067.
6 Faszination Fankurve (21.8.2014): Fanproteste gegen Bundeswehr-Werbung?
7 Kopp, Johannes (TAZ, 27.9.2014): Bundeswehr als Sportsponsor. Vermintes Gebiet.

Rüstungshaushalt: Kräftiger Schluck aus der Pulle

von Jürgen Wagner

Erst der Mängelbericht über die Bundeswehr-Beschaffungsprojekte, dann unzählige Meldungen, denen zufolge man den Eindruck haben könnte, deutsche Soldaten müssten bald ohne Schuhe in den Krieg ziehen, und schließlich dann sowohl aus CDU/CSU als auch aus der SPD die Rufe nach mehr Geld für die Truppe: Es kam nicht allzu überraschend, als Finanzminister Wolfgang Schäuble Anfang März 2015 die Zeichen der Zeit erkannte und eine Erhöhung des Rüstungshaushaltes ankündigte (siehe IMI-Aktuell 2015/110).

Nun wird die passende Umfrage von „ARD-Deutschland-Trend März 2015“ durch die Medien gereicht, der zufolge eine – knappe – Mehrheit von 53% der Bevölkerung für eine Erhöhung des Rüstungsetats seien, wobei sich 42% dagegen aussprechen würden. Die Frage machte dabei aber die Musik, sie lautete: „Aktuell wird über die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr diskutiert. Was denken Sie: Sollte Deutschland mehr Geld für Verteidigung ausgeben oder nicht?“

Dies gibt in nicht unerheblichem Maße die Antwort vor – fragt man nämlich vergleichend, etwa in der Form: „Sollte der Verteidigungshaushalt oder der Sozialhaushalt erhöht werden?“ erhält man in der Regel ganz andere Ergebnisse. So ähnlich geschah dies etwa im ZDF-Politbarometer am 21. Mai 2010 (neuere Umfragen dieser Art sind leider nicht bekannt). Dort wurde gefragt: „Sollte in folgenden Bereichen gespart werden?“ Als Antwort sprachen sich überwältigende 82% der Bevölkerung dafür aus, zuerst bei der Rüstung zu sparen – weit abgeschlagen mit 34% belegte der Sozialhaushalt Platz zwei (siehe IMI-Studie 2012/08, S. 4).

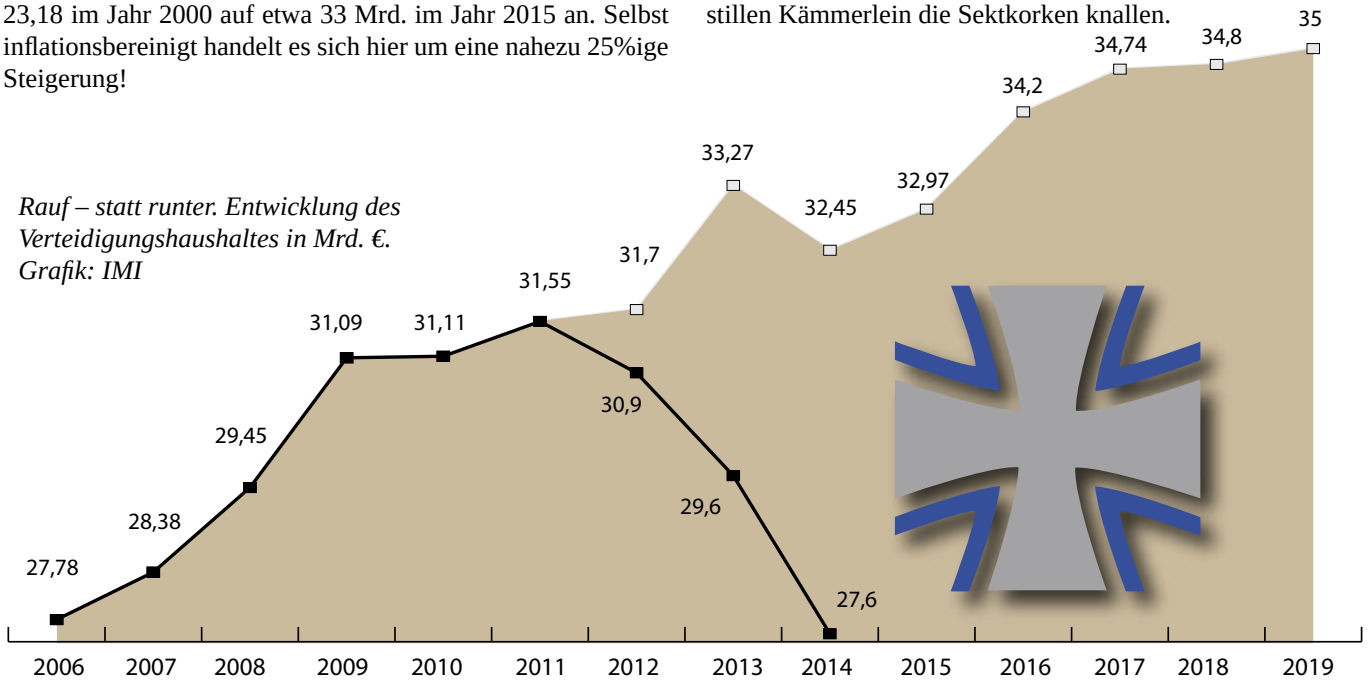
Erinnert sei auch – einmal mehr – daran, dass der Bundeswehr-Etat in keiner Weise einem Kahlschlag ausgesetzt war, auch wenn dies Politik, Militär und Rüstungsindustrie penetrant glaubhaft machen wollen. Wie im IMI-Fact-Sheet „Rüstung" nachzulesen ist, stieg der Militärhaushalt von (umgerechnet) 23,18 im Jahr 2000 auf etwa 33 Mrd. im Jahr 2015 an. Selbst inflationsbereinigt handelt es sich hier um eine nahezu 25%ige Steigerung!

Doch auch damit nicht genug! Worauf ebenfalls immer wieder hingewiesen wurde (siehe etwa IMI-Analyse 2012/036), liegt der Haushalt damit drastisch über dem – eigentlich verbindlich – vereinbarten Sparziel vom Juni 2010. Damals war festgelegt worden, dass die Bundeswehr von insgesamt 81,6 Mrd. Euro bis 2014 ebenfalls 8,3 Mrd. beizutragen hätte. Gemäß dem daran angelegten Bundeswehrplan wurde hierfür eine Absenkung des Rüstungshaushaltes auf 27,6 Mrd. Euro vorgesehen. Ganz offensichtlich wurde dieser Beschluss in der Folge dann stillschweigend kassiert und darüber hinaus sogar noch Kosten für ziviles Bundeswehr-Personal in den allgemeinen Haushalt (Einzelplan 60) verschoben. Im Ergebnis liegt man damit also jetzt schon fast 6 Mrd. Euro über dem ursprünglich fixierten Sparziel.

Und auf all das obendrauf soll nun die angekündigte weitere Erhöhung des Rüstungshaushaltes kommen. Bei der Vorstellung der Eckpunkte der Haushaltsplanung am 18. März 2015 rückte Schäuble dann auch mit genauen Zahlen heraus: „Die Bundesregierung reagiert mit einer deutlichen Aufstockung des Verteidigungsetats auf die angespannte sicherheitspolitische Lage. So soll die Bundeswehr in den Jahren 2016 bis 2019 insgesamt acht Milliarden Euro mehr erhalten, als bislang in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen war. Das entspräche einem Zuwachs von 6,2 Prozent. Von 2019 an gäbe Deutschland dann 35 Milliarden Euro für die Verteidigung aus.“ (SZ, 18.3.2015)

Beim Blog Augengeradeaus findet sich das einschlägige „Eckwerte-Papier“ aus dem Finanzministerium, aus dem weitere Details hervorgehen. Demnach soll der Etat 2016 auf 34,2 Mrd. Euro steigen, im Jahr darauf sollen es 34,74 Mrd. und 2018 dann 34,8 Mrd. sein, um 2019 schließlich besagte 35 Mrd. zu umfassen. Als Begründung für die Erhöhung führt das Eckwerte-Papier u.a. den Konflikt mit Russland an, erforderlich sei deshalb „die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für ein höheres NATO-Engagement und zur Stärkung des verteidigungsinvestiven Bereichs.“

Jammerei und Panikmache haben sich also buchstäblich ausgezahlt, bei Militär, Politik und Rüstungsindustrie dürften im stillen Kämmerlein die Sektkorken knallen.



Rauf – statt runter. Entwicklung des Verteidigungshaushaltes in Mrd. €. Grafik: IMI

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Neue Aufgaben für die Bewegung gegen Drohnen

Gemischte Bilanz der Kampagne

von Christoph Marischka

Nachdem der damalige Verteidigungsminister de Maizière angekündigt hatte, bewaffnete Drohnen für die Bundeswehr anschaffen zu wollen, gründete sich im März 2013 in Hannover die „Kampagne gegen die Etablierung der Drohnentechnologie für Krieg, Überwachung und Unterdrückung“ (Drohnen-Kampagne.de). Ihren Appell „Keine Kampfdrohnen“ unterzeichneten rasch fast 150 Gruppen bundesweit und tausende Einzelpersonen. Neben diesem Appell beteiligte sich die Kampagne an der internationalen Vernetzung gegen die Drohnenkriegsführung, solidarisierte sich mit britischen Aktivist_innen, veröffentlichte Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013 und beteiligte sich nicht zuletzt am ersten globalen Aktionstag gegen Kampf- und Überwachungsdrohnen am 4. Oktober 2014 mit über 30 Aktionen alleine in Deutschland.

Einer breiten Öffentlichkeit ist die Kampagne bis heute kaum bekannt, in der bürgerlichen Presse wurde sie selten genannt, ihre inhaltlichen Positionen jedoch fanden sich in den zum Teil heftigen Diskussionen v.a. um Drohnen für die Bundeswehr oft prominent wieder. Sie wirkte auch als Katalysator für zahllose Informationsveranstaltungen und Aktivitäten einzelner Gruppen auf juristischer und parlamentarischer Ebene, gegen Drohnenforschung an Universitäten und die Steuerung von US-Drohnen für „gezielte Tötungen“ von Stützpunkten in Deutschland aus. Darüber hinaus brachte sie vor allem Menschen bundesweit und international zusammen und sorgte für einen guten Informationsstand über Beschaffungspläne der Bundeswehr und Drohneneinsätze durch Polizeien und Armeen weltweit. Dennoch ist es schwierig, nach zwei Jahren eine Bilanz zu ziehen: Inwieweit sind die verschiedenen Aktivitäten, die oft auch prominenten kritischen Stellungnahmen gegen Drohnen und die Verzögerungen bei der Anschaffung bewaffneter Drohnen auf die oft mühsame Vernetzungsarbeit der Kampagne zurückzuführen? Hat sich die Kampagne gelohnt, sollte sie weitergeführt werden und welche Schwerpunkte sollte sie sich in Zukunft setzen? Das waren die Fragen, mit denen sich nach zwei Jahren ein (wie immer für alle offenes) Kampagnentreffen – wieder am Ort der Gründung, in Hannover – am 23. März 2015 auseinandersetzte.

Konferenz zur Drohnenforschung

Am Tag vor dem Treffen fand darüber hinaus an der Universität Hannover eine kleine, gemeinsam von der Informationsstelle Militarisierung und dem AStA der Uni organisierte Konferenz zur Drohnenforschung statt. Die Wahl fiel nicht nur wegen des Kampagnentreffens auf diesen Ort, sondern auch, weil kurz zuvor bekannt geworden war, dass die Uni Hannover nicht nur bundesweit die meisten Drittmittel für wehrtechnische Forschung vom Bundesverteidigungsministerium erhält, sondern damit auch Projekte zur Fernerkundung, künstlicher Intelligenz, Bildgebung und -übertragung finanziert werden, die eng mit Drohnen in Zusammenhang stehen. Glücklicherweise ist auch in Hannover die Studierendenschaft hierüber alles andere als begeistert und der AStA hat mit seiner Unterstützung für die Veranstaltung seinen Willen bekundet, hierüber eine Diskussion auch jenseits der Hochschule anzustoßen. Wie zentral die Drohnenforschung in der Auseinandersetzung um die Militarisierung der Hochschulen ist, hatte kurz zuvor die tageszeitung (taz) angedeutet, als sie unter dem Titel „Drohnen bald tabu?“ über die Pläne des Bremer Senats berichtete, im Landeshochschulgesetz eine Zivilklausel und eine verbindliche Verpflichtung zur Veröffentlichung aller Drittmittel zu verankern. Unmittelbar vor der Konferenz wurde das entsprechende Gesetz tatsächlich verabschiedet und eine Einschätzung eines Bremer Genossen hierzu wurde dann in Hannover vorgetragen.

Ein ausführlicher Beitrag zu Beginn der Konferenz hatte jedoch bereits klar gemacht, dass nicht nur die militärische Nutzung von Drohnen ein Problem sei, sondern auch deren Verwendung in verschiedenen „zivilen“ Anwendungsfeldern wie der polizeilichen Überwachung (etwa von Demonstrationen) oder im Grenzschutz rasant zunähme und häufig auf militärische Entwicklung und Forschung zurückzuführen sei.

Ein zweiter Vortrag beschäftigte sich am Beispiel militärischer Drohnen mit „Künstlichen Neuronalen Netzen“ als Methode der Künstlichen Intelligenz zur Muster- und Zielerkennung. Der letzte Vortrag des Tages berichtete ausgehend von der Praxis der Drohnenkriegsführung durch die USA darüber, wie sich von den USA über Großbritannien nach Deutschland in den letzten Jahren eine aktive und gegenseitig inspirierende Bewegung entwickelt habe und unterstrich, dass der Widerstand gegen die Anschaffung von Kampfdrohnen in Deutschland (und gegen die Steuerung „gezielter“ Tötungen mithilfe der Stützpunkte in Deutschland) in Europa und weit darüber hinaus Signalwirkung habe: Sollte es tatsächlich gelingen, die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr zu verhindern, verblieben nur noch die USA, Großbritannien und Israel als Nutzer solcher Waffensysteme und eine Ächtung, zumindest Entschleunigung der Rüstungsdynamik wäre wahrscheinlicher. Das war natürlich ein guter Ansporn für die Aktiven der Kampagne, die recht zahlreich zur Drohnenforschungskonferenz erschienen waren. Studierende haben leider nur vereinzelt teilgenommen, was auch mit den Semesterferien zusammenhängen mag. Trotzdem wurde hier die Idee geboren, an anderen Universitäten mit umfangreicher Drohnenforschung vergleichbare Veranstaltungen anzuregen.

Neue Struktur der Kampagne

Das Kampagnentreffen am folgenden Tag war ebenfalls gut besucht und verlief trotz einiger Reibungspunkte produktiv. Das Ergebnis lässt sich grob als Zentralisierung und Ausdifferenzierung der Struktur zusammenfassen. Zuvor war davon ausgegangen worden, dass alle Gruppen, die den Appell „Keine Kampfdrohnen“ unterzeichnet haben, Teil der Kampagne und damit auch „entscheidungsbefugt“ seien, da die Kampagne auch in ihrem Namen spricht. Das führte bei neuen Entwicklungen und einem sich ausdehnenden Themenfeld (die Steuerung „gezielter“ Tötungen via Deutschland etwa war zum Kampagnenstart noch gar nicht bekannt gewesen) natürlich zu komplizierten Abstimmungsprozessen und zur Überforderung derjenigen, die sie koordinierten. Dieser wachsenden Komplexität wurde durch die Gründung von (zunächst) drei

Arbeitsgemeinschaften begegnet, die zukünftig relativ autonom zu einzelnen Themenfeldern agieren und weitere Mitstreiter_innen gewinnen sollen: Eine AG zu „gezielten“ Tötungen wird sich mit der Nutzung von US-Basen in Deutschland für die Drohnenkriegsführung und damit der im Appell nicht beinhalteten, aber zentralen Aktivitäten der USA und der Mittäterschaft der Bundesregierung beschäftigen. Eine weitere AG mit dem Titel „Kampfdrohnen ächten“ soll sich weiterhin gegen die Anschaffung bewaffneter Drohnen in Deutschland engagieren und hierzu u.a. Parlamentarier_innen anschreiben und an ihre in den Wahlprüfsteinen getroffenen Aussagen (sowie eine Resolution des Europäischen Parlaments) erinnern. Eine dritte Arbeitsgemeinschaft soll sich mit der Vorbereitung eines weiteren Globalen Aktionstags im Herbst 2015 beschäftigen und hierzu auch in anderen europäischen Ländern Impulse geben.

Während es zur Vorbereitung des Aktionstages wohl wenig Abstimmungsbedarf mit den Unterzeichnergruppen geben dürfte, könnte es hinsichtlich der Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr durchaus nötig werden, diese zu aktivieren und mit einer gemeinsamen Position an die Öffentlichkeit zu treten. Solche gemeinsamen Aktivitäten und Standpunkte soll zukünftig eine kleine, nur leicht veränderte Gruppe von Aktiven koordinieren, die bislang für die Redaktion der Homepage der Kampagne und Beantwortung von Anfragen zuständig war. Alle genannten Strukturen sollen weiterhin offen bleiben und sich um weitere Beteiligung bemühen.

Böse Überraschung: Beschaffungsentscheidung gefallen

Auf dem Treffen wurde auch ein Modus vereinbart, wie sich die Arbeitsgemeinschaften finden und organisieren können. Noch bevor das jedoch in Ruhe vollzogen werden konnte, wurden von der Regierung neue Fakten geschaffen.

Bereits kurz vor dem Treffen hatte diese bekanntgegeben, dass sie ihren Fragenkatalog über die Verwicklung der US-Basen in Stuttgart-Möhringen und Ramstein – dessen Inhalt weiterhin geheim ist und der monatelang genutzt wurde, um kritische Abgeordnete im Bundestag hinzuhalten – durch eine Stellungnahme der US-Regierung als beantwortet betrachte. Das heißt: Die Bundesregierung will keine weitere Aufklärung und nicht wissen, was hinlänglich bekannt ist: dass die Daten für Drohnenangriffe in Somalia, Jemen und Pakistan über deutsche Stützpunkte fließen und hier auch Vorentscheidungen für den Waffeneinsatz getroffen werden. Eine offizielle Bestätigung durch die USA hätte die Bundesregierung in Zugzwang gebracht, hiergegen vorzugehen, da sie sich sonst – so auch ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags – möglicherweise der „Beteiligung an einem völkerrechtlichen Delikt“ schuldig machen würde.

Nach dem Kampagnentreffen kam es jedoch noch dicker: Die Bildzeitung berichtete, dass sich der Verteidigungsausschuss geeinigt habe, noch in diesem Jahr Drohnen samt Bewaffnung anzuschaffen. Kurz zuvor hatte der Spiegel online noch vermeldet, eine Verlängerung des Leasingvertrages für die nicht bewaffnungsfähige Drohnen vom Typ Heron I für den Einsatz in Afghanistan stünde bevor. Dass zusätzlich hierzu bewaffnete Drohnen angeschafft werden sollten, irritierte und die Meldung wurde kaum, allerdings von gut informierten Quellen aufgegriffen und dem Anschein nach bestätigt. Die Informationsstelle Militarisierung veröffentlichte daraufhin gemeinsam mit dem Bundesausschuss Friedensratschlag für die Drohnenkampagne einen Aufruf, „wieder verstärkt Unterschriften“ unter den Appell „Keine Kampfdrohnen“ zu sammeln „und die geplante Anschaffung von Drohnen bei Aktionen wie den Ostermärschen entschieden zurückzuweisen. Nur weil die Regierung die Debatte für beendet erklärt, ist sie das noch lange nicht!“ Tatsächlich wurde das Thema bei den Ostermärschen wieder auf die Agenda geholt, obwohl zu diesem Zeitpunkt nicht abschließend klar war, ob die Regierung wirklich kurzfristig plant, bewaffnete Drohnen zu kaufen oder zu leasen. Ganz eindeutig klar gemacht hatte sie aber zwischenzeitlich anlässlich des deutsch-französischen Ministerrates, dass sie gemeinsam mit Frankreich und Italien plant, bei der Entwicklung einer EUropäischen Kampfdrohne, die bis 2025 fertiggestellt sein soll, vorangehen will. Ein entsprechendes Abkommen wurde zwischen den beteiligten Firmen bereits geschlossen. Die Entscheidung fiel damit zwischen Regierungen und Industrien der westeuropäischen Staaten und eben nicht im Parlament oder gar im Rahmen der angekündigten „breiten gesellschaftlichen Debatte“.

Aktionstag gegen Kampfdrohnen 4. Oktober 2014. Foto: Uwe Hiksch über Flickr.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Jetzt erst recht: Aktiv werden gegen Kampfdrohnen!

Über die Zeitung „BILD“ erfuhren wir aus dem geheim tagenden Verteidigungsausschuss, dass die Bundesregierung angeblich plane, noch dieses Jahr bewaffnete Drohnen samt Munition anzuschaffen. Zuvor war wiederholt angekündigt worden, vor einer solchen Entscheidung eine breite gesellschaftliche Debatte über die hochumstrittenen Waffensysteme abzuwarten. Dabei wurde immer wieder behauptet, bewaffnete Drohnen würden von Deutschland allenfalls zur „Gefechtsfeldunterstützung“ eingesetzt und nicht wie von den USA für sog. „gezielte Tötungen“. In der Praxis jedoch ist diese Trennung eher theoretischer Natur und scheint die Bundesregierung auch mit den völkerrechtswidrigen „gezielten Tötungen“, welche die USA über Infrastruktur in Deutschland durchführt, keine Probleme zu haben.

Die plötzliche Entscheidung der Bundesregierung ist umso entschiedener zurückzuweisen, als ein Gefechtsfeld, auf dem bewaffnete Drohnen zur Anwendung kommen könnten, gegenwärtig überhaupt nicht existiert. In der bisherigen Diskussion wurde nahezu ausschließlich auf den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan als mögliches Szenario verwiesen, der jedoch nach dem kläglichen Ende des ISAF-Mandates nur noch die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte umfasst und dessen Mandat keinerlei Grundlage für den Einsatz bewaffneter Drohnen enthält. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die vermeintliche Entscheidung zur Beschaffung bewaffneter Drohnen mit Blick auf zukünftige Einsatzgebiete wie der Ukraine, Nordafrika und der Arabischen Halbinsel erfolgte. Die Verfügbarkeit bewaffneter Drohnen wird deren Einsatzgebiete somit quasi selbst schaffen: Mit dem Verweis auf das vermeintlich geringe Risiko eigener Verluste wird sich Deutschland zukünftig auch dort verstärkt beteiligen, wo es – wie in Syrien, dem Irak und Libyen – bislang noch militärisch Zurückhaltung übte. Diese weitere Entgrenzung deutscher Kriegführung entspricht voll und ganz dem seit 2014 von Deutschlands Eliten vorgetragenem Anspruch, sich „früher, entschiedener und substantieller ein[zu]bringen“ (Gauck). Vorgetragen wird dieses Ziel zusammen mit einem Führungsanspruch innerhalb der Europäischen Union. Die Entscheidung zur Anschaffung bewaffneter Drohnen ist damit auch ein fatales Signal an die anderen europäischen Staaten, die bislang noch keine solchen Waffensysteme beschafft haben.

Wir unterstützen den im März 2013 in Hannover verfassten Appell „Keine Kampfdrohnen“. In diesem heißt es:

„Wir lehnen Kampfdrohnen ab, weil ihr Einsatz

• die Schwelle zu bewaffneten Aggressionen weiter senkt,

• „gezielte“ Tötung von Menschen innerhalb und außerhalb von Kriegen bedeutet – ohne Anklage, Verfahren und Urteil,

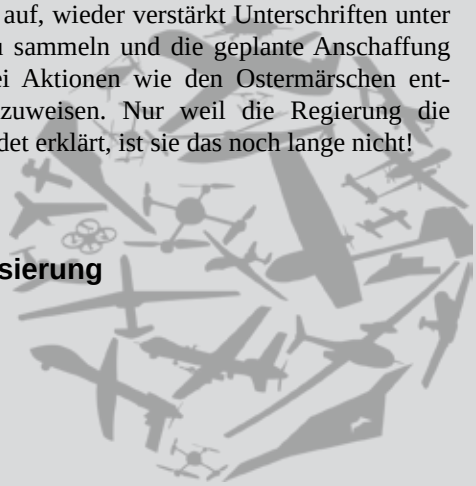
• die Bevölkerung betroffener Landstriche terrorisiert und sie an Leib und Leben gefährdet,

• die Entwicklung autonomer Killer-Roboter befördert und noch schrecklichere Kriege zur Folge hätte

• eine neue Rüstungsspirale in Gang setzt.“(www.drohnen-kampagne.de)

Außerdem werden in diesem Appell, dem sich fast 150 Organisationen und tausende Einzelpersonen angeschlossen haben, Bundesregierung und Bundestag aufgefordert, „den Irrweg der Anschaffung und Produktion bewaffneter Drohnen sowie die diesbezügliche Forschung und Entwicklung aufzugeben und sich für ein weltweites Verbot und völkerrechtliche Ächtung dieser Waffen einzusetzen.“

Wir rufen dazu auf, wieder verstärkt Unterschriften unter diesen Appell zu sammeln und die geplante Anschaffung von Drohnen bei Aktionen wie den Ostermärschen entschieden zurückzuweisen. Nur weil die Regierung die Debatte für beendet erklärt, ist sie das noch lange nicht!



Eine gemeinsame Erklärung der Informationsstelle Militarisierung und des Bundesausschuss Friedensratschlag

27. März 2015

AFRICOM und EUCOM in Stuttgart

Zusammenarbeit und Widerstand

von Thomas Mickan

Der Fragenkatalog der Bundesregierung an die US-Regierung zum Drohnenkrieg vom AFRICOM in Stuttgart aus wurde Ende Februar 2015 „versenkt".[1] Der simulierte Aufklärungswillen der Bundesregierung ließ sich damit befriedigen, dass darauf verwiesen wurde, von Deutschland aus würden keine Drohnen starten. Mit der Beteiligung des AFRICOM in dem mehrteiligen Prozess des Drohnenkrieges – der auch in Afrika immer weiter vorangetrieben wird[2] – von der Zielauswahl bis zur Tötung hat dies jedoch nichts zu tun, lediglich die Bundesregierung scheint in diesem fadenscheinigen Argument einen Ausweg aus dem Skandal „Geheimer Krieg" zu erkennen.[3]

Es ist auch wenig verwunderlich, dass die Bundesregierung sich mit dieser Art Antwort zufrieden gibt, stehen doch politische Entscheidungsträger_innen im Austausch mit den US-Streitkräften und haben dem US-Afrikakommando (AFRICOM) sowie dem nur einen Kilometer entfernten US-Europakommando (EUCOM) zahlreiche Besuche abgestattet oder standen mit diesen anderweitig in Kontakt. Eine kurze Auflistung soll dies exemplarisch verdeutlichen:

- Am 22.8.2012 besuchten die damalige FDP-Abgeordnete im Bundestag und Mitglied des Verteidigungsausschuss Elke Hoff zusammen mit dem AFRICOM-Verbindungsoffizier der Bundeswehr Manfred Antes das AFRICOM in Stuttgart Möhringen.[4]
- Am 21.9.2012 verlieh Manfred Antes dem Soldaten des EUCOMs Allen W. Batschelet das Goldene Ehrenkreuz der Bundeswehr für seine Verdienste bei der Zusammenarbeit der US-amerikanischen und deutschen Streitkräfte.[5]
- Am 10.1.2013 stattete Manfred Antes gemeinsam mit seinen europäischen Militärkollegen dem AFRICOM einen Besuch ab, um gemeinsame Kooperationsmöglichkeiten zu besprechen.[6]
- Bereits vor der Ausgliederung des AFRICOM aus dem EUCOM fanden und finden bis heute zahlreiche Übungen zwischen den vom AFRICOM aus koordinieren US-Streitkräften und der Bundeswehr (auch dem KSK) statt.[7] Jüngere Beispiele waren 2014 eine gemeinsame Übung in Malawi (Exercise Southern Accord 14)[8] und die Marineübung Obangame Express (2014 im Golf von Guinea und im Mai 2015 vor Ghana).[9]
- Am 29.4.2014 trafen sich Vertreter_innen der Bundeswehr „offiziell" im AFRICOM, um eine engere Kooperation zu besprechen.[10]
- Am 24.4.2014 empfing der Grüne-Oberbürgermeister Fritz Kuhn den Kommandeur des EUCOM General Philip M. Breedlove im Rathaus und ließ ihn mit dem Satz „Thank you for your great partnership" ins Goldene Buch der Landeshauptstadt Stuttgart eintragen;[11] am 27.8.2014 setzte William B. Garrett III. als neuer stellvertretender EUCOM-Kommandeur die Tradition fort sich ins Goldene Buch der Stadt Stuttgart einschreiben zu dürfen.[12]
- „Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Dr. Markus Grübe, besuchte am 28. August 2014 das AFRICOM-Hauptquartier. Angehörige des BMVg suchten sowohl das AFRICOM-Hauptquartier als auch die Luftstreitkräftebasis Ramstein mehrfach zu Arbeitsbesuchen auf." [13]
- Am 23.10.2014 führten das Bundeskanzleramt, das Auswärtiges Amt und das Verteidigungsministerium Gespräche mit dem stellvertretenden Befehlshaber vom AFRICOM, Generalleutnant Steven Hummer[14]
- „Darüber hinaus haben Vizepräsidenten [!] des BND in der Vergangenheit AFRICOM im Rahmen der Kontaktpflege Besuche abgestattet."[15]

Diese Liste ließe sich sowohl auf kommunaler als auch auf Bundesebene noch beträchtlich ausbauen, zeigt sie doch vor allem die enge Zusammenarbeit zwischen AFRICOM/EUCOM und den politischen Entscheidungsträger_innen und der Bundeswehr in Stadt, Land und Bund. Die Betonung liegt dabei auch auf „Zusammenarbeit", es ist ein gegenseitiges Nehmen und Geben, Austauschen und dem Profitieren, mit dem in manchen politischen Kreisen verbreiteten Vorurteil, Deutschland würde hier untergeordnet nach der „US-Pfeife" tanzen, hat dies nichts gemeinsam.

Stuttgart: Krieg beginnt hier – unsere Verantwortung heißt Frieden

Stuttgart spielt somit neben Ramstein und den angrenzenden US-Einrichtungen in Rheinland-Pfalz und Kalkar/Uedem[16] eine wichtige Rolle für die aktuellen und zukünftigen Kriege, seien das Drohneneinsätze in Afrika, der Einsatz von Spezialkräften, die Kontrolle über die in Europa und Büchel[17] gelagerten Atomwaffen oder die Eskalation zwischen der NATO und Russland.

Für Stuttgart gibt es dabei zwei winzige Lichtblicke: So ist geplant, das europäische Hauptquartier der „Defense Information Security Agency" (DISA) und der „Defense Information Technology Contracting Organisation" (DITCO), als Teil von DISA, nach Landstuhl zu verlegen.[18] Dem DISA als IT-Logistikabteilung der US-Streitkräfte wird eine wichtige Rolle im US-Drohnenkrieg beigemessen; es stellt beispielsweise den Life-Video-Stream der Predator und Reaper Drohnen zur Verfügung.[19] Außerdem soll bis 2018 das „6th ASG CFMO Warehouse" an der Motorstraße, Hausnummer 42 in Stuttgart Weil im Dorf geschlossen werden – ein 15.000 m² großes Möbellager, das die US-Streitkräfte seit 1983 betrieben und nun in die Robinson Barracks im Burgholzweg Bad Cannstatt verlegt werden soll. Der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) als Eigentümerin lege jedoch noch keine „förmliche Freigabeerklärung vor" und auch die militärische oder zivile Weiternutzung sei noch ungeklärt.[20]

Diese winzigen Lichtblicke, die mit einer immer stärkeren Konzentration der US-Armee in Rheinland-Pfalz zu tun haben,[21] werden jedoch nicht ausreichen, das Agieren beider Kommandostrukturen transparent zu machen und die deutsche Zusammenarbeit zu beenden. Dafür regte sich bereits seit Anfang der Achtziger Jahre immer wieder Widerstand, mit Höhepunkten wie der Menschenkette Stuttgart-Ulm 1983, über mehrere Entzäunungsaktionen vor allem in den Neunziger Jahren bis hin zur Umkreisung des EUCOM mit 6.000 Menschen im Jahr 2003. In den letzten zwei Jahren hat sich auch mit dem Erscheinen des Buches „Geheimer Krieg" und dem Drohnenkrieg von Stuttgart aus der Protest wieder verstetigt.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Tobias Pflüger bei seiner Rede auf dem Schlossplatz beim Ostermarsch Stuttgart 2015.
Foto: Heike Hänsel

Die geplante Modernisierung der Atomwaffen in Büchel und die Spannungen zwischen der NATO und Russland tragen weiter dazu bei. Der Ostermarsch 2014 hatte das AFRICOM, der Ostermarsch 2015 das EUCOM als Ausgangspunkt. Das nächste große Ereignis für Stuttgart ist der Kirchentag 2015 Anfang Juni.

Mit Blick auf die Möglichkeiten des Kirchentages, den Widerstand gegen das AFRICOM/EUCOM und die deutsche Zusammenarbeit zu lenken, hat sich ein loser Zusammenschluss von Gruppen gebildet unter dem Motto „Krieg beginnt hier – unsere Verantwortung heißt Frieden“.[22] Bereits am 4. Juni 2015 wird es im Zusammenhang mit dem Kirchentag im „Zentrum Frieden“ eine Veranstaltung mit IMI-Beteiligung geben unter dem Titel: „Kriegshauptstadt Stuttgart EUCOM und AFRICOM: Kommandozentralen für Atomwaffen- und Drohneneinsätze“ (15-17.30 Uhr, Gemeinderaum 1, Evangelische Friedensgemeinde Schubartstraße 12, Stuttgart).[23] Der 6. Juni soll dann der Höhepunkt des Protestes bilden. Den Auftakt dafür macht die Friedenskette. Diese Menschenkette beginnt am Zentrum Frieden, Friedenskirche und endet am Mahnmal auf dem Stauffenbergplatz. Um 11.15 Uhr beginnt der Aufbau der Menschenkette an den Sammelpunkten Stauffenbergplatz, Charlottenplatz, Schauspielhaus, Planetarium und Friedenskirche. Um 11.55 Uhr, also Fünf vor Zwölf, wird die Menschenkette für den Frieden geschlossen. Um 12.10 Uhr löst sich die Kette schließlich auf.[24] Ab 17 Uhr wird es eine von der Gesellschaft Kultur des Friedens angemeldete Kundgebung vor dem AFRICOM in Stuttgart-Möhringen geben. An dieser Kundgebung werden u.a. die Musiker Konstantin Wecker, der Aktivist Aziz Fall, die Lebenslaute, Lokomotive Stuttgart und Angehörige von Kriegsdrohnenopfern ihre Stimme gegen die US-Kommandozentrale erheben. Im Anschluss an die Kundgebung um 20 Uhr endet schließlich der Protesttag mit einer Konzertlesung mit Konstantin Wecker und Margot Käßmann in der Markuskirche Stuttgart-Möhringen, nicht weit vom AFRICOM entfernt unter dem Motto „Entrüstet-Euch – Für ein Menschenrecht auf Frieden“.

Anmerkungen

1 Monroy, Matthias (Netzpolitik, 20.3.2015): Weiterer „Fragenkatalog“ versenkt – Deutsche Unterstützung des US-Drohnenkriegs soll nicht aufgeklärt werden.
2 Offiziere.ch (6.4.2015): US Expands African Drone Aprons.
3 Fuchs, Christian/Goetz, John (2013): Geheimer Krieg. Rowohlt.
4 Warner, Brianne (AFRICOM, 27.8.2012): German Parliament Member Visits AFRICOM Headquarters in Stuttgart. Sowie: AFRICOM, 24.8.2012.
5 Spencerdailyreporter (21.9.2012): Batschelet earns Iron Cross of the German Armed Forces.
6 Flickr US-Army (10.1.2013): Foreign liaison officers visit USARAF.
7 Marischka, Christoph (Telepolis, 1.7.2013): US-AfriCom und KSK seit Jahren in Mali aktiv.
8 USAFRICOM (30.7.2014): U.S., partner nations gather in Malawi for Exercise Southern Accord 14.
9 Y (5.6.2014): Gefährliche See vor Lagos. Sowie: Marine (24.3.2015): Opening Ceremony für Obangame Express 2015.
10 Reisinger, Christoph/Weißenborn, Michael (Stuttgarter Nachrichten, 28.4.2014): Bundeswehr und Africom wollen kooperieren.
11 Stadt Stuttgart (24.4.2014): OB Kuhn empfängt Kommandeur des US-Europakommandos.
12 Stadt Stuttgart (27.8.2014): Lieutenant General William B. Garrett III. zum Antrittsbesuch bei OB Kuhn.
13 Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Bundestagsdrucksache 18/2589: Die Rolle des Africom-Commands und der US-Militärbasis in Ramstein für US-Drohnenangriffe, Frage 14.
14 Ebd., Frage 5.
15 Ebd., Frage 18.
16 Ausführlich dazu Dagdelen, Sevim (2015): Kriegstreiber am Niederrhein. Die Luftwaffenstützpunkte von Bundeswehr und NATO in Kalkar/Uedem (NRW).
17 Petermann, Anke (Deutschlandfunk, 2.4.2015): Aktivisten demonstrieren gegen US-Atomwaffen. Sowie: Büchel atomwaffenfrei – Büchel 65.
18 Antwort auf die Kleine Anfrage 18/4175 der Fraktion die Linke: Neustationierung und Auswirkungen auf die Umwelt und die Gesundheit im Raum des Militärflughafens Spangdahlem, Beilage zu Frage 1.
19 „DISA’s Unified Video Dissemination Service (UVDS) takes live video streams from Predator and Reaper drones and transmits them via Teleports such as those at the DISN comms hubs in Naples and Landsthul [sic] and Bahrain.” Ballard, Mark (ComputerWeekly, 13.6.2014): Drone kill communications net illustrated. Sowie Marischka, Christoph (IMI, 26.10.2014): 4. Oktober 2014: Die Infrastruktur der Drohnenkriegführung sichtbar machen.
20 Schüler, Leonie (Stuttgarter Zeitung, 26.1.2015): US-Militär schließt Lager im Gewerbegebiet.
21 Ausführlich dazu: Pflüger, Markus (IMI, 10.2.2015): US-Truppenaufstockung heißt mehr Kriegsunterstützung. „Rheinland Pfalz Gewinner im Verteilprozeß“.
22 Krieg beginnt hier – unsere Verantwortung heißt Frieden, via Facebook.
23 Zentrum Frieden, Veranstaltungsankündigung.
24 Website der Friedenskette auf dem Kirchentag: http://friedenskette2015.de/.

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Münchner Sicherheitskonferenz

Alle gegen Alle oder Front gegen Russland?

von Jürgen Wagner

Wie zu erwarten war, dominierten die Auseinandersetzungen in der Ukraine und die eng damit verbundenen westlich-russischen Beziehungen die Münchner Sicherheitskonferenz, die in diesem Jahr vom 6. bis 8. Februar 2015 stattfand. Einigkeit herrschte dabei zwischen den Kontrahenten lediglich darüber, dass das beiderseitige Verhältnis auf einem absoluten Tiefpunkt angelangt ist. In der Frage, wer dafür verantwortlich ist und wie aus dieser gefährlichen Krise herausgekommen werden könnte, trennen die verschiedenen Akteure jedoch tiefe Gräben.

Auffällig war dabei, dass hier augenscheinlich auch innerhalb des westlichen Blocks keineswegs traute Einigkeit über das weitere Vorgehen herrscht, wie sich anhand der Kontroverse um mögliche Waffenlieferungen an die Ukraine zeigte. Doch sollten diese Streitereien andererseits auch nicht überbewertet werden. Denn grundsätzlich scheint man auf beiden Seiten des Atlantiks dieselbe Sichtweise auf den Konflikt zu haben: Russland ist an allem allein Schuld und muss in die Schranken verwiesen werden. Solange dies aber der Fall ist, dürften die Aussichten für eine nachhaltige Entspannung der Lage eher düster sein.

Frieden schaffen mit westlichen Waffen

Als „Friedenspräsident“ bezeichnete sich der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko in seiner Rede bei der Sicherheitskonferenz, nur um im selben Atemzug westliche Waffenhilfe zu fordern: „Ich möchte schlicht wiederholen, dass die ukrainische Frage solange ungelöst bleiben wird, wie die Herzen der Menschen und Politiker im Westen sich davor verschließen, relevante, praktische Unterstützung für die Unabhängigkeit der Ukraine zu leisten, politische, ökonomische, aber auch militärische.“

Schützenhilfe erhält Poroschenko vor allem aus den USA, wo die Stimmen immer lauter werden, die sich für die Lieferung „tödlicher“ Waffensysteme an die Ukraine aussprechen. Stein des Anstoßes war hierfür ein Anfang Februar 2015 erschienener „Expertenbericht“, der von drei wichtigen Denkfabriken veröffentlicht und durch mehrere ehemalige demokratische Regierungsmitglieder erstellt wurde. Im Kern wird darin dafür plädiert, nicht mehr wie bisher „nur“ nicht-letale, sondern nun auch offensive Waffensysteme im Wert von drei Mrd. Dollar zwischen 2015 und 2017 zu liefern.[1]

Natürlich diente auch die bisher geleistet „nicht-tödliche Unterstützung“ teils der Durchführung von Offensivaktionen[2], aber es versteht sich von selbst, dass es sich bei den neuen Plänen um eine komplett neue Stufe auf der Eskalationsleiter handeln würde. Dies wird allein schon daraus ersichtlich, dass etwa die Bild-Zeitung betonte, dass es hier um mehr geht, als „nur“ um Waffenlieferungen, nämlich um die Gefahr einer direkten Konfrontation: „Brisant: Die geplanten Waffen und Systeme sind technisch so anspruchsvoll, dass US-Soldaten die ukrainische Armee vermutlich trainieren müssten. Damit würden die USA mit eigenen Truppen in den Konflikt eingreifen.“

Kurz nach Veröffentlichung des Expertenberichts tauchten dann Meldungen auf, auch innerhalb der US-Regierung habe diesbezüglich ein Umdenken eingesetzt: Sowohl US-Außenminister John Kerry und US-Generalstabschef Martin Dempsey als auch die Sicherheitsberaterin von Präsident Barack Obama, Susan Rice, seien nun gewillt, Waffenlieferungen ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

Derart präpariert reiste die US-Delegation nach München und verlieh dieser Forderung lautstark mit gleich mehrere Stimmen Nachdruck. Etwas verklausuliert, aber letztlich doch eindeutig äußerte sich US-Vizepräsident Joseph Biden folgendermaßen: „Lassen sie mich eines klar sagen: Wir glauben nicht an eine militärische Lösung in der Ukraine. Aber lassen sie mich ebenso klar festhalten: Wir glauben nicht, dass Russland das Recht hat, zu tun, was es aktuell tut. Wir glauben, wir sollten einen ehrenvollen Frieden anstreben. Aber wir sind auch der Meinung, dass die ukrainischen Menschen das Recht haben, sich zu verteidigen. [...] Zu oft hat Präsident Putin Frieden versprochen und Panzer, Truppen und Waffen geliefert. Deshalb werden wir der Ukraine weiter Sicherheitsunterstützung gewähren, nicht um einen Krieg zu befeuern, sondern um es der Ukraine zu erlauben, sich selbst zu verteidigen.“

Wie üblich noch weitaus aggressiver traten die beiden US-Senatoren John McCain und Lindsay Graham auf, generell scheint die US-Delegation vor allem mit der Vorgabe entsandt worden zu sein, einige der in dieser Frage eher skeptischen EU-Länder weichzuklopfen, was zu einigen Spannungen führte.

Innerwestliche Dissonanzen

In Deutschland griffen nur wenige die Steilvorlage aus Washington auf – darunter aber immerhin Wolfgang Ischinger, der Leiter der Münchner Münchner Sicherheitskonferenz: „Von Kritikern wird der Sicherheitskonferenz seit jeher vorgeworfen, dass sie eher die militärische Konfrontation schürt, als den Frieden auf der Welt voranzubringen. Diesmal hat Ischinger jedoch im Vorfeld einen Beitrag dazu geleistet, dieses Vorurteil zu stärken. Im ZDF sprach er sich für ‚eine Ankündigung möglicher Waffenlieferungen‘ an die Ukraine aus, um Russland zu mehr Einflussnahme auf die Separatisten zu drängen. ‚Wichtig‘ und ‚angemessen‘ nannte er entsprechende Überlegungen in den USA. ‚Manchmal braucht man Druck, um Frieden zu erzwingen‘.“

Für diese Position scheint es aber – derzeit zumindest – innerhalb der Bundesregierung keinerlei Mehrheit zu geben, sowohl Angela Merkel als auch Frank-Walter Steinmeier erteilten ihr auf der Sicherheitskonferenz eine klare Absage. So fasst die Welt die Antwort der Bundeskanzlerin auf eine Nachfrage folgendermaßen zusammen: „‘Das Problem ist, dass ich mir keine Situation vorstellen kann, in der eine verbesserte Ausrüstung der ukrainischen Armee zu einer Lösung beitragen kann‘, sagt Merkel. Die Vorstellung, die ukrainische Armee allein durch Waffenlieferungen in eine Lage zu versetzen, wo sie es mit dem überlegenen Gegner aufnehmen könne, sei illusorisch. ‚Militärisch ist das nicht zu gewinnen‘, wiederholte Merkel diesmal vehement, ‚das ist die bittere Wahrheit‘.“[3]

Da dies überhaupt nicht das war, was die eigens aus den USA angereisten Hardliner hören wollten, polterte John McCain

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko erhielt auf der Sicherheitskonferenz reichlich Raum, um für sein Anliegen, einen schärferen Kurs gegen Moskau, zu werben. Quelle: Widmann / MS

heftig gegen Merkels Aussagen: „Wenn die Kanzlerin sagt, dass wir den Ukrainern unter keinen Umständen Waffen liefern sollten, damit sie sich verteidigen können und nicht abgeschlachtet werden, dann liegt sie damit schrecklich falsch und ich bin völlig anderer Meinung als sie. [...] Und wenn sich ernsthaft jemand weigert, den Ukrainern die Möglichkeit zur Selbstverteidigung zu geben und dann von mir eine Entschuldigung will, dann antworte ich: Sagt mir, wofür ich mich entschuldigen soll? Sollten sie sich nicht viel mehr bei den Familien der 5000 Ukrainer entschuldigen, die von den Russen abgeschlachtet worden sind? [...] Man könnte meinen, sie hat keine Ahnung oder es ist ihr egal, dass Menschen in der Ukraine abgeschlachtet werden."

Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang ein Artikel der Bild-Zeitung, demzufolge es am Abend des ersten Konferenztages zu einem Treffen der US-Delegation gekommen sein soll, bei dem sich heftig über den angeblichen „Kuschelkurs" der deutschen Regierung beschwert wurde. Zugegen war u.a. die EU-Abteilungsleiterin im US-Außenministerium, Victoria Nuland, die schon mehrfach mit abfälligen Bemerkungen über die Verbündeten („Fuck-the-EU") auf sich aufmerksam gemacht hat. Sie soll sich heftig über „Merkels Moskau-Zeug" beschwert und gefordert haben, den aggressiven Kurs gegenüber den EU-Verbündeten vehement zu vertreten: „Sie fürchten sich vor Schäden für ihre Wirtschaft, Gegensanktionen der Russen [...] Wir können gegen die Europäer kämpfen, rhetorisch gegen sie kämpfen ..."

Angesichts dieser doch nicht ganz gewöhnlichen Schärfe in der Auseinandersetzung, war US-Außenminister John Kerry am Schlusstag der Konferenz sichtlich um Schadensbegrenzung bemüht: „Es gibt hier keine Spaltung, es gibt hier keine Uneinigkeit. [...] Ich möchte nicht, dass jemand auch nur über Spannungen nachdenkt." Und in der Tat, auch wenn man sich womöglich aktuell nicht ganz über die weitere Vorgehensweise einigen kann, so herrscht in der Bewertung, wer denn für die ganze Katastrophe verantwortlich zu machen ist, gänzliche Übereinstimmung.

Unterschiedliche Geschichtsbücher

Nicht von ungefähr verwies der russische Außenminister Sergej Lawrow in München auf die Rede von Präsident Wladimir Putin, die dieser an selbiger Stelle bereits acht Jahre zuvor gehalten hatte. Für viele seinerzeit überraschend ging er darin scharf mit der westlichen Expansionspolitik ins Gericht und warnte vor einem drohenden Neuen Kalten Krieg, sollte hier kein Kurswechsel erfolgen: „[Damals] platzte die Abrechnung des russischen Staatsoberhaupts mit dem Weltherrschaftsanspruch der USA wie eine Bombe ins Auditorium."[4] Seit diesem Zeitpunkt ist aus russischer Sicht nichts geschehen, um die damals geäußerten Bedenken abzumildern, im Gegenteil. Ein ums andere Mal verwies Putin auf die lange Liste von Problemen, so etwa in seiner Rede zur Aufnahme der Krim am 18. März 2014: „Wir schlagen ständig Kooperation in Schlüsselfragen vor, wir wollen gegenseitiges Vertrauen fördern, wir wünschen, dass unsere Beziehungen auf Augenhöhe stattfinden, dass sie offen und ehrlich seien. Aber wir sehen keinerlei Entgegenkommen. Im Gegenteil, wir wurden Mal ums Mal betrogen, es wurden Entscheidungen hinter unserem Rücken getroffen, man stellt uns vor vollendete Tatsachen. So war es mit der Osterweiterung, mit der Installation von militärischer Infrastruktur an unseren Grenzen. So war es mit der Entfaltung der Systeme der Raketenabwehr. [...] Man versucht ständig, uns in irgendeine Ecke zu drängen. [...] Im Falle der Ukraine haben unsere westlichen Partner eine Grenze überschritten, handelten grob, verantwortungslos und unprofessionell."[5]

Im Wesentlichen wiederholte Lawrow in München diese Kritik, indem er vor allem auf zwei Aspekte abhob: Einmal, dass der Westen auf Expansion setze und nicht bereit sei, Russland an einer tragfähigen Sicherheitsarchitektur zu beteiligen: „Die Welt befindet sich hier an einem Wendepunkt. [...] Es stellt sich die Frage, ob Sie (der Westen) eine Sicherheitsarchitektur mit, ohne oder gegen Russland errichten wollen." Und zum anderen betonte er erneut die russische Sichtweise, was in der Ukraine stattgefunden habe sei ein „Staatsstreich" gewesen,

„Amerikas Krawall-Diplomatin“ (Spiegel Online), Victoria Nuland, zählt aktuell zu den schärfsten Ukraine-Hardlinern in der US-Regierung. Foto: US-Außenministerium

für den der Westen maßgeblich mitverantwortlich sei: „Zu jedem Zeitpunkt haben die Amerikaner, und unter ihrem Druck auch die EU, Schritte unternommen, um den Konflikt zu eskalieren.“[6]

Nun mag man nicht mit jeder einzelnen der russischen Einschätzungen übereinstimmen und noch weniger muss man die harten Bandagen begrüßen, mit denen Moskau in der Ukraine agiert. Dass aber die Wahrnehmung, der Westen habe die russische Schwäche genutzt, um seine Einflusssphäre aggressiv auf Kosten Moskaus auszudehnen, alles andere als an den Haaren herbeigezogen ist, wurde an vielen Stellen ausführlich erörtert. Exemplarisch sei diesbezüglich John J. Mearsheimer zitiert, einer der bekanntesten US-Politikwissenschaftler, der gänzlich unverdächtig ist, der Friedensbewegung oder Russland allzu nahe zu stehen: „Im Westen gilt es als gesicherte Erkenntnis, dass an der Ukraine-Krise maßgeblich die aggressive Haltung der Russen schuld ist. [...] Doch diese Darstellung ist falsch: Die Hauptschuld an der Krise tragen die USA und ihre europäischen Verbündeten. An der Wurzel des Konflikts liegt die NATO-Osterweiterung, Kernpunkt einer umfassenden Strategie, die Ukraine aus der russischen Einflusssphäre zu holen und in den Westen einzubinden. Dazu kamen die EU-Osterweiterung und die Unterstützung der Demokratiebewegung in der Ukraine durch den Westen, beginnend mit der Orangenen Revolution 2004. Seit Mitte der 1990er Jahre lehnen russische Staatschefs eine NATO-Osterweiterung entschieden ab, und in den vergangenen Jahren haben sie unmissverständlich klargemacht, dass sie einer Umwandlung ihres strategisch wichtigen Nachbarn in eine Bastion des Westens nicht untätig zusehen würden. Das Fass zum Überlaufen brachte der unrechtmäßige Sturz des demokratisch gewählten pro-russischen Präsidenten der Ukraine; Putin sprach zu Recht von einem ‚Staatsstreich‘.“[7]

Mehrheitlich wird dies aber im Westen natürlich gänzlich anders bewertet – und zwar nicht nur in den USA. So steht es für Merkel etwa außer Frage, wer die alleinige Verantwortung für die Eskalation zu übernehmen hat: „Meine Damen und Herren, seit mehr als einem Jahr erleben wir nun in der Ukraine-Krise, dass die Grundlagen der europäischen Friedensordnung keineswegs selbstverständlich sind. Denn Russlands Vorgehen – erst auf der Krim, dann in der Ostukraine – hat diese Grundlagen unseres Zusammenlebens in Europa verletzt. Die territoriale Integrität der Ukraine wird ebenso missachtet wie ihre staatliche Souveränität. Das Völkerrecht wird gebrochen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Beschlüsse des NATO-Gipfels in Wales im letzten Jahr zu sehen, mit denen die NATO den Grundstein für eine erhöhte Einsatzbereitschaft der Reaktionskräfte des Bündnisses gelegt hat. Wir rücken damit die kollektive Verteidigung wieder in den Fokus der Allianz, auch mit Blick auf die potentiellen Bedrohungen der sogenannten hybriden Kriegsführung.“

Ganz direkt griff Außenminister Frank-Walter Steinmeier seinen russischen Amtskollegen an: „Es ist auch Moskaus Aufgabe, gemeinsame Interessen zu definieren [...] Dazu haben wir wenig, zu wenig gesehen bisher. Und die Rede des Kollegen Lawrow, die Sie gestern gehört haben, hat dazu auch nichts beigetragen.“ Auch Steinmeier bemüht das abgeschmackte Klischee von der westlichen Wertegemeinschaft, die sich einem Russland ausgesetzt sehe, das im Denken um geopolitische Einflusssphären verhaftet sei: „Im Ukraine-Konflikt [...] standen von Beginn an zwei kritische Elemente internationaler Ordnung auf dem Spiel. Zum einen die Konfrontation der mühevoll errungenen europäischen Friedensordnung, die auf Völkerrecht und souveräner Selbstbestimmung fußt, zum anderen die machtpolitische Logik von geopolitischen Einflusssphären, die bereit ist, sich über diese Regeln gewaltsam hinwegzusetzen. Auf diesen gefährlichen Kurs der Annexion der Krim und des von Russland militärisch unterfütterten Konflikts in der Ostukraine haben wir in EU und NATO entschlossen und geschlossen reagiert.“

Größer könnte die Kluft in den jeweiligen (Selbst-)Wahrnehmungen also kaum sein, wie u.a. die Deutsche Welle hervorhob: „Mit voller Wucht prallten in München die Ansichten Russlands und des Westens aufeinander. Dabei ging es nicht nur um die Ukraine-Krise. Das gegenseitige Misstrauen sitzt viel tiefer. Russlands Außenminister steht allein. [...] Von der NATO-Osterweiterung bis hin zu Meinungsverschiedenheiten bei internationalen Abrüstungsabkommen - alles ein einziger Affront gegen Russland, so Lawrows Lesart. Moderator Ischinger wirkt konsterniert: ‚Wir scheinen ein anderes Geschichtsbuch aufzuschlagen als die Russen‘, kommentiert der erfahrene Diplomat und stellt eine ‚große Kluft in den Narrativen‘ fest, also in jenen Erzählungen, aus denen eine Gesellschaft ihre Identität schöpft.“

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Eiszeit als Dauerzustand

Sicher ist es zu begrüßen, dass die Bundesregierung aktuell zumindest den Forderungen nach der Lieferung von Offensivwaffen ablehnend gegenübersteht und sich erfolgreich für den Abschluss eines Waffenstillstandsabkommens (Minsk-II) einsetzte. Ganz grundsätzlich scheint die deutsche Haltung – sicher auch mit Blick auf die Exporte nach Russland – aktuell deutlich moderater zu sein als die der USA. Dies schlägt sich in besagten Streitereien nieder, die Anfang März 2015 dann ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten, als das Kanzleramt dem US-General Breedlove faktisch vorwarf, er betreibe Kriegshetze. So hieß es etwa bei Spiegel Online: „Äußerungen des Nato-Oberbefehlshabers in Europa zum Ukraine-Konflikt stoßen bei mehreren Alliierten, darunter Deutschland, auf Kritik. General Philip Breedlove wird nach SPIEGEL-Informationen aus den Hauptstädten vorgeworfen, die militärische Rolle Russlands in der Ostukraine seit Ausbruch der Krise übertrieben dargestellt zu haben. Im Kanzleramt ist sogar von ‚gefährlicher Propaganda' die Rede. Außenminister Frank-Walter Steinmeier intervenierte deswegen persönlich bei Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg."

Andererseits sollten diese Reibereien auch nicht überbewertet werden, einig ist man sich schließlich darin, dass Russland nach der westlichen Pfeife zu tanzen hat. Washington will hierzu vorzugsweise mit den Säbeln rasseln, Berlin präferiert zunächst sanftere Töne. Sollte dies aber nicht von „Erfolg" gekrönt sein, droht, dass die Bundesregierung ebenfalls erneut in den Eskalationskurs einschwenkt. Anders jedenfalls lassen sich jedenfalls die „Leitgedanken zur Russlandpolitik" von Karsten Voigt, der bis 2010 als Amerika-Koordinator der Bundesregierung fungierte, kaum deuten, die er Ende März 2015 zu Papier brachte: „Putins Russland will international nicht als das Land anerkannt werden, das es heute ist, sondern als das, was es einmal war: als Imperium. Das Streben nach Erhalt und Wiedergewinnung von Einflusszonen wird von den meisten Nachbarn als russischer Revisionismus wahrgenommen. [...] Wenn sich die russische Führung und die Separatisten nicht an die Vereinbarungen von Minsk halten, werden die USA und einige europäische NATO-Staaten mit einer militärischen Unterstützung der Ukraine beginnen. Die deutsche Politik kann in Abwägung aller Risiken gegen eine militärische Unterstützung der Ukraine sein. Man sollte aber nicht bestreiten, dass das Streben der Ukraine nach einer Verbesserung seiner Verteidigungsfähigkeit völlig legitim ist. Der Streit um taktische Mittel sollte die gemeinsame Strategie gegenüber Russland nicht gefährden. Deutschland sollte auch künftig keine Politik gegenüber Moskau betreiben, bei der die Interessen seiner östlichen und westlichen Nachbarn übergangen würden."

Weiter dominiert auch in Deutschland die Sichtweise, Russland komme die Alleinschuld für die Eskalation zu - und genau hier liegt auch das Kernproblem: Solange im Westen keinerlei Bereitschaft an den Tag gelegt wird, sich an die eigene Nase zu fassen und zu überlegen, wie und in welcher Weise die eigene Expansionspolitik wesentlich die aktuelle Krise mit verursacht hat, erscheinen die Chancen für eine dauerhafte Entspannung der Lage eher gering. Doch genau hierzu existiert mehrheitlich weder in den USA noch in der EU die Bereitschaft. So bleibt ungeachtet aller transatlantischen Differenzen im Detail der Eindruck, dass die Rahmenbedingungen für eine dauerhafte Verhärtung der Fronten gegeben sind und dies die eigentlich Besorgnis erregende Botschaft ist, die von der Münchner Sicherheitskonferenz und den Entwicklungen danach ausgeht. So bilanziert der Militärexperte Thomas Wiegold die Tagung folgendermaßen: „Meine sehr subjektive Wahrnehmung (mit der ich offensichtlich bei Weitem nicht alleine stehe) nach drei Tagen Sicherheitskonferenz: Die Konfrontation West gegen Ost (oder umgekehrt) ist nicht nur wieder da, sie wird so bald nicht verschwinden. Und die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den USA und einem Teil ihrer europäischen Verbündeten auftraten, wenn es zum Beispiel um Waffenlieferungen an die Ukraine geht, sind ein Streit um den richtigen Weg – aber noch keine grundlegende Spaltung des Westens."

Anmerkungen

1 Ivo Daalder, Michele Flournoy, John Herbst, Jan Lodal, Steven Pifer, James Stavridis, Strobe Talbott and Charles Wald: "Preserving Ukraine's Independence, Resisting Russian Aggression: What the United States and NATO Must Do", The Brookings Institution, The Atlantic Council, and The Chicago Council on Global Affairs, February 2015.

2 So betont etwa Otfried Nassauer im Deutschlandfunk: „Sie [die ukrainischen Regierungstruppen] haben ja auch schon unter den nicht-lethalen, nicht-tödlichen Systemen für die Ortung von Mörsern ähnliches Equipment gekriegt. Sie können Mörser heute orten, während sie weiter entfernte Raketenwerfer, 30, 40 Kilometer entfernte Raketenwerfer, nicht orten können, und das sollen sie zukünftig auch können."

3 Genauso deutlich wendete sich Außenminister Steinmeier gegen solche Waffenlieferungen: „Deshalb ist es richtig, über die verschiedensten Handlungsoptionen nachzudenken und sie sorgfältig abzuwägen. Manche halten Waffenlieferungen an die Ukraine – eine Art gezielter Gegeneskalation – für einen gangbaren, ja sogar notwendigen Weg. Ich halte das nicht nur für hochriskant, sondern für kontraproduktiv."

4 Willi Gerns: Putinsche Russland, in: Marxistische Blätter, Nr. 1/2015, S. 67-78, S. 74.

5 Ebd., S. 75.

6 Detailliert beschrieb Lawrow seine Sicht auf die Vorgänge in der Ukraine folgendermaßen: "According to what you've said, the events in Kiev were simply the implementation of the agreement signed by president Yanukoviech as elections were held there. First, the next day after signing the agreement, regardless of Yanukovich's location (and he was in Ukraine), his residence, as well as the presidential administration and the government buildings, were attacked; not to mention buildings burnt and people killed on Maidan previously. The trampled down agreement, witnessed by foreign ministers of Germany, France and Poland (by the way, present here is Radoslaw Sikorski, who can probably tell a story of his own), in its first article implied the creation of a government of national unity. These are key words. The aim of the national unity cannot depend on the fate of Viktor Yanukovich alone. So, if he fled, does this mean that power could be seized through an armed coup and that national unity could be disregarded? You wouldn't agree with this, and you would be right, because it's inadmissible. So, this all took place instead, establishing a government of national unity, which by September ought to have developed a new constitution to be used as the basis for the national election. This is how the events should have unfolded. But the starting point is national unity; this is what the Constitution should be based upon with consideration of all opinions across the country. Instead, when the agreement I mentioned was already buried, Arseny Yatsenyuk spoke at Maidan announcing the establishment of the 'government of victors.' Then, force was used against the regions of Ukraine that staged protests and refused to accept the results of the coup. The leaders who spoke against the coup were arrested. Who attacked whom? Did Donetsk and Lugansk start the assault on Kiev? Not at all. Just the opposite, military units were sent to the southeast of Ukraine to take control of power by force."

7 J.J. Mearsheimer: Putin reagiert. Warum der Westen an der Ukraine-Krise schuld ist, Internationale Politik und Gesellschaft, 1.9.2014.

NATO: Aufrüstung gegen Russland - Deutschland führt Speerspitze der NATO

von Tobias Pflüger

Tschechien wird vom 22. Juni bis 3. Juli 2015 mit mehr als 400 Soldaten gemeinsam mit den USA, Ungarn, Litauen und der Slowakei ein gemeinsames NATO-Manöver in Boletice durchführen, geübt werden sollen erstmals gemeinsame Abschüsse von Boden-Luft-Raketen mit kurzer Reichweite. Nach Angaben der „FAZ“ hat die tschechische Regierung mitgeteilt, dass es eine Bedrohung „durch die Eskalation der Spannung zwischen Russland und der Ukraine“ gäbe. „Bei der Militärübung soll ein Luftangriff auf ein europäisches Nato-Mitglied simuliert werden.“

Zeitgleich hat am 20. März 2015 das Parlament in Sofia der Errichtung eines Nato-Kommandozentrums in Bulgarien zugestimmt. Dieses Kommandozentrum ist Teil der beim NATO-Gipfel 2014 in Wales beschlossenen neuen permanenten NATO-Militärinfrastruktur in sechs östlichen NATO-Staaten (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien und Bulgarien) für die neue schnelle Eingreiftruppe der NATO. Beschlossen wurde ein so genannter „Readiness Action Plan“. „Deutschland wird sich auch mit circa 25 Soldaten an sogenannten logistischen Stützpunkten beteiligen. Sie sollen in sechs osteuropäischen Ländern eine mögliche Ankunft der Speerspitze vorbereiten – und das bereits in diesem Jahr“, so die Mitteilung der Bundeswehr.

Diese „Speerspitze“ der NATO wird unter Führung Deutschlands derzeit aufgebaut. Generell spielt die Bundesregierung innerhalb der NATO derzeit eine zentrale Rolle, wie etwa die Regierungsberater der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) betonen: „Auf dem Gipfel in Wales im September 2014 haben die Nato-Staaten als Reaktion auf die Ukraine-Krise die tiefgreifendste militärische Anpassung der Allianz seit dem Ende des Kalten Krieges beschlossen. Ziel ist eine umfangreiche Stärkung und Anpassung der Verteidigungsfähigkeiten. [...] Deutschland ist das Rückgrat für die militärische Neuaufstellung der Allianz.“

Was konkret die Speerspitze anbelangt, teilte die Bundeswehr teilt dazu auf ihrer Homepage stolz mit: „Auf dem Treffen der NATO-Verteidigungsminister am 5. Februar in Brüssel wird die Rolle der Bundeswehr im Militärbündnis künftig gestärkt. Deutschland wird sich führend am Aufbau der sogenannten NATO-Speerspitze beteiligen, zum Schutz der NATO-Ostflanke.“ Insgesamt soll die bisherige NATO-Eingreiftruppe auf 30.000 Soldaten erhöht werden, davon soll ein Teil (5000 Soldaten) als Elitetruppe schon ab 2016 innerhalb von Tagen eingesetzt werden können.

Die Bundeswehr beteiligt sich mit 2.700 Soldaten an der Speerspitze der NATO (also der Hälfte der Elitetruppe). Mit dabei sind sicher das Panzergrenadierbataillon 371 aus Marienberg in Sachsen und das Deutsch-Niederländische Korps aus Münster sowie weiteren ca. 1000 Soldaten, die auch aus der Luftwaffe oder der Marine kommen können. Ursula von der Leyen (CDU) sieht in der neuen schnellen NATO-Eingreiftruppe „ein Zeichen der Geschlossenheit und der Entschlossenheit“ der NATO, die dadurch „flexibler, schneller und reaktionskräftiger“ werde.

Welche Dimension diese Speerspitze der NATO haben soll macht der Der Nato-Oberkommandierende Philip Breedlove deutlich: „Die Arbeit, die wir hier gegenwärtig leisten, ist die größte Herausforderung seit dem Kalten Krieg“, „ich habe viele Jahre an der Seite europäischer Alliierter gedient und nie eine größere Entschlossenheit gesehen.“

Manöver gegen Russland

Zu den dauerhaften Stationierungen der NATO kommen derzeit ziemlich viele Manöver der NATO in der Nähe von Russland. Auch hier ist die Rolle der Bundeswehr auffallend: Derzeit sind „nur“ ca. 2.500 Soldaten der Bundeswehr im Auslandseinsatz. Doch, der Inspekteur des Heeres General Bruno Kasdorf schätzt, so die Frankfurter Rundschau, „mehr als 5200 deutsche Soldaten werden im Lauf dieses Jahres ihren Dienst in einem der neuen osteuropäischen Nato-Staaten tun.“

Ein Beispiel für ein solches Manöver ist „Depex“ im Juni, dabei sollen tausende NATO-Soldaten aus Deutschland und anderen Staaten mit „Gerät und Gefechtsstand“ innerhalb von Tagen nach Zagan in Polen gebracht werden und sich dort für ein Manöver aufbauen.

Der Blog „Augengeradeaus“ hat eine Zusammenstellung verschiedener Manöver und Übungen der NATO mit Bundeswehr-Beteiligung in Osteuropa gemacht:

- Summer Shield (Livex) in Lettland, 21. bis 31. März, 950 Teilnehmer, davon etwa 50 Deutsche
- Persistent Presence 15 (ganzjährige Manöverserie in Polen und im Baltikum, deutsche Beteiligung (das sind die bis zu drei Monate dauernden Übungen): 16. April bis 15. Juli, Litauen, 1 Kompanie Jägerbataillon 292, 15. August bis 15. November, Lettland, 1 Panzergrenadierkompanie, 1. Oktober bis 16. Dezember, Polen, 1 Panzergrenadierkompanie
- 2015 VJTF Functions Testing: div. Kommandostäbe, 7. bis 10. April, Alarmierungsübung für die NATO-Speerspitze, die Interims-Very High Readiness Joint Task Force). Mit dabei Shape, Joint Forces Command Naples, das Deutsch-Niederländische Korps in Münster sowie Einheiten aus Tschechien, Deutschland, den Niederlanden und Norwegen.
- Falcon Viking: Munster, Mai, Verlegeübung für die Interims-VJTF, u.a. mit dem deutschen Gefechtsverband NATO Response Force, im Kern dem Panzergrenadierbataillon 371 aus Marienberg
- Noble Jump: 9. bis 21. Juni: Verlegeübung (DepEx) von Teilen der Interims-VJTF nach Polen (deutscher Anteil ca. 350 Soldaten)
- SIIL 15 – Steadfast Javelin: 6. bis 12. Mai, Estland, deutsche Beteiligung ca. 80 Soldaten
- Saber Strike 2015: Polen, Estland, Lettland, Litauen, 8. bis 20. Juni
- Iron Wolf: 8. bis 20. Juni, Litauen, deutsche Beteiligung ca. 400 Soldaten
- Baltops 2015: Ostsee, 6. bis 23. Juni 2015: US-organisiertes Seemanöver, deutsche Beteiligung ca. 500 Soldaten
- Swift Response: 18. August bis 15. September in Deutschland, Italien und Bulgarien,
- Silver Arrow: Lettland, 21. bis 30. September, deutsche Beteiligung ca. 250 Soldaten

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

NATO-Übung Noble Jump im April 2015, an der auch 900 deutsche Soldaten teilnahmen. Foto: NATO-USAF

- Trident Juncture 2015: Italien, Portugal, Spanien, 28. September bis 16. Oktober (CPX), 21. Oktober bis 6. November 2015 (Live Exercise), die große Übung des Jahres für die NATO Response Force (NRF) mit mehr als 25.000 Soldaten (darunter der deutsche Anteil an der NRF 2016, Teile des Gebirgsjägerbataillons 233 (laut Bundeswehr-Angaben))
- Iron Sword 15: Litauen, November, deutsche Beteiligung ca. 150 Soldaten
- Compact Eagle: Polen, 21. bis 27. November 2015: Command Post Exercise/Computer Assisted Exercise (CPX/CAX) unter Führung des Multinationalen Korps Nordost in Stettin. Deutsche Beteiligung aus der Panzergrenadierbrigade 41, mit der 16. polnischen mechanisierten Brigade und der 7. tschechischen mechanisierten Brigade, außerdem Beteiligung von Litauen und Lettland

All diese NATO-Manöver dienen nicht dem Frieden. Und dies scheinen auch große Teile der deutschen Bevölkerung so zu sehen. Einer Umfrage von Infratest Dimap zufolge lehnten im Februar 2015 75% der Befragten eine stärkere NATO-Präsenz in Osteuropa ab, lediglich 21% sprachen sich dafür aus.

Kriegsszenarien

Ein Artikel des Nachrichtenportals German-Foreign-Policy.com (GfP) vermittelt einen ersten Eindruck, welche Szenarien bei besagten Manövern im Zentrum stehen. So habe das Marienberger Panzergrenadierbataillon 371 Ende Mai 2014 an der Übung „Reliable Sword“ teilgenommen: „Dieser lag nach Angaben des Verteidigungsministeriums der Niederlande folgendes Szenario zugrunde: ‚Bewaffnete Aufständische gefährden die Stabilität eines fiktiven Landes. Um den inneren Frieden wieder herzustellen, hat die Regierung die internationale Gemeinschaft um Hilfe gebeten.‘ Das Drehbuch beinhaltete in erster Linie klassische Luftlandeoperationen, die das Ziel verfolgten, den Widerstand der Insurgenten gewaltsam zu brechen. Ähnliches spielte sich im September 2014 im norwegischen Elverum ab, wo Teile des Panzergrenadierbataillons 371 in das Manöver ‚Noble Ledger‘ involviert waren. Auch hier ging es um die militärische Bekämpfung von Separatisten, die für die ‚illegale Unabhängigkeitserklärung‘ einer Provinz eines fiktiven Staates verantwortlich gemacht wurden. Die deutlichen Parallelen zur Situation in der Ukraine waren dabei offensichtlich beabsichtigt; wie die Bundeswehr erklärte, habe das Szenario ‚im aktuellen politischen Umfeld sehr real‘ gewirkt.“

Auch die NATO-Stabsrahmenübung „Trident Joust“, die Mitte Oktober 2014 stattfand, spricht Bände: „Nach einem aus Norden vorgetragenen Angriff des Landes Bothnien auf die zu Estland gehörende Insel Hiiumaa geht es darum, die feindlichen Kräfte zurückzuwerfen. Eine französische und eine amerikanische Brigade führen Offensivaktionen gegen die zurückweichenden, nur noch hinhaltend kämpfenden gegnerischen Truppen durch; die Nato verfügt über die Luft- und die Seeherrschaft. [...] Kern der übungshalber zugunsten Estlands eingesetzten Task-Force bildete die Nato Response Force (NRF). [...] Die Mischung von echten und fiktiven Länderbezeichnungen und Staatsgrenzen verlangte zwar einiges Abstraktionsvermögen, die Bewaffnung des Angreifers, beispielsweise mit ballistischen Boden-Boden-Raketen vom Typ Scud-D, liess aber keine Zweifel darüber aufkommen, dass mit Bothnien Russland gemeint war. Kurz vor Übungsabbruch verhinderte die Nato, dass Bothnien ein Fait accompli schaffen konnte. Vor diesem Hintergrund wurde ausserhalb des Übungsgeschehens denn auch immer wieder auf die strategische Zäsur hingewiesen, welche die Annexion der Krim durch Präsident Putin geschaffen hat.“

Wie mit dieser NATO-Aufrüstung umgehen?

Wir müssen deutlich machen, dass diese aufgeführten NATO-Maßnahmen Aufrüstung sind und in Richtung heißer Krieg gegen Russland gehen. Sämtliche Stationierungen und Manöver der NATO an der Grenze zu Russland müssen gestoppt werden, die NATO-Eingreiftruppe muss statt ausgebaut, aufgelöst werden. Die NATO ist ein Kriegsführungs- und Kriegsvorbereitungsbündnis. Zum Jahrestag des völkerrechtswidrigen NATO-Angriffs auf Jugoslawien (20. März 1999) mit deutscher Beteiligung müssen wir die Forderung nach Auflösung der NATO und dem Austritt aus den militärischen Strukturen der NATO verstärkt formulieren. Ich würde mir auch wünschen, dass das ergänzt wird durch die Forderung nach einer Kündigung der NATO-Mitgliedschaft Deutschlands. Sämtliche Kriegsinfrastruktur in Deutschland – ob von der Bundeswehr oder von US- oder britischen Truppen – muss Stück für Stück abgerüstet werden. Aktionen vor dieser Kriegs- und Kriegsvorbereitungs-Infrastruktur der NATO sind zu begrüßen.

Ukraine: Eskalation vs. Deeskalation

von Mirko Petersen

Nach offiziellen Angaben forderte der Krieg in der Ukraine bereits 6.000 Todesopfer, mehr als eine Million Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht und 600.000 Menschen haben die Ukraine verlassen.[1] Darüber hinaus ist nicht zu vergessen, dass diese Auseinandersetzung „zu einem beispiellosen Anstieg von Chauvinismus und Xenophobie in der ukrainischen und russischen Gesellschaft geführt“[2] hat, wie die Teilnehmer eines Anti-Kriegs-Kongresses in Minsk bereits im Juni 2014 beklagten. „Die im April 2014 eingeleitete ‚Anti-Terror-Operation' gegen die Rebellion im Osten des Landes ist zu einem Krieg ohne klare Fronten und Regeln eskaliert“, konstatiert der Politikwissenschaftler Klaus Müller. „Auf beiden Seiten kämpfen lokale Gruppierungen, nationalistische Weltanschauungskrieger, Privatarmeen von Unternehmern, mafiöse Banden - und ausländische Söldner.“[3] Angesichts dieser unübersichtlichen Situation und der oben genannten alarmierenden Zahlen stellt sich die Frage, wie sich die Situation in der Ukraine weiterentwickelt. In diesem Artikel soll aufgezeigt werden, dass es verschiedenartige, sich gegenüberstehende Tendenzen gibt – einige verweisen auf eine weitere Eskalation, andere auf eine Deeskalation des Konfliktes. Diese Tendenzen lassen sich v.a. in vier miteinander verwobenen Themenbereichen beobachten, die in diesem Artikel diskutiert werden sollen:

1. Die Auseinandersetzung zwischen der Regierung in Kiew und den SeparatistInnen;
2. Der westlich-russische Konflikt;
3. Die geopolitische und außenwirtschaftliche Ausrichtung der Ukraine;
4. Das politische und soziale Modell der Ukraine.

1. Die innerukrainische Auseinandersetzung: Krieg vs. Diplomatie

Zunächst soll auf die Entwicklungen in der unmittelbaren kriegerischen Auseinandersetzung in der Ukraine eingegangen werden. Hier stellt das Abkommen „Minsk II“, das nach langen Verhandlungen am 16. Februar 2015 von Angela Merkel, Francois Hollande, Wladimir Putin und Petro Poroschenko präsentiert wurde, einen Hoffnungsschimmer dar. Es beinhaltet einen Waffenstillstand, die Aufforderung zum Abzug aller ausländischen Truppen und Waffen sowie Pläne zur Erhaltung der territorialen Integrität der Ukraine (wobei das Thema Krim ausgeklammert wurde). Der UNO-Sicherheitsrat bestätigte Minsk II mit der Resolution 2202, was andeutet, dass die Großmächte für den Moment die militärisch geschaffenen Fakten akzeptieren. Natürlich bewegen sich die Worte des Minsker Abkommens nicht sehr nah an der Realität, denn die Kämpfe halten an und das außer-ukrainische Eingreifen bleibt bestehen. Doch trotzdem ist dieses Abkommen und die UN-Resolution wichtige Zeichen der Deeskalation und immerhin lässt sich vermerken, dass Minsk II besser eingehalten wird als sein Vorgängerabkommen Minsk I.

Negativ stimmt, dass beide Kriegsparteien ihre selbst ausgegeben Ziele nicht aufgeben wollen. Auf der einen Seite will Kiew wieder die vollkommende Kontrolle über die Ostukraine erlangen, was jedoch eher gegenteilige Effekte hat: je härter die sog. Anti-Terror-Operation, desto geringer die die Möglichkeit eines zukünftigen Zusammenlebens in ein und demselben Staat. Auf der anderen Seite sehen sich die Aufständischen durch militärische Erfolge ermutigt und streben die Vergrößerung des von ihnen kontrollierten Territoriums an. Wenn die Vertragsparteien von Minsk II dieses Abkommen ernst nehmen, müsste es gelten, klare Zeichen an die radikalsten KämpferInnen auf beiden Seiten zu senden – d.h. Moskau müsste auf die Aufständischen einwirken und versuchen, sie von weiteren Gebietseroberungen abzuhalten und die Regierung in Kiew müsste dringend gegen die rechtsradikalen Freiwilligenbataillone in seinen Reihen vorgehen, die jegliche Art von Abkommen ablehnen und torpedieren.[4] Die kürzlich erfolgte Absetzung des Gouverneurs der Oblast Dnjepropetrowsk, Igor Kolomojskij (auf die am Ende dieses Artikels noch einmal eingegangen wird), der innerhalb des Regierungslagers zu den vehementesten Befürwortern einer militärischen Rückeroberung der Ostukraine zählt, könnte ein Zeichen in diese Richtung sein.[5] Ob dies allerdings der Fall ist, kann zu diesem Zeitpunkt noch nicht mit Sicherheit gesagt werden.

2. Der westlich-russische Konflikt: Neuer Kalter Krieg vs. Neues Vertrauen

Wie bereits angedeutet, kommt den außenstehenden Akteuren im Ukraine-Konflikt eine besondere Bedeutung zu. Das Land ist zum Spielball der Interessen in der häufig als „Neuer Kalten Krieg“ bezeichneten Auseinandersetzung zwischen dem Westen und Russland geworden. Nach dem Ende des Kalten Krieges nutzten die NATO und die EU die Schwäche Russlands auf verschiede Weisen aus, um ihren Einfluss in Osteuropa und dem postsowjetischen Raum zu erweitern. Hier seien v.a. die NATO-Osterweiterung sowie die Europäische Nachbarschaftspolitik genannt. Besonders seit dem Georgien-Krieg im Jahr 2008 reagiert Russland in zunehmend brutaler Art und Weise auf das westliche Vordringen, was nun in der Ukraine seinen vorläufigen Höhepunkt erreicht hat. Wie Klaus Müller betont, hat Russland „seine Entscheidung zur Annexion der Krim nicht angesichts des Regierungssturzes in Kiew getroffen, sondern aus dessen Einordnung in eine längere Konfliktgeschichte“[6].

Dies soll keineswegs eine strukturdeterministische Argumentationsweise sein, in dem auf westliches Agieren ganz automatisch eine bestimmte russische Reaktion folgt bzw. folgen muss. Dies würde, wie der Politikwissenschaftler Sebastian Mayer richtigerweise kritisiert, innenpolitische Vorgänge und ideologische Konstruktionen in der internationalen Politik ignorieren.[7] Doch bei der kurzen Erklärung des russischen Entwicklungspfades folgt Mayer ebenfalls einer deterministischen Annahme, nämlich der, dass Russland bereits seit der Wahl Putins zum Präsidenten im Jahr 2000 auf einen Konfrontationskurs mit dem Westen zusteuerte. Seit damals sei eine anti-westliche Feindbildkonstruktion vorangetrieben worden, die sich sukzessive gesteigert hätte.[8] Doch so eindeutig in eine Richtung lief dieser Prozess nicht. Diese Argumentation

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Ukrainische Armee bei Slawansk. Foto: Sasha Maksymenko/Flickr

ignoriert, dass die ersten Regierungsjahre Putins von Annäherungen mit den USA[9] und einigen europäischen Staaten[10] geprägt waren. Erst der Irak-Krieg und v.a. die „bunten Revolutionen" im postsowjetischen Raum, die zweite Runde der NATO-Osterweiterung (bei der mit den baltischen Staaten ehemalige sowjetische Republiken aufgenommen wurden) sowie die Erwägungen auch Georgien und die Ukraine in die NATO aufzunehmen, ließen die anti-westliche Haltung der Regierung erstarken und dessen Ideologie zunehmend anti-westlicher werden. Es ist das Zusammenwirken von äußeren und inneren Faktoren, welches im Fokus der Analyse Russlands und dessen Beziehungen zum Westen stehen muss.

Die Interventionen des Kremls in der Ukraine sollen durch die Feststellung, dass sie eine Reaktion auf das westliche Vorgehen nach dem Ende der Blockkonfrontation ist, in keiner Weise legitimiert werden. Es ist nur ein Hinweis darauf, dass solange die westliche Politik gegenüber Russland nicht umgestellt wird, dies als Stärkung und nicht als Schwächung der nationalistisch-autoritären HardlinerInnen in Russland, die sich u.a. auch für verstärktes Eingreifen in der Ukraine aussprechen, begriffen werden muss. Der Russland-Experte Kai Ehlers hebt in Bezug auf die westliche Russland-Politik hervor, dass „Wladimir Putin, das attackierte Objekt des Informations- und Sanktionskrieges, [...] in dem Maße mehr Zustimmung [erfährt], wie der Druck auf das Land von außen erhöht wird. [...] Anstelle eines russischen Maidan, entwickelt sich ein landesweiter russischer ‚Anti-Maidan'."[11]

Mit Blick auf die Ukraine, aber auch darüber hinaus wäre es nun wichtig, der westlich-russischen Eskalationsspirale zu entkommen. Falls dies nicht geschieht, ist weder eine schnelle Lösung des Ukraine-Konflikts in Sicht noch kann garantiert werden, dass keine weitere kriegerische Auseinandersetzungen im postsowjetischen Raum folgen. Ein neues Vertrauen für zukünftige Zusammenarbeit im Interesse aller Beteiligten sollte den gegenseitigen Schlagabtausch ersetzen – „der Fokus muss von Prinzipien und Strafen zu Realismus und Kompromissen wechseln"[12], wie der Journalist Ben Aris es formuliert.

3. Geopolitik und Außenwirtschaft: Unsichere Peripherie vs. Unabhängigkeit und Neutralität

Über ein Entgegenkommen der mächtigen äußeren Kräfte im jetzigen Konflikt hinaus, muss sichergestellt werden, dass die Ukraine sich möglichst unabhängig und abseits von geopolitischen Konflikten entwickeln kann. Die beste Voraussetzung dafür wäre eine geopolitische Neutralität und eine ökonomische Doppelorientierung.

In Bezug auf die geopolitische Orientierung muss konstatiert werden, dass ein funktionierender ukrainischer Staat nicht über eine einseitige Westbindung hergestellt werden kann, denn eine Annäherung zwischen den Regionen ist nur im Falle einer außenpolitisch neutralen Stellung möglich. Dies würde auch der gespaltenen Meinung der Bevölkerung Rechnung tragen.[13] In erster Linie sollte auf eine NATO-Mitgliedschaft verzichtet werden, um die Möglichkeit von friedlichen Beziehungen mit Russland nicht vollkommen auszuschließen. Dies muss keine außenpolitische Isolierung bedeuten, sondern könnte das Land zu einem wichtigen Vermittler im postsowjetischen Raum machen.

Neben der sicherheitspolitischen Westbindung haben sich Präsident Poroschenko und die Regierung unter Premierminister Arsenij Jazenjuk der ökonomischen Annäherung an die EU verschrieben. Die Einseitigkeit auf diesem Gebiet wird ebenfalls negative Konsequenzen nach sich ziehen. Die wirtschaftliche Bindung nach Westen kann höchstens für den primären Sektor Vorteile bringen, die Industrieerzeugnisse (z.B. Maschinen, Flugzeuge, Fahrzeuge), die hauptsächlich nach Russland gingen, sind auf europäischen Märkten nicht konkurrenzfähig.[14] Was droht ist also eine zunehmende Deindustrialisierung des Landes, mit dem ein zusätzlicher Verlust

Vermögen der reichsten ukrainischen Oligarchen (in Mio. Dollar)

Rinat Achmetow	6.900
Wiktor Pintschuk	1.500
Ihor Kolomojskyj	1.400
Hennadij Boholjubow	1.300
Jurij Kosiuk	1.100
Vadim Novinsky	790
Olexandr Jaroslawskyj	774
Petro Poroschenko	750
Kostyantyn Zhevago	735
Serhij Tihipko	686

Quelle: http://forbes.ua/ratings/1 (Stand: April 2015)

an ökonomischer Unabhängigkeit einhergehen dürfte.[15] Eine Rückkehr zum Handel mit Russland wäre für den Moment die einzige Möglichkeit, den Niedergang vieler Wirtschaftszweige zu verhindern.

4. Politik- und Sozialmodell: Oligarchie vs. Umverteilung und Demokratie

Im Schatten des Krieges und der geopolitischen Auseinandersetzungen spielt die soziale Entwicklung in der Ukraine eine untergeordnete Rolle in der Berichterstattung über das Land. Schon vor dem Beginn der Maidan-Proteste im Winter 2013 und dem Sturz der Regierung von Wiktor Janukowitsch am 21. Und 22. Februar 2014, war die ökonomische Situation der Ukraine katastrophal. Eine Statistik des Wirtschaftsmagazin „The Economist“ zeigt dies anschaulich. Wenn das BIP des Jahres 1992, also das Jahr des Zusammenbruchs der Sowjetunion, mit 100 indexiert wird, so kommt die Ukraine im Jahr 2013 gerade einmal auf 50 (Russland käme auf 130, Weißrussland auf 265).[16] Seit der bereits sehr schwierigen Zeit nach dem Ende der UdSSR, machte die Ukraine weitere große Einbußen: Die Stahlproduktion liegt nur noch bei 43 % im Vergleich zu 1991, die Stromproduktion bei 70 %, Entwicklungs- und Forschungsabteilungen haben 2/3 ihrer Kapazitäten verloren.[17] Doch diese Talfahrt scheint sich nun, nach dem Maidan-Umsturz und dem Beginn des Krieges, noch weiter fortzusetzen: 2014 schrumpfte die ukrainische Wirtschaft um 7 % und für 2015 sind weitere 6 % vorausgesagt.[18]

Für die Verschärfung der Krise muss nun die Mehrheit der Bevölkerung aufkommen, ganz so wie es die ukrainische Regierung dem Internationalen Währungsfond im Gegenzug für dessen Kredite versprochen hat. Mit Rentenkürzungen, dem Einfrieren des ohnehin geringen Mindestlohns, Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor und erhöhten Energiepreisen soll das Geld dort geholt werden, wo es ohnehin kaum vorhanden ist. Demgegenüber steht weiterhin eine enorme Konzentration von Reichtum in den Händen weniger, d.h. in den Händen der ukrainischen Oligarchie.[19] Während die 50 reichsten Personen der USA ein Vermögen besitzen, das 4 % des Sozialproduktes ausmacht und die gleiche Rechnung in Russland 18 % ergibt, beläuft sich das Vermögen der 50 reichsten UkrainerInnen auf 47 % des Sozialproduktes.[20]

Ebenso wie die Wirtschaft, wird auch die Politik des Landes von der Oligarchie bestimmt. Die Maidan-Proteste wendeten sich u.a. auch gegen diese Herrschaft der Oligarchie, doch es muss konstatiert werden, dass diese Forderungen ins Leere gelaufen sind. Der neue Präsident Petro Poroschenko, selbst Oligarch, sorgte gemeinsam mit seinen MitstreiterInnen für eine Kontinuität des bisherigen, korrupten Modells, in dem Geschäftsdeals direkt auf höchster politischer Ebene verhandelt werden. Zu Recht wird vor diesem Hintergrund vielfach kritisiert, in der Ukraine habe lediglich ein „Oligarchenwechsel“ stattgefunden.[21]

Kürzlich, am 25. März 2015, wurde deutlich, dass Poroschenko, der sich inmitten des ukrainischen Chaos gegenüber der eigenen Bevölkerung sowie gegenüber seinen westlichen Verbündeten als Garant für Stabilität präsentiert, sogar sein eigenes Lager nicht unter Kontrolle hat. Der Journalist Uwe Klußmann war sogar der Auffassung, dass „die Ukraine am Rande eines weiteren bewaffneten Konflikts [stand]. Diesmal nicht mit prorussischen Rebellen, sondern zwischen Anhängern des Regierungslagers.“[22] Hintergrund war ein Beschluss des ukrainischen Parlaments vom 18. März 2015, dass das Quorum bei Gesellschaftsversammlungen in vom Staat kontrollierten Unternehmen von 60 auf 51 % abgesenkt werden sollte. Dies zielte speziell auf das Energieunternehmen UkrNafta ab, in dem Milliardär Igor Kolomojskij mit einer Sperrminorität von 43 % eine starke Kontrolle ausübte.

Doch Kolomojskij war gleichzeitig auch Gouverneur der Region Dnjepropetrowsk, nicht weit von den Rebellengebieten entfernt, wo er mit einer – von faschistischen Kräften dominierten – Privatarmee jegliche pro-separatistischen Tendenzen brutal unterdrücken lässt und damit eine wichtige Position im sog. Anti-Terror-Kampf Kiews einnimmt. Die gegen ihn gerichtete Entscheidung des Parlaments beantwortete Kolomojskij damit, dass er bewaffnete Trupps in die Konzernzentrale von UkrNafta schickte und deutliche Drohungen gegen die Regierung ausstieß.[23] Er signalisierte, innerhalb von Stunden mehr als 2.000 Soldaten in die Straßen Kiews schicken zu können.[24]

Im Ergebnis wurde Kolomojskij als Gouverneur von Dnjepropetrowsk abgesetzt. Nachdem es kurzzeitig den Anschein hatte, als würde es zur offenen Konfrontation zwischen Poroschenko und Kolomojskij kommen, scheint es nun, dass eine Einigung erzielt worden ist.[25] Diese besagt, dass der Kolomojskij sich aus der Politik heraushält und dafür wirtschaftlich nicht angegriffen wird.[26] Doch insgesamt ist dieser Frieden brüchig und zudem stellt sich die Frage, ob es zukünftig zu weiteren oligarchischen Auseinandersetzungen kommt, zum Beispiel zwischen der Regierung und dem reichsten Ukrainer, Rinat Achmetow.[27] Neben dem Krieg zwischen Kiew und den SeparatistInnen, scheinen mit dieser Art von inneroligarchischen Auseinandersetzungen weitere Eskalationsfronten geschaffen zu werden.

Anstatt des Machtgerangels der Oligarchie abseits von demokratischen Normen, würde die Ukraine ein sozialeres Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell benötigen, das den Reichtum der herrschenden Klasse beschneidet. Zudem müsste der Zugang zu den politischen Institutionen des Landes für breitere Teile der Gesellschaft ermöglicht werden, in dem die Oligarchie von ihren Schaltstellen entfernt wird. Forderungen dieser Art waren sowohl auf dem Maidan, als auch in Reihen der separatistischen Gebiete zu vernehmen. In Kiew als auch in Moskau wird jedoch sorgsam darauf geachtet, dass diese Ausrichtungen nicht hegemonial werden. Stattdessen kanalisiert sich der Unmut auf beiden Seiten in jeweils gegen den anderen gerichtete Nationalismen. Würde es gelingen, soziale, antioligarchische Forderungen über die Kriegsgrenzen hinweg zu

Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. - Hechinger Str. 203 - 72072 Tübingen

Fotoshooting am Rande der Minsk-II-Verhandlungen. Foto: Wikipedia

formulieren, so könnten Perspektiven für eine Deeskalation und ein zukünftiges Zusammenleben in der Ukraine geschaffen werden.[28]

Anmerkungen

1 Vgl.: Müller, Klaus: Die Ukraine am Abgrund. Wie oligarchische Politik und ethnische Polarisierung das Land zerreißen, Deutschlandfunk, 20.3.2015.

2 „Den Krieg zu beenden – das ist die Hauptaufgabe aller demokratischen linken Bewegungen“, Minsker Antikriegsappell linker Bewegungen Weißrusslands, Russlands und der Ukraine, 8.6.2014 (engl. Fassung), Blätter für deutsche und internationale Politik: Dokumente zum Zeitgeschehen.

3 Müller: Die Ukraine am Abgrund, s.o.

4 Vgl.: Delanoë, Igor: Minsk II, kleinste aller Hoffnungen, in: Le Monde Diplomatique (deutsche Ausgabe), März 2015, S.19; Der Kommandeur des rechtsradikalen Bataillons „Azov“ wird in der Moscow Times folgendermaßen zitiert: „Dieser Krieg wird unweigerlich weitergehen – entweder bis zu unserer kompletten Niederlage oder bis zu unserem vollen Sieg und zur Rückgabe unseres Landes in der gesamten Ostukraine und der Krim. Wir glauben an das zweite Szenario [...]“ (Ukrainian Nationalist Batallion Ready to Battle Pro-Russian Rebels, Reuters, 27.3.2015)

5 Die russische Nachrichtenagentur Sputnik (Sumo-Kampf auf Ukrainisch: Staatschef entlässt Top-Oligarchen, 26.3.2015) schreibt hierzu: „Ohne Kolomoiski wäre Poroschenko nicht in der Lage gewesen, den Krieg im Donbass zu führen. Seine Ölfirmen liefern den Treibstoff für die ukrainische Armee, die von ihm finanzierten Freiwilligenbataillone haben in den letzten Monaten eine entscheidende Rolle gespielt. Anders als die reguläre ukrainische Armee, die wenig Lust hat, gegen die eigene Bevölkerung zu kämpfen, sind die Soldaten der von Kolomoiski finanzierten Bataillone hochmotiviert. Ihre Bezahlung ist weitaus besser und sie sind teilweise auch besser ausgerüstet als die ukrainische Armee. Kolomoiskis Fernsehsender sind ein wichtiger Faktor im Kampf um die Meinungshoheit im Konflikt. [...] Unterstützung kann Kolomoiski nicht nur in der Ukraine, sondern auch im Ausland finden. Mit der Unterzeichnung von Minsk II hat sich Poroschenko klar auf die politische Linie von Merkel, Hollande und Obama begeben. Diese Politik wird weder von allen europäischen noch von allen amerikanischen Politikern geteilt. Die baltischen Staaten und Polen stehen für eine härtere Gangart des Westens in der Ukraine, neokonservative Politiker wie Viktoria Nuland und John McCain sowie Teile der Nato befürworten eine militärische Eskalation. Sie könnten in Kolomoiski durchaus eine Option sehen.“

6 Müller: Die Ukraine am Abgrund, s.o.

7 Vgl.: Mayer, Sebastian: Putin der Getriebene? Wider den Strukturdeterminismus in der Russland-Ukraine-Debatte, Blätter für deutsche und internationale Politik, 60. Jg., Heft 4/2015, S.77-83, hier S.77.

8 Vgl.: ebd., S. 81-82.

9 Vgl.: Mankoff, Jeffrey: Russian Foreign Policy. The Return of Great Power Politics, Rowman and Littlefields, Lanham (Maryland, USA), 2009, S. 18; Petersen, Mirko: Steilvorlage 9/11.Die Entwicklung der russischen Außenpolitik im Nordkaukasus, in: IMI Ausdruck 4/2011, S.31-33, hier: S. 32.

10 Vgl.: Petersen, Mirko: Russland, quo vadis? Pragmatismus und Russophobie in Europa, eurasische und asiatische Orientierung in Russland, IMI Studie 05/2011, S.4-7.

11 Ehlers, Kai: Der umgestülpte Brzezinski – Betrachtungen zu einem historischen Irrtum, kai-ehlers.de, 18.3.2015.

12 Aris, Ben: How to end the Ukraine conflict, bne Intellinews, 19.3.2015.

13 Vgl.: Wagner, Jürgen: Ukraine: Ringen um die Machtgeometrie. Neoliberales Assoziationsabkommen und europäisch-russische Machtkonflikte, IMI Studie 02c/2014, S.15.

14 Vgl.: Aris: How to end the Ukraine conflict, s.o.

15 Vgl.: Becker, Joachim: Untergeordnete Integration. Das Assoziationsabkommen zwischen der EU und Ukraine, in: Kurswechsel 3/2014, S. 76-82, hier: S. 79.

16 Vgl.: Why is Ukraine’s economy in such a mess?, theeconomist.com, 5.3.2014.

17 Vgl.: Hofbauer, Hannes: Die Krise hinter dem Krieg. Von Armut, sozialen Gegensätzen und vermeintlichen Auswegen, in: Thoden, Ronald/ Schiffer, Sabine (Hg.): Ukraine im Visier. Russlands Nachbar als Zielscheibe geostrategischer Interessen, Selbstrund Verlag, Frankfurt a.M., 2014, S.42-55, hier: S.44.

18 Vgl.: Cohen, Josh: Is There Another Maidan Brewing in Ukraine?, themoscowtimes.com, 19.3.2015.

19 Zur Rolle der Oligarchie in der Ukraine, besonders in Bezug auf die geopolitische Ausrichtung des Landes, vgl.: Petersen, Mirko: Die Oligarchie und die geopolitische Orientierung der Ukraine, in: IMI AUSDRUCK 6/2014, S.25-28.

20 Vgl.: Müller: Die Ukraine am Abgrund, s.o.

21 Vgl.: Dérens, Jean-Arnault/Geslin, Laurent: Schwergewichte aus Donezk. Die Revolution in der Ukraine ist eher ein Oligarchenwechsel, Le Monde Diplomatique (deutsche Ausgabe), 11.4.2014.

22 Klußmann, Uwe: Poroschenko geht gegen die Söldner der Oligarchen vor, Spiegel Online, 26.3.2015.

23 Vgl.: Kahlweit, Cathrin: Der Oligarch zeigt Kiew die Muskeln, sueddeutsche.de, 25.3.2015.

24 Vgl.: IMI-Aktuell 2015/164 (26.3.2015).

25 Vgl.: Rötzer, Florian: Die Milizen des Rechten Sektors wollen unabhängig bleiben, Telepolis, 28.3.2015.

26 Vgl.: Klußmann: Poroschenko geht gegen Söldner der Oligarchen vor, s.o.

27 Vgl.: Linnik, Anton: Axmetovu grozit nazionalizazija, gazeta.ru, 30.3.2015.

28 Vgl.: Kohler, Stefan: Ukraine: Ein Jahr Maidan und Anti-Maidan, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 59. Jg., Heft 12/2014, S.19-22.

Neue Broschüre:

Wi(e)der die Großmacht

März 2015, 64 Seiten, 4,- €

Mit folgenden Beiträgen:

Deutschlands (neue) Großmachtambitionen *(Jürgen Wagner)*
Rüstungsprojekt der Bundeswehr *(Arno Neuber)*
Die Standorte der Armee im Einsatz *(Christoph Marischka)*
Frontalangriff auf die Parlamentskontrolle *(Tobias Pflüger)*
Geheimdienste unter sich: NSA-BND und die deutsche Großmacht *(Rainer Rehak)*
Bundeswehr: Der attraktive Konzern von nebenan? *(Thomas Mickan)*
Mediale Kriegstrommeln: Ideologieproduktion an der Heimatfront *(Claudia Haydt)*
Die Ukraine und EUropas Nachbarschaftspolitik *(Jürgen Wagner)*
Militärische „Lehren“ aus Afghanistan? *(Lühr Henken)*
Die „neue“ Afrika-Politik der BRD *(Christin Bernhold)*
Der Celler Trialog: Ideologieproduktion und Elitenkonsens *(Martin Kirsch)*
Die NATO-Sicherheitskonferenz und die Proteste 2001 bis jetzt *(Franz Iberl)*
Protest gegen die Königsbronner Gespräche *(Marcel Kalwass)*

Mehr Informationen und Bestellungen unter: www.imi-online.de

Informationsstelle Militarisierung e.V.

Herausgeber des AUSDRUCKs ist die ***Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V.***
Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder.
Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen,
www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de,
Tel. 07071/49154